BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 Köln, 25. September 1958 Preis DM 1,50

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

- *Dr. Hermann Rauschning, „Der Mangel einer überzeugenden amerikanischen Außenpolitik"* S. 633
- *Hermann Schwann, „Verpaßte Gelegenheiten"* S. 641
- *Dr. Achim von Borries, „Wollt ihr den totalen Krieg?"* S. 644
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das Kartenhaus des Herrn Dulles"* S. 652
- *Otto Eisenmann, MdB, „Politische Einsicht und Umkehr"* S. 656
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „400 Jahre Universität Jena"* S. 659
- *Heinz Kloppenburg DD, „Propst Asmussens Kampf gegen die Evangelische Kirche"* S. 663
- *Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer, „Zur Atomwaffendiskussion in der Evangelischen Kirche"* S. 668
- *Heinrich Finnentrop, „Die Lage im westdeutschen Steinkohlenbergbau"* S. 676
- *Prof. Johannes Harder, „Tokio 1958"* S. 681
- *Anton Zischka, „Fürchten wir die Koexistenz?"* S. 686
- *Kurt Hirsch, „Buchverbrennungen 1933 und Korporationen 1958"* S. 689
- *Hans Henny Jahnn, „Haben wir das neue Weltbild im Geiste bewältigt?"* S. 699
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 709

Dr. Hermann Rauschning

Der Mangel einer überzeugenden amerikanischen Außenpolitik

Die UNO-Niederlage der USA-Politik

Vor kurzem äußerte der ältere Senator für den Staat Oregon der USA, Wayne Morse der Presse seine Besorgnis über die gegenwärtige Lage: „Wir werden als eine Nation attakkiert werden, die auf die eine Weise redet und auf eine andere handelt ... Wir müssen Dulles in seiner bluffenden und sich ständig auf der Kippe bewegenden Politik stoppen." Das ist nur eine von vielen Stimmen der Kritik und Besorgnis darüber, wohin die Hasardpolitik des amerikanischen Außenministers John. F. Dulles und der Mangel einer schlüssigen außenpolitischen

Kalte-Kriegs-Ideologie statt Erkenntnis der Wirklichkeit

Aber das ist nun eben bei Hans Asmussen in seinem ganzen Artikel geschehen. Er möchte zu kirchlicher Verantwortung aufrufen und ist doch einfach ein Opfer einer politischen Besessenheit. Das hat es auch früher bei ihm schon gegeben. Ich erinnere mich einer Zeit im Kirchenkampf des Dritten Reiches, in der Asmussen die Spekulation sehr einleuchtend schien, daß Hitler den Herzog von Cumberland zum deutschen Kaiser machen wolle. Monatelang stand damals alles, was Asmussen kirchenpolitisch dachte, unter dem Aspekt: Cumberland. Diese seine Versuchung hat sich offenbar jetzt ins Unendliche gesteigert, und nun steht neben dem Bemühen Asmussens um eine Begegnung zwischen römisch-katholischen und evangelischen Christen dieses Unheimliche, daß er aus der politischen Leidenschaft heraus urteilt und für die Wirklichkeit der Kirche in Ost und West, für die Wirklichkeit des Bekenntnisses zu Christus in Ost und West blind und taub wird. Nochmals sagen wir: Welch eine Tragik liegt darin. Aber man muß auch sagen: Wieviel Verführung und Verhetzung geschieht durch diese Brunnenvergiftung. Wem hilft das und wem dient das eigentlich?

Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer

Zur Atomwaffendiskussion in der Evangelischen Kirche

Offizielle Stellungnahmen

Die Auseinandersetzungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Frage der atomaren Bewaffnung deutscher Armeen müssen auf manche Zeitgenossen einen verwirrenden Eindruck machen. Führende Gremien dieser Kirche haben zu verschiedenen Gelegenheiten eindeutige Warnungen gegen die Atomwaffen ausgesprochen. Vor dem daraus abgeleiteten konkreten Ratschlag aber, nun keine deutsche Armee mit Atomwaffen auszurüsten, scheuen große Gruppen zurück. Das Hauptargument dieser resignierten Befürworter einer Atombewaffnung — denn so wird man sie am besten charakterisieren müssen — lautet: es handelt sich bei dieser konkreten Frage um eine Frage des politischen Ermessens. Für diese aber ist die Kirche nicht zuständig. Ihnen stehen die „Kirchlichen Bruderschaften" gegenüber, die in einer Eingabe an die letzte gesamtdeutsche Synode bekanntlich ohne jeden Vorbehalt die Atomausrüstung deutscher Armeen verworfen haben. Sind sie damit zu schwärmerischen Pazifisten geworden, die vor den realen Machtkämpfen der Gegenwart die Augen verschlossen halten?

Es wird angebracht sein, zunächst einige Punkte in Erinnerung zu bringen, in denen bei den meisten von uns noch Übereinstimmung herrscht. Hierher gehört zum Beispiel der Appell, den der Weltkirchenrat im August 1957 veröffentlicht hat. Der dort ausgesprochenen grundsätzlichen Verwerfung der ABC-Waffen folgten einige konkrete Ratschläge: 1. Einstellung der Kernwaffenversuche durch internationale Vereinbarungen, 2. Produktionsstop für Kernwaffen unter internationaler Kontrolle, 3. stufenweise Abrüstung der Streitkräfte in Atom- und

konventionellen Waffen, 4. internationale Zusammenarbeit in der friedlichen Verwendung der Atomenergie, 5. Verstärkung der Bemühungen zur friedlichen Beilegung internationaler Streitfälle durch entsprechende internationale Organe. Es mag gleich hinzugefügt werden, daß in Amerika und in Europa führende Christen dem ersten dieser fünf Punkte dadurch noch größere Bedeutung verliehen, daß sie die bedingte einseitige Einstellung der Kernwaffenversuche forderten; obwohl dieser Rat von den Westmächten nicht befolgt wurde, sind die Dinge zum Glück jetzt doch in Gang gekommen. Schade, daß die von Christen regierten Länder nicht den Mut aufbrachten, hier den ersten Schritt zu tun.

Dies Fünf-Punkte-Programm ist nicht etwa nur von den Bruderschaften, sondern auch von der „Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland" durch deren Bischofskonferenz angenommen worden. Diese Konferenz erklärte dazu: „Es ist Pflicht der Christenheit, mit allen ihr gegebenen Mitteln dafür einzutreten, daß ein Atomkrieg abgewendet wird. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Christenheit, an der Verhinderung von Kriegen und an der organisatorischen Sicherung des Weltfriedens mitzuarbeiten." In einer Rede vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU-CSU erläuterte Bischof D. Wilh. Halfmann, Kiel, diese Erklärung mit zwei Bemerkungen: „Im ersten Satz wird mit Bedacht gesprochen von den der Christenheit gegebenen Mitteln; das sind die Mittel, die der Kirche anstehen und die nicht verwechselt werden möchten mit politischen Aktionen, also: das Wort, die Bitte, der Gewissensappell. Hier spricht die charakteristisch lutherische Zurückhaltung gegen die Vermischung von kirchlichen und politischen Methoden ..." (Auf diesen Gedanken müssen wir noch zurückkommen). Nach Bischof Halfmann schreitet der zweite Satz, der mit „darüber hinaus" beginnt, „über die traditionelle lutherische Ethik hinaus: Die Verhinderung von Kriegen war bis dahin dem Vokabular des Pazifismus überlassen. Jetzt aber nehmen die lutherischen Bischöfe die These des praktischen, realpolitischen Pazifismus auf" (Theologische Fragen zur Verteidigung, Kiel 1958, S. 12). Hierzu mag gleich eine Anmerkung erlaubt sein: wenn man sich die einschlägigen Äußerungen der der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland angehörenden Bischöfe und Theologen ansieht, hat man stark den Eindruck, daß der wichtige Schritt über die traditionelle lutherische Ethik hinaus noch keineswegs überall bewußt vollzogen worden ist. Zumindest ist die Frage noch völlig ungeklärt, wie weit die Kirche in diesem neuartigen realpolitischen Pazifismus selber gehen darf oder soll. Darf oder soll sie sich zum Beispiel damit begnügen, nur allgemeine Warnungen und Ermahnungen auszusprechen (allenfalls verbunden mit der für Christen ja sehr wichtigen Mahnung zur Fürbitte für den Frieden)? Muß sie alle Konkretionen den einzelnen Christen überlassen — oder muß sie nicht auch hier wenigstens ein Stück weit die verantwortlichen Staatsmänner und Militärs mit ihrem Rat begleiten? Dies freilich würde eine Revision der oben erwähnten „lutherischen Zurückhaltung" erfordern ... —

Zu den Übereinstimmungen, die registriert werden müssen, gehören schließlich noch folgende Sätze der letzten gesamtdeutschen Synode: „In Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die vom Ökumenischen Rat in New Haven im Sommer 1957 gefaßt wurden, verwirft die Synode den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott. Sie bittet alle verantwortlichen Politiker, alles zu tun, was zu einer allgemeinen Abrüstung, nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der sogenannten konventionellen Waffen führen kann. Sie bittet die Weltmächte, die Atombombenversuche einzustellen und nicht wieder aufzunehmen. Sie bittet in unserem gespaltenen Vaterland die beiden Regierungen, alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deut-

scher Streitkräfte zu vermeiden" („Junge Kirche" 1958, S. 228). Erst nach diesen Sätzen werden die Differenzen aufgeführt, über die noch zu reden ist. Zunächst aber sei darauf hingewiesen, daß die eben zitierten Sätze zwar sehr weit gehen — es wäre schon viel gewonnen, wenn sie wirklich beachtet würden! —, daß sie in ihrer Formulierung aber doch nicht mehr so deutlich sind wie etwa die Sätze der Synode der Evangelischen Kirche der Union (ehemals sogenannte „Altpreußische Union", jetzt bestehend aus den Evangelischen Kirchen in Brandenburg, Provinz Sachsen, Rheinland, Westfalen, Reste von Schlesien und Pommern), die im Dezember 1957 erklärt hatte: „Die Synode verwirft alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie durch irgendwelche Zwecke rechtfertigen zu wollen. Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Falle verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden." Es folgte damals eine ausdrückliche Warnung vor der „atomaren Bewaffnung deutscher Armeen", sowie eine Warnung an „jeden einzelnen, in dieser Sache durch Beteiligung, Verharmlosung oder Gleichgültigkeit vor Gott und an den Menschen schuldig zu werden" („Junge Kirche", 1958, S. 17). Obwohl der erste dieser Sätze auf eine von einer früheren gesamtdeutschen Synode angenommene Erklärung zurückgreift, wurde er von der im April versammelten Synode nicht wiederholt; das aber bedeutet nach der Lage der Dinge leider einen Rückschritt.

Die Gegensätze

Tatsächlich konnte die gesamtdeutsche Synode vom April 1958 zu diesem Punkte nur tiefgehende „Gegensätze in der Beurteilung atomarer Waffen" feststellen: „Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann." Man beachte, daß hier jeweils die beiden Gruppen auch ihre Formulierungen durchgesetzt haben: was die eine Massenvernichtungsmittel nennt, wird von der andern harmlos als „gleichwertige Waffen" bezeichnet. Man wird sagen dürfen, daß die Diskussion zwischen den beiden hier genannten extremen Gruppen unmöglich geworden ist. Unter ernsthaft nachdenkenden Christen ist aber die Zahl derer, die den Einsatz von ABC-Waffen im Falle höchster Gefahr — also etwa im Falle einer kommunistischen Aggression — für erlaubt halten, zum Glück sehr gering. Zwischen den beiden Extremen wird man daher eine dritte, wahrscheinlich besonders große Gruppe suchen müssen: die Gruppe derjenigen nämlich, die zwar den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ebenso für unmöglich halten wie die erste Gruppe, die aber zugleich die Herstellung und Bereithaltung aus Gründen der bekannten „Abschreckung" für unvermeidlich halten. Die Diskussion zwischen dieser Mittelgruppe und den radikaleren Gegnern der Atomrüstung ist in vollem Gange; sie muß auch weiterhin geführt werden.

Für die Mittelgruppe handelt es sich bei der Frage nach der Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln um eine politische Ermessensfrage. Als solche wäre sie dann den „Fachleuten" zu überlassen; die Kirche dagegen dürfte hier kein Urteil fällen. Typisch für die Argumentation dieser Gruppe ist die letzte Broschüre des Hamburger Theologen H. Thielicke: „Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik" (Tübingen 1958). Im Unterschied zu denen, die unbeirrt an der traditionellen Ethik des Krieges und der Kriegsmittel festhalten (so zum Beispiel der Erlanger Theologe W. Künneth), betont Thielicke, daß durch die nuklearen und supernuklearen Waffen „ein qualitativ neues Stadium" erreicht sei, „das uns nicht nur vor einen Gestalt-, sondern vor

einen Wesenswandel des Krieges versetzt" (S. 5). Er folgert daraus, daß es „keine nuklearen Kriege geben darf" und daß die Lehre vom „gerechten Krieg" überfällig geworden sei: da es bei einem nuklearen Krieg immer zugleich um Selbstvernichtung geht, würde „das Pathos einstiger Befreiungskriege ... in unserer Zeit zur hohlen Phrase" (S. 20). Am Rande taucht bei Thielicke sogar die Möglichkeit auf, daß „infolge des bisher in der Geschichte ungewöhnlichen Grenzfalles eines Atomkrieges" ein im Glauben begründetes „radikales Nein zu j e d e r Maßnahme gesprochen werden müßte, die der Vorbereitung, der aktiven Abwehr oder der möglichen Führung atomarer Auseinandersetzung dient" (S. 17). Leider ist nun aber dieser „Grenzfall" bei ihm nicht näher ins Auge gefaßt, obwohl es doch wirklich wünschenswert wäre, daß ein christlicher Ethiker den Politikern und Soldaten der Gegenwart etwas Hilfreiches dazu sagt; denn schließlich weiß man doch nicht, wie plötzlich dieser Grenzfall eintreten kann!

Thielicke verlangt aber nun, daß man vor dem Aussprechen jenes radikalen Nein Zwischenüberlegungen anstellt, die alle dem politischen Dilemma gewidmet sind, vor das wir gegenwärtig gestellt sind. Er und andere unterstellen ihren Gesprächspartnern, zum Beispiel H. G o l l w i t z e r, daß sie sich an diesen notwendigen Überlegungen vorbeidrücken und infolgedessen ihrerseits den Politikern nichts Hilfreiches sagten, und das heißt also: daß sie Schwärmer seien, die mit unüberlegten radikalen Forderungen Unheil anrichten. Zu diesen, ihm unverständlichen Forderungen gehört vor allem die Forderung, daß keine deutsche Armee, in diesem Falle also zuerst: nicht die westdeutsche Armee mit Atomwaffen ausgerüstet werden dürfe. Nach Thielicke und andern ist dies keine im Glauben zu stellende Forderung. Wer sie aufstellt, hat nach ihrer Meinung die Schwierigkeiten der Politiker nicht genügend bedacht, die doch stets mit dem Gleichgewicht der Kräfte, also auch mit dem Gleichgewicht der Atombewaffnungen auf beiden Seiten rechnen müssen.

Ich bin davon überzeugt, daß man an dem von Thielicke abgelehnten Standpunkt festhalten muß — gerade wenn man die politische Lage nüchtern in die ethischen Überlegungen einbezieht. Wer die Meinung verbreitet, daß etwa H. Gollwitzer die Schwierigkeiten der gegenwärtigen politischen Lage ausgeklammert habe, handelt fahrlässig. Denn Gollwitzer hat in seiner Schrift „Die Christen und die Atomwaffen" (1957) deutlich gesagt, daß die Kirche, „wenn sie ihr sog. ‚Wächteramt' recht versteht, überhaupt nicht Verbote und Erlaubnisse auszusprechen" habe; vielmehr komme es nur darauf an, daß sie Gottes Willen auch über dem politischen Bereich verkündige und die Menschen dann berate, „mit welcher Antwort sie diesem Willen in den konkreten Situationen entsprechen können" (S. 28). Es folgen bei Gollwitzer dann sehr detaillierte Überlegungen über diese konkrete Situation: warum zitiert Thielicke sie nicht? Statt dessen wird immer nur das Stichwort vom „Atomstreik" der Christen zitiert und der Eindruck erweckt, daß Gollwitzer hierin das entscheidende Mittel sieht, um den Atomkrieg zu verhindern. Gollwitzer hat aber ganz deutlich geschrieben: „Sicher wäre es abstrakte Moralität und ein Mißverständnis des göttlichen Gebotes, ihn (den Politiker) unter starre Vorschriften zu stellen, die er nur noch mechanisch zu exekutieren hätte, etwa nie zu lügen, nie zu töten usw. Nicht einmal die Forderung der Abschaffung der Atomwaffen kann eine solche starre Vorschrift sein, die abrupt besorgt werden könnte; jede solche Forderung wird vielmehr in politisches Handeln übersetzt, in politischer Arbeit, in der sorgsames Kalkulieren, zähes Verhandeln, in der auch List und Verschwiegenheit ihren Platz haben, durchgeführt werden müssen ..." (S. 32). Hier wird deutlich die Lage der großen Atommächte beschrieben, die auf irgendeine politische Weise versuchen müssen, der gerade auch ihnen selbst drohenden Gefahr durch Kontrollen usw. Herr zu wer-

den. Davon unterscheidet nun Gollwitzer allerdings zwei andere Fragen — und wenn ich recht sehe, wird das ihm vor allem zum Vorwurf gemacht: erstens die Frage, ob eigentlich Christen jemals hier „mitmachen" dürfen (gleichgültig, ob die Politiker rechtzeitig einen Ausweg gefunden haben oder nicht); und zweitens die Frage, ob nicht Westdeutschland jetzt auf jeden Fall auf Atomwaffen verzichten muß (obwohl es sich zur gleichen Zeit von den angelsächsischen Atommächten gegenüber dem Osten abschirmen läßt). In beiden Fällen ist der Eindruck entstanden, als wollten nur wir — entweder als Christen oder als Deutsche — „reine" Hände behalten und die schmutzige Arbeit andern überlassen. Innerhalb des Rahmens dieser Zeitschrift möchte ich vor allem auf die zweite, politische Frage eingehen, ohne nun noch weiter auf Gollwitzer Bezug zu nehmen, aber — wie ich hoffe — in seinem Sinne.

Die Gefahr des Atomchaos und die Lage Westdeutschlands

Wie steht es mit der Ausrüstung der westdeutschen Bundesrepublik mit Atomwaffen? Ist ein christlicher Ethiker überhaupt in der Lage, zu dieser Frage etwas zu sagen? — Er ist dazu nicht nur in der Lage, sondern er ist dazu verpflichtet, wenn er zu der Überzeugung gekommen ist, daß hier eine zur Katastrophe führende Entscheidung angebahnt wird. Ich gebe ohne weiteres zu: hier spielt eine vernünftige Überlegung eine große Rolle. Es handelt sich also keineswegs um eine „allein aus dem Glauben" oder „allein aus der Schrift" gewonnene Erkenntnis. Genau besehen, gilt dies aber von allen christlichen Erkenntnissen, auch von den dogmatischen Sätzen: sobald wir denken, ist unsere Vernunft mit im Spiele. Und doch können so gewonnene Erkenntnisse den Charakter unaufgebbarer Glaubensentscheidungen tragen. Die Voraussetzung, von der der Glaube in dieser Frage ausgeht, lautet etwa so: Gott will, daß das menschliche Leben auf dieser Erde nicht vernichtet wird; er hat uns Menschen keine unbeschränkte Verfügungsmacht über die Mittel gegeben, die sich aus der Beherrschung der irdischen Elemente ergeben. Wir sind ihm Rechenschaft darüber schuldig, ob wir diese Mittel zum Schutz des Lebens oder zu seiner Zerstörung gebraucht haben. In diesen Sätzen habe ich die besondere christliche Begründung nicht angegeben, durch die sie für uns erst recht verbindlich werden. So wie sie da stehen, können ihnen auch Nicht-Christen zustimmen, denen Gott ein unbekanntes allmächtiges Wesen sein mag. Ja, man kann sogar den Namen Gottes weglassen und sich dann im Einklang mit allen möglichen Humanisten befinden: auch das wäre durchaus kein Nachteil und steht nicht im Widerspruch zum Wesen der christlichen Ethik.

Da wir jetzt nicht die Frage der gegenseitigen Kontrolle der Atomgroßmächte, sondern die Frage des rechten Verhaltens einer westdeutschen Regierung untersuchen wollen, können wir davon absehen, ob es überhaupt möglich ist, die bereits erfundene und vorhandene Atombewaffnung wieder von der Erde verschwinden zu lassen. Es kann schon sein, daß wir lernen müssen, „mit der Bombe zu leben" (so bekanntlich C. F. v. Weizsäcker), d. h. also, daß eine internationale Politik entwickelt werden muß, die jener ständigen Gefahr wirksam Rechnung trägt. — In dem hier vorgesehenen begrenzten Rahmen muß unsere nächste Überlegung lauten: was bedeutet es, wenn die Zahl der Atommächte über die bereits vorhandenen Großmächte hinaus ausgedehnt wird? Wer will, daß man hier die notwendigen politischen Zwischenüberlegungen anstellt, wird sich vor allem an dieser Frage nicht vorbeidrücken dürfen. Die Antwort ist wohl sehr eindeutig: je größer diese Zahl ist, desto unmöglicher wird die erforderliche internationale Kontrolle werden; desto größer ist die Gefahr, daß plötzlich wegen eines lokalen Konfliktes der große Atomkrieg ausbricht. Mit andern Worten: wer

diese Entwicklung befördert, trägt dazu bei, daß aus der bisherigen Balance der Atommächte (deren Bedeutung wir hier nicht diskutieren) der erste Schritt in Richtung auf das Atomchaos getan wird. Zugegeben: Frankreich ist uns hier wahrscheinlich um mehrere Pferdelängen voraus. Aber, hat unsere westdeutsche Regierung bei den Verhandlungen im Jahre 1957 den amerikanischen Beauftragten Stassen oder die diesen immer wieder bremsenden Franzosen unterstützt? Ganz davon zu schweigen, daß wir mit dem allem nun auch die chinesischen Forderungen indirekt begünstigt haben . . . —

Wie verworren die resignierten Befürworter der westdeutschen Atomaufrüstung argumentieren, sieht man daran, daß an dieser Stelle immer wieder die Stichworte „einseitige Abrüstung" oder „Vorleistung" auftauchen: man tut so, als hätten wir theoretisch jene Waffen bereits und ließen uns in unglaublicher Verblendung dazu hinreißen, dem Osten ohne Gegenleistung etwas zu schenken; selbst wenn man die ganze Problematik der abgestuften Abschreckung einbezieht (v. Weizsäcker behandelt sie ja ausführlich), bleibt doch die Tatsache unbestreitbar, daß hier ein erster Schritt zur Verschärfung der internationalen Atom-Situation von unserer Seite aus eingeleitet werden soll. Gerade die Theorie der abgestuften Abschreckung läuft doch darauf hinaus, mit sogenannten kleineren Atomwaffen auch in lokalen Konflikten drohen zu können.

Dies aber ist sittlich nicht zu verantworten. Im Blick auf die verheerenden Folgen für die gesamte internationale Lage muß an dieser Stelle unser radikales Nein bereits jetzt ausgesprochen werden. Welchen Sinn hat es, es auszusprechen, wenn es zu spät ist? Wenn der „Grenzfall" bereits eingetreten ist, wird niemand mehr Zeit haben, auf den Rat der Kirche zu hören. Das radikale Nein muß vielmehr schon dann ausgesprochen werden, wenn sich deutlich Entwicklungen anbahnen, die den Grenzfall als unausweichliche Konsequenz in sich tragen! Um ein etwas schematisch konstruiertes Bild zu gebrauchen: Wenn wir uns in einem Hof befinden, von dem zwei Gänge wegführen, deren Ende wir nicht übersehen können, von denen wir aber wissen: der eine Gang führt zur Hinrichtung, der andere kann in die Freiheit führen: dürfen wir dann die uns anvertrauten Menschen schweigend den Gang des Verderbens antreten lassen? Dürfen wir sagen: hier handelt es sich um eine politische Ermessensfrage, denn es könnte ja sein, daß es aus dem Verderbensgang doch noch einen Ausweg gibt? Dies scheint mir die Lage der Befürworter der Atombewaffnung Deutschlands zu sein: sie können sich im Grunde ihres Herzens ja nicht wohlfühlen bei ihrer Entscheidung. In ihnen ist aber eine ganz irrationale Hoffnung lebendig, daß es aus irgendeinem Grunde doch gut gehen könnte, auch wenn man die Dinge sich ständig in der gleichen Richtung weiterentwickeln läßt. Ganz selten hört man CDU-Politiker die einfache Wahrheit aussprechen, die der Abgeordnete Kiesinger am 23. 1. 1958 noch ausgesprochen hat: „Ich entziehe mich nicht dem Ernst der Frage, was werden soll, wenn dieses Wettrüsten ununterbrochen weitergeht. Auch ich bin mit Ihnen der Überzeugung, wenn es unbegrenzt weiterginge, dann stünde am Ende doch wohl die Katastrophe" („Das Parlament", 29. 1. 58, S. 7). Leider scheint man sich aber nicht genügend vor Augen zu halten, daß unter „Wettrüsten" heute nicht mehr in erster Linie weitere Steigerungen und Verfeinerungen der sogenannten Waffentechnik zu verstehen sind — es wird uns ja oft genug versichert, daß die vorhandenen Vorräte genügen, um alles menschliche Leben auf dem Globus zu vernichten —, sondern daß die entscheidende Verschärfung der Lage heute ausschließlich in der weiteren Verteilung von Atomwaffen an andere Länder und womöglich auch einer Erweiterung der Atomwaffen produzierenden Länder liegt. Hier und nirgendwo sonst heißt es heute: principiis obsta (wenn das überhaupt noch möglich ist)!

Nochmals: dies alles sind — das wird gerade auch der zugeben müssen, der uns so leicht Schwärmerei vorwirft — politische Überlegungen, wie sie nun einmal die Vernunft anstellen muß. Dennoch handelt es sich bei der zu fällenden Entscheidung nicht um eine Ermessensfrage, sondern um eine Frage, bei der jedenfalls der im Glauben an Gott den Schöpfer und Erhalter des Lebens gebundene Mensch nur jene eine Entscheidung fällen kann, die eben leider vom Deutschen Bundestag am 25. 3. 58 nicht gefällt worden ist. Er ließ sich blenden von der großen Sorge vor einem plötzlichen Angriff aus dem Osten. Diese Sorge gewann über die eben angestellten Erwägungen und über die Glaubensfrage die Überhand.

Verhandlungen — oder Kampf der Ideologien mit Atomwaffen?

Ist jene Sorge vor einem Angriff aus dem Osten nicht berechtigt? Darf ein Politiker sein Volk der drohenden kommunistischen Gewaltherrschaft ausliefern, ohne wenigstens mit starken „Waffen" zu drohen? (Wir unterstellen einmal, daß es nach der Abschreckungstheorie bei dieser Drohung bleiben sollte.) Versagt nicht gegenüber diesem Tatbestand die Forderung, Westdeutschland ohne Atomwaffen zu belassen? Wieder im Rahmen der Politik geantwortet: Wir sind uns doch hoffentlich darin einig, daß zur Abwendung dieser Gefahr Verhandlungen das wichtigste Mittel sind. Sie sind deshalb so unendlich schwer, weil wir vom Osten viel fordern (z. B. die Freigabe der Zone), aber wenig zu bieten haben. Das ist ohne weiteres zugegeben. Kann aber irgendjemand behaupten, daß sich das Verhandlungsklima mit dem Osten durch den unseligen Beschluß vom 25. 3. 58 gebessert habe? Haben wir zum Beispiel für die Deutschen in der Zone oder für die Polen und die andern Satellitenvölker Moskaus irgendetwas erreicht? Das Gegenteil scheint so offenkundig zu sein, daß weitere Ausführungen sich erübrigen. Das einzige, was durch diese Politik erreicht wurde, ist doch offenbar, daß die Gefahr größer, nicht daß sie geringer wurde — auch für uns im sogenannten Westen!

Es ist ja erstaunlich, wie wenig man sich bei uns darüber Gedanken macht, daß die Ostvölker ihrerseits eine deutsche Atom-Aufrüstung als ernsthafte Bedrohung empfinden. Die Versicherung, daß keine Angriffsabsichten damit verbunden seien, ist ohne Zweifel von unserer Regierung ernst gemeint: man wird das aber im Osten einfach niemals glauben können — schließlich hat man ja mit deutschen Armeen einige Erfahrungen gemacht. Und nun noch Deutsche als Verbündete der (insgeheim ja doch als sehr mächtig gefürchteten) Amerikaner!

Statt sich mit diesen psychologischen Folgen (die ja politische Realitäten ersten Ranges sind) auseinanderzusetzen, lamentieren westliche Politiker ständig darüber, daß zum Beispiel die deutsche Bewegung „Kampf dem Atomtod" eine unverantwortliche Schwächung des Westens gegenüber dem Osten herbeiführe; deshalb werde — so sagt man — diese Bewegung ja auch ständig vom Osten unterstützt. Daß eine solche Unterstützung — obwohl sie nicht erbeten wurde — ständig geleistet wird, ist nicht zu leugnen. Damit ist freilich noch lange nicht erwiesen, daß die Ziele dieser Bewegung unsittlich seien. Man könnte sogar zugeben, daß hier eine gewisse Schwächung der westlichen Position eintritt. Nimmt man aber die eben beschriebene Angst des Ostens wirklich ernst (und das muß man tun), dann hat wahrscheinlich gerade diese Schwächung aufs Ganze gesehen sehr positive Bedeutung. Sie hält — wenn ich recht sehe — den Osten bisher davon ab, in einer Kurzschlußreaktion den Präventivkrieg auszulösen. Sie läßt den Osten auch weiterhin auf Verhandlungen hoffen — so gewiß er bei solchen Verhandlungen vor allem an die eigenen Vorteile denken wird. Zu diesen gehört nun einmal auch das östliche Sicherheitsbedürfnis. Unsere Politik hat es (bis auf wenige bekannte Andeutungen) bisher immer wieder praktisch ignoriert.

Der Sinn dieser Andeutungen — die selbstverständlich nicht den Anspruch erheben, ein politisches Programm darzustellen — war lediglich der, zu zeigen, daß die sittlich unabdingbare radikale Forderung des Verzichtes Westdeutschlands auf Atombewaffnung nicht in abstrakter Weise erhoben wird, sondern gerade in die konkrete Lage hinein ausgesprochen werden muß. Bischof Halfmann und H. Thielicke machen sich die Sache zu leicht, wenn sie uns einerseits vorwerfen, daß wir in allzu direkter, schwärmerischer Weise einen einseitigen Atomverzicht fordern, der politisch nicht verantwortet werden kann, wenn sie aber zugleich ihre eigenen ethischen Entscheidungen nicht in diese nun wirklich konkrete politische Problematik durchziehen. Dahinter steckt dann die traditionelle „lutherische" Zurückhaltung vieler Kirchenführer und Theologen vor konkreten politischen Fragen: leider wird man wenig Konstruktives zur Bewahrung des Friedens beitragen können, solange man sich in dieser Zurückhaltung auf scheinbar rein innerliche Positionen zurückzieht; praktisch läuft solche scheinbare Enthaltsamkeit auf ganz massive Unterstützung einer bestimmten Politik hinaus. Ja, man wird den Eindruck nicht los, daß gerade in diesem Lager viele scheinbar rein theologischen Argumente ihre eigentliche Motivation von solchen nicht eingestandenen Entscheidungen her empfangen.

Dies ist überhaupt der Punkt, an dem die Diskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland besonders verworren ist: statt hier nun wirklich konkret zu werden, beziehen die Befürworter der Atomaufrüstung im Kampf der Ideologien Stellung (als ob der christliche Glaube eine solche Ideologie wäre), oder sie ziehen sich auf das grundsätzliche Problem der Bedeutung der Macht für den Staat zurück. Im letzteren Fall wird dann argumentiert: wer die Atommacht bannen will, übersieht, daß das Leben in dieser Welt immer des Schutzes durch Macht bedarf, der untergräbt also das politische Leben überhaupt bzw. liefert die Menschheit denen aus, die trotz aller Vereinbarungen ihre Macht skrupellos gebrauchen werden. Hier müßte man sich schon genauer auf die Fragen des internationalen Rechts und der Notwendigkeit der Einschränkung bisheriger Souveränitätsrechte einlassen, wie das zuletzt der Bonner Jurist U. Scheuner in der Zeitschrift für Evangelische Ethik getan hat (Heft 5/1958). — In den praktischen Auswirkungen auf die Politik ist aber die Verwechslung des Christentums mit einer Ideologie noch verhängnisvoller. Sie nimmt bei uns in zunehmendem Maße die Form einer Anti-Ideologie an, die Verhandlungen mit den östlichen Nachbarn erst dann für sinnvoll halten kann, wenn diese „dem Teufel und allem Bösen" einmal abgesagt haben... Die Aufgabe der Christen in dieser Zeit kann aber gewiß nicht darin bestehen, das Mißtrauen zwischen den Politikern der verschiedenen Völker noch zu steigern und ideologisch zu sanktionieren, sondern sie muß darin bestehen, erstarrende Fronten zu durchbrechen, indem sie das Schicksal der Menschen — auch und gerade der Menschen im Osten Deutschlands und im Osten Europas — höher bewertet als den Kampf der Ideologien, die doch nur Luftgespinste sind, mit deren Hilfe Menschen sich gegenseitig zu knechten versuchen.

Heinrich Finnentrop

Die Lage im westdeutschen Steinkohlenbergbau

Absatzmangel und Feierschichten

Als der erste Monat des Jahres 1958 zu Ende ging, lagerten auf den Halden der Zechen an Rhein und Ruhr ganze 388 587 Tonnen Kohle und 696 270 Tonnen Koks. Das war eine verschwindend geringe Menge, wenn man bedenkt, daß die Januar-Kohlenförderung 11,98 Millionen Tonnen Kohle und die Koksproduktion im gleichen Monat 3,82 Millionen Tonnen betrug. Noch wurden auf den Schachtanlagen volle Schichten verfahren — aber schon am 22. Februar platzte die Nachricht von den ersten 15 000 Feierschichten auf 6 Ruhrzechen wie eine sensationelle Überraschung in das konjunkturverwöhnte Wirtschaftswunderland hinein. Die Begründung: Absatzmangel. Die Ruhrkohle, die bisher als ausgesprochene Mangelware galt und nach einem ganz besonderen Referenzsystem verteilt wurde, fand auf einmal keine Abnehmer mehr. Wenn auch die regierungstreue Presse und interessierte Wirtschaftskreise diese ersten Feierschichten mit einiger Ausdauer zu bagatellisieren versuchten, konnte für den aufmerksamen Betrachter der Ernst der Situation im westdeutschen Steinkohlenbergbau nicht verborgen bleiben.

Aus den ersten 15 000 Feierschichten auf 6 Schachtanlagen wurden nämlich bis Anfang September immerhin über 1 Million Feierschichten auf über 90 Schachtanlagen. Den Bergarbeitern entstanden dadurch Lohnverluste von annähernd 25 Millionen DM. Der Steuerausfall, der den Bergarbeitergemeinden und -städten bisher entstand, wird auf mehr als 15 Millionen DM geschätzt. Diese Tatsache trifft insbesondere jene Gemeinden hart, die den Bergbau als einzige nennenswerte Steuerquelle besitzen. Durch das enorme Anwachsen der Kohlenhalden — Anfang September schon über 10,3 Millionen Tonnen — entstanden auch für das Transportgewerbe erhebliche Ausfälle. Auch dem Bergbau selbst entstehen durch die Feierschichten und den Absatzmangel laufend erhöhte Kosten, denen erhebliche Mindererlöse infolge verringerten Absatzes gegenüberstehen.

Alles in allem also eine mehr als trostlose Situation, in der sich der westdeutsche Steinkohlenbergbau und seine Arbeitnehmer befinden. Nach Lage der Dinge ist auch mit einer baldigen Besserung auf dem Kohlenmarkt nicht zu rechnen, und nach Schätzungen der IG Bergbau werden weitere Feierschichten (150—200 000 wöchentlich) unvermeidlich sein, wenn nicht durchgreifende Hilfsmaßnahmen für den Bergbau regierungsseitig eingeleitet werden.

Wie kam es zu dem Kohlendebakel?

Als sich die Experten des Bundeswirtschaftsministeriums und der Hohen Behörde darangaben, vor einiger Zeit den zu erwartenden Energiebedarf vorauszuberechnen, kamen sie auf Steigerungsraten von durchschnittlich 2,5 bis 2,7 % bis 1965. Diese großzügige Vorausberechnung erwies sich schon am 10. Januar 1958 in der letzten (!) Energieausschußsitzung des Bundeswirtschaftsministeriums als leicht übertrieben, denn es stellte sich heraus, daß die Steigerungsrate nur etwa 1,7 % betragen und 8 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten zuviel zur Verfügung stehen würden.

Ohne große Mühe konnte dieser Tatbestand im Ministerium zwar zur Kenntnis genommen werden, doch ungleich mühevoller ist es, die aus diesen übertriebenen Prognosen entstandene Situation zu korrigieren. Was war nämlich im Hinblick auf diese Energiebedarfs-Prognosen auf dem bundesdeutschen Kohlenmarkt geschehen? Gewitzigt aus den Erfahrungen der permanenten Kohlenknappheit in

den letzten Jahren, reagierten die Kohlen-Großverbraucher mit einem verstärkten Abschluß von langfristigen Kohlen-Importverträgen. So wurden für die Zeit vom 1. Januar 1957 bis zum 30. April 1960 (!) für mindestens 35 Millionen Tonnen Kohle aus den USA Importverträge abgeschlossen. Die Folge davon war ein verhältnismäßig starkes Ansteigen der Bestände bei den Großverbrauchern wie Bundesbahn, Industrie und Elektrizitätswerken. Die Höhe der Verbraucherbestände lag seit Juli 1957 konstant bei mehr als 11 Millionen Tonnen. Das Eintreten einer wirtschaftlichen Stagnation oder gar eine Konjunkturdämpfung mußte deshalb verhängnisvolle Auswirkungen für den bundesdeutschen Bergbau haben, denn die Verbraucher waren weder willens noch in der Lage, in einer solchen Situation aus der laufenden Förderung die sonst üblichen Mengen abzunehmen, da sie einmal ihre Lager voll ausgelastet hatten und zum anderen die billigere US-Kohle zuerst dem endgültigen Verbrauch zuführen wollten. Zu diesen in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Energiebedarf stehenden Kohlenimporten gesellte sich noch die durch das verstärkte Vordringen des Heizöls bedingte strukturelle Veränderung des Energieverbrauches hinzu. Ebenfalls retardierende Momente im Kohleverbrauch stellten die Konjunkturdämpfung bei Eisen und Stahl, der verstärkte Verbrauch von Strom und Gas sowie die rationellere Verwertung der Kohle in der Industrie dar.

Ein Blick zurück

Die Haldenbestände des Jahres 1958 sind aber im Verhältnis zu der großen Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre ungleich größer. Die Kohlenhalden der Zechen mit 10,3 Millionen Tonnen und die Kohlenbestände bei den Großverbrauchern mit 11 Millionen Tonnen ergeben die beachtliche Summe von 21,3 Millionen Tonnen unverbrauchter Kohlen. Das sind über 50 (!) Tagesförderungen, die zur Zeit gelagert werden und einen Wert von etwa 650 Millionen DM repräsentieren. Demgegenüber stehen nur 8 bis 9 Millionen Tonnen Kohlen, die in den dreißiger Krisenjahren lagerten! Ein Blick zurück in diese Vergangenheit zeigt, daß schon die relativ geringen Lagermengen verheerende soziale und politische Auswirkungen hatten. Von den 430 000 Ruhrbergarbeitern, die noch im Jahr 1927 runde 118 Millionen Tonnen Kohlen aus den Gruben ans Tageslicht brachten und damit die damalige Prosperität mitbegründen halfen, blieben im Krisenjahr 1932 nur noch 220 000 übrig. 210 000 Bergarbeiter wurden kaltlächelnd auf die Straße gesetzt und in das 8-Millionen-Heer der Arbeitslosen eingereiht. Im Gegensatz zu den Bergbauunternehmern traf die Bergarbeiter die volle Wucht dieser Krise. Während der eine Teil mit kümmerlichen Arbeitslosenunterstützungen sein Leben fristen mußte, hatte der andere Teil zu erfahren, daß ein Überangebot an Arbeitskräften die Unternehmer zu einer verschärften Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft animierte. Die in Beschäftigung gebliebenen Bergarbeiter sahen sich mit einem Antreibersystem des ohnehin sehr patriarchalisch geführten Bergbaus konfrontiert, das die sowieso schon schwere Bergarbeit zu einer menschlich nicht mehr zu vertretenden Fron werden ließ. Schließlich ist es doch bezeichnend, daß gerade zum Zeitpunkt der niedrigsten Beschäftigtenzahl und dem Höhepunkt der Krise im Jahr 1932 der Förderanteil je Beschäftigten die Rekordhöhe (!) von 331 Tonnen erreichte. Während also auf der einen Seite durch die fortwährenden Entlassungen eine Senkung der Lohnkosten eintrat, steigerte sich der Leistungseffekt des einzelnen Bergarbeiters sehr erheblich und sicherte den Unternehmern trotz der Krise noch beträchtliche Einnahmen. Es gehört eben zu jedem kapitalistischen Wirtschaftssystem, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden.

Es sollen allerdings auch nicht die politischen Rückwirkungen vergessen werden, die sich im Gefolge dieser Weltwirtschaftskrise ergaben. Im Windschatten

einer verfehlten kapitalistischen Wirtschaftspolitik segelten die Nazis — von Industriellen-Millionen finanziell stark unterstützt — ihrer „Machtergreifung" entgegen. Der SA-Terror der Straße fand sein parlamentarisches Pendant im NSDAP-Terror des Reichstages, in dem die Braunhemden dank mächtiger Stimmengewinne bei den Reichstagswahlen die Führung übernommen hatten. Mit dem Anwachsen der Kohlenhalden und des Arbeitslosenheeres ging der nazistische Aufschwung parallel.

Noch bei der Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 blieben die Nazis mit 809 541 Stimmen und 12 Mandaten als glatte Verlierer auf der Strecke. Am 14. 9. 1930 schon änderte sich das Bild. Der „Starke-Mann"-Komplex des von wirtschaftlicher Not betroffenen deutschen Volkes schlug sich in sage und schreibe 6 401 210 NSDAP-Stimmen nieder. Mit 107 Reichstagsmandaten wurden die Faschisten damit nach der SPD die zweitstärkste Fraktion bei diesen Septemberwahlen! Bei den Reichstagswahlen am 31. 7. 1932 endlich ließen sie mit 13 732 779 Stimmen und 230 Mandaten alle übrigen Parteien weit hinter sich. Der weitere Verlauf der politischen Entwicklung nach diesen Wahlen bis zur totalen Vernichtung des Deutschen Reiches 1945 dürfte jedem Deutschen noch so gegenwärtig sein, daß sich eine eingehende Schilderung darüber an dieser Stelle erübrigt.

Mit den Feierschichten im Bergbau, mit den Arbeiterentlassungen in der Eisen- und Stahlindustrie, mit dem allgemeinen Rückgang der industriellen Produktion, mit dem Wiedererstarken faschistischer Erzreaktionäre, mit dem Totalitätsanspruch der CDU, mit den autokratischen Tendenzen des Bundeskanzlers Dr. h. c. A d e n a u e r, mit der Identität von Industrie und CDU und mit der Bonner Atomrüstungspolitik steht das deutsche Volk am Anfang einer ähnlichen Entwicklung. Natürlich — die Akzente sind etwas anders gesetzt, und es gibt graduelle Unterschiede. Aber wird der Endeffekt nicht grauenvollerweise derselbe sein? So gesehen, kommt der Entwicklung in der westdeutschen Schwerindustrie, die ja nicht zum erstenmal in der deutschen Geschichte eine verhängnisvolle Rolle spielt, eine besondere und grundsätzliche Bedeutung zu.

Die nächtliche „Kohlenpreis-Schlacht" in Essen

Wenn weiter von den Gründen die Rede sein soll, die mit zur augenblicklichen Kohlenkrise beigetragen haben, dann darf nicht die letzte Kohlenpreiserhöhung der Ruhrkohle vom 1. Oktober 1957 unerwähnt bleiben.

Wie bekannt, verkündeten die Bergbauunternehmer wenige Tage nach der „Stabile Preise — Darum CDU"-Wahl ihre Absicht, die Kohlenpreise zu erhöhen. Es soll dahingestellt bleiben, ob diese Absicht der Bergbauunternehmer der Meinung entsprang, daß sich Wahlmillionen der Industrie sofort und schnellstens durch erhöhte Preise amortisieren sollen oder aber die effektive betriebswirtschaftliche Notwendigkeit bei der Preiserhöhung Pate stand. Jedenfalls kam eine Kohlenpreiserhöhung, wenige Stunden nach der Wahl, die erfahrungsgemäß auch das übrige Preisgefüge ins Wanken bringt, einer Demaskierung der wahl-siegreichen Regierungsparteien gleich.

Um also das biedere Jedermann-Gesicht der CDU zu wahren, arrangierte Minister E r h a r d flugs eine Konferenz mit der Crème des Ruhrbergbaus, um sie zu nächtlicher Stunde mit großem Lamento auf einen späteren Zeitpunkt hinsichtlich der Kohlenpreiserhöhung festzulegen. Doch des Ministers Wille geschah nicht. Der in ertragreichem Verbund mit der Eisen- und Stahlindustrie konzernierte Ruhrbergbau ließ sich nicht beirren und erhöhte die Preise.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit hatten einflußreiche Industrielle damit ziemlich burschikos demonstriert, wer was in der Bundesrepublik zu sagen hat.

Das mag selbst für den industriefreundlichen Professor Erhard zu viel gewesen sein. Auch war sein persönliches Renommée erheblich angekratzt. So ließ seine „Rache" nicht allzu lange auf sich warten. Er führte eine starke Senkung der Bundesbahnfrachten für Importkohle durch, verlängerte die Importlizenzen von 18 auf 36 Monate und setzte die Mineralölzölle wesentlich herab. Diese Regierungsmaßnahmen machten die Importkohlen sehr preisgünstig und setzten die heimische Kohle dem Wettbewerbsdruck der US-Kohle und des Heizöls aus — auf Kosten der Bergarbeiter, die lohnschmälernde Feierschichten dafür einlegen mußten, während Importkohlen auf den bundesdeutschen Eisenbahnschienen ins Land rollten. Eine zweischneidige Politik, die da in Bonn forciert wurde. Heute zeigt es sich nämlich, daß die Bergarbeiter die größten Lasten zu tragen haben, während die Bergbauunternehmer „mit Weitsicht" und aus „sozialem Verantwortungsgefühl" mit in das Importgeschäft eingestiegen sind! Die Kohlenimporte werden nämlich zu 70 % (!) von zecheneigenen Kohlenhandelsgesellschaften betrieben und die Heizölimporte zu 40 % (!). Nach letzten Meldungen aus Bonn wurden noch im August (!) — also zu einer Zeit, da sich die Anzahl der Feierschichten der 1-Millionen-Grenze näherte — Anmeldungen für 2,7 Millionen Tonnen neuer Kohlenimporte abgegeben. Die Beteiligung des Zechenhandels „soll dabei nach Informationen aus Bonn die Höhe von 81,8 % erreicht haben", schrieb die FAZ am 22. 8. Der Vorsitzende der IG Bergbau, Heinrich Gutermuth, fand für dieses Verhalten der Bergbauunternehmer die prägnante Bezeichnung „Partisanen des Kohlenbergbaus", denen der Profit näher lieg als der soziale Status der Bergarbeiter.

Nichts kann den Wirrwarr auf dem bundesdeutschen Energiesektor deutlicher machen als all diese Vorgänge in der letzten Zeit. Um des von Erhard und der Industrie mit dogmatischem Eifer vertretenen Prinzips der freien Marktwirtschaft willen wurde mit dem Steinkohlenbergbau ein Industriezweig in einen ruinösen Wettbewerb gestürzt, der ihn an den Rand des Abgrundes bringen muß.

Wettbewerb für die Kohle wenig sinnvoll

Es gehört zum Gedankengut nachkriegsdeutscher Wohlstandsgesinnung, daß erst der schrankenlose Wettbewerb der Prosperität den Weg freimacht. Obwohl diese Vorstellung in weiten Bereichen der Wirtschaft nur eine Fiktion ist, da Monopole und Oligopole den Markt in der Bundesrepublik preisdiktierend beherrschen, gibt es doch noch einige Möglichkeiten, durch das Hereinlassen von Importgütern für die Preise von Inlandsgütern ein Preisregulativ zu schaffen. Von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, empfiehlt sich aber nur dann, wenn dadurch die eigene Beschäftigungslage nicht gefährdet wird. Importgüter, die Arbeitslosigkeit verursachen, sind jedenfalls kein Stabilisierungsfaktor.

Im Falle der Kohleneinfuhr ist es jedoch nicht nur die Tatsache der lohnschmälernden Feierschichten, die zu Bedenken Anlaß gibt, sondern es ist noch ein anderer Umstand zu beachten. Wenn nämlich Erhards Standpunkt hinsichtlich der Liberalisierung des Kohlenmarktes auch weiter konsequent vertreten wird, dann ist folgende Entwicklung unausbleiblich: Die Importkohle verdrängt die Ruhrkohle durch ihr preisgünstigeres Angebot. Da der Ruhrbergbau in seiner jetzigen Organisationsform diesem Wettbewerbsdruck nicht standzuhalten vermag, wird es zu Zechenstillegungen kommen, und nur noch die geologisch günstig liegenden und dadurch rentablen Ruhr-Zechen werden im Rennen bleiben können. Die heimische Energiebasis wird mithin wesentlich kleiner, die Auslandsabhängigkeit hingegen erheblich größer, da ja der Energiebedarf nicht mehr durch eigene Energieträger gedeckt werden kann. Damit erringt die Importkohle eine Monopolstellung, die es ihr auf lange Sicht gesehen gestattet, die Preise zu diktieren. Wie

ein Bumerang kommt dann das zurück, was man im eigenen Land verhindern wollte! In dieser Situation dann auf die stillgelegten Zechen wieder zurückgreifen zu wollen, wird kaum möglich sein. In der „Welt" vom 16. 8. 58 schrieb der Geschäftsführer der Ruhrkohlen-Beratung GmbH., Dr. Franz Grosse, dazu: „Eine einmal stillgelegte Zeche — das darf niemals außer acht gelassen werden — aber kann, wenn überhaupt, nur unter großen Schwierigkeiten und mit außerordentlich hohen Kosten wieder in Betrieb genommen werden."

Da die Kohle als Energieträger von grundlegender Bedeutung für jede wirtschaftliche Entwicklung ist, muß die Devise Gültigkeit haben, daß erst eine stabile Energiegrundlage die Stabilität der übrigen Wirtschaft nach sich zieht. Wer also in der glücklichen Lage ist, über eine eigene Energiebasis zu verfügen, so wie die Bundesrepublik bei der Ruhrkohle, sollte alles vermeiden, sich dieser Energiebasis durch eine ruinöse Wettbewerbspolitik zu begeben.

Es muß etwas geschehen!

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Feierschichten im Ruhrbergbau, die Produktionseinschränkungen sowie die Arbeiterentlassungen in der Eisen- und Stahlindustrie unter der Ruhrbevölkerung eine große Unruhe ausgelöst haben. Sie blickt fragend nach Bonn, wo man in Wahlzeiten die Slogans wie „Keine Experimente", „Soziale Sicherheit", „Stabile Preise" u. ä. kreiert hat. Aber was soll nun weiter geschehen, denn mit Wahlparolen, Seelenmassage à la Erhard oder psychologischen Tricks ist keine Wirtschaftspolitik zu machen.

Die von der IG Bergbau angeregten sogenannten „Kohlegespräche" beim Bundeskanzler zur Behebung der Bergbaukrise haben in erschreckender Weise die Hilflosigkeit gezeigt, mit der man in Bonn der augenblicklichen Situation gegenübersteht. Außer unverbindlichen Erklärungen und höflichen Floskeln ist bei diesen Gesprächen nichts herausgekommen. Die Feierschichten mehren sich, und die Kohlenhalden wachsen weiter. Es existiert nicht einmal ein Energieplan, nach dem eine Koordinierung der Lieferanteile der einzelnen Energieträger erfolgt und worin die Stellung der Importkohle geregelt wäre. Es läuft alles nach dem Rückwärts-Gang des „catch-as-catch-can" der freien Marktwirtschaft.

Andere Länder, die nicht weniger liberal ihre Wirtschaftspolitik betreiben als die Bundesrepublik, wußten sich jedoch sofort zu helfen. Großbritannien sperrte seine US-Kohlenimporte sofort total, Frankreich und Belgien drosselten ihre Kohleneinfuhren ebenfalls sehr drastisch, um ihren eigenen Bergbau nicht in Gefahr zu bringen. Selbst die USA verhängten für Erdöl eine Einfuhrsperre, um ihrem eigenen Erdöl größere Absatzchancen einzuräumen. Außerdem wird durch die christlich-soziale Regierung in Belgien ein Energiewirtschaftsplan ausgearbeitet, der solche Krisen, wie es sie im Augenblick gibt, verhindern soll.

Auch in der Bundesrepublik gibt es einen sehr konstruktiven Plan, um die Energiewirtschaftspolitik entsprechend ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Gesamtwirtschaft und unter eingehender Berücksichtigung des Kohlenbergbaus neu zu regeln. Es ist dies der Neuordnungsplan der IG Bergbau, der sich in umfassender Weise mit diesen Problemen auseinandersetzt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirksamkeit dieses Planes ist jedoch die ebenfalls in diesem Plan der Bergarbeitergewerkschaft geforderte Überführung des Steinkohlenbergbaus in Gemeineigentum. In seiner jetzigen privaten Eigentumsordnung wird nach Ansicht der Gewerkschaft der Bergbau seiner volkswirtschaftlichen Funktion einfach deshalb nicht gerecht werden können, weil das privatkapitalistische Profitstreben die Gemeininteressen sehr stark überlagert und eine echte Gesundung des gesamten Bergbaus verhindert.

Für den Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik ist staatlicherseits in den letzten Jahren schon einiges getan worden. So sind immerhin 5,5 Milliarden (!) DM in den letzten Jahren aus Steuermitteln in die Kassen der privaten Zechenunternehmer geflossen, ohne daß sich daraus die so notwendige Stabilität des in 49 Gesellschaften aufgeteilten Kohlenbergbaus an der Ruhr ergeben hätte. Privatinitiative und unternehmerische Weitsicht vermochten eben die Probleme des Bergbaus nicht zu lösen. Außerdem ist es sehr aufschlußreich, wenn ein Industriezweig auf der einen Seite Milliardenbeträge aus Steuermitteln erhält und andererseits eine beachtliche Steigerung seiner Dividendenausschüttungen an die Aktionäre vornimmt.

Es klingt deshalb sehr überzeugend, wenn der 1. Vorsitzende der IG Bergbau auf der 6. Generalversammlung in München im Juni dieses Jahres zur Sozialisierungsforderung seiner Gewerkschaft sagte: „Es sind auch nicht mehr die alten rein ideologischen Überlegungen, die uns zu dieser Forderung führen, sondern es ist — das unterstreiche ich in aller Eindringlichkeit — eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit, die uns zu einem solchen Schritt gebieterisch zwingt."

Dieser Auffassung setzt die bekannt adenauertreue „Neue Zürcher Zeitung" in ihrer Ausgabe Nr. 237 vom 29. 8. 1958 kaltblütig entgegen: „Daß die Sozialisierungsfrage keine Chance hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Für einen ideologischen Umbruch ist kein Raum."

Das Schweizer Renommier-Blatt für Adenauer kennzeichnet — wenn auch ungewollt — die reaktionäre Situation in der Bundesrepublik sehr treffend. Für Adenauer, Erhard & Co. ist nämlich die Sozialisierung der Grundstoffindustrie auf keinen Fall eine Frage der wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten im Interesse des Gemeinwohls, sondern hier geht es den Bonner Gralshütern des privaten Profits ganz schlicht und einfach um die Konservierung eines althergebrachten Zustandes, wonach unter mißbräuchlicher Ausnutzung religiöser Gefühle das Volk in wenige Herren und viele Knechte, in wenige Reiche und viele Arme aufgeteilt ist. Die nackte Gier nach unkontrollierter und unkontrollierbarer wirtschaftlicher und politischer Macht — geschickt aufgezäumt als demokratisch-liberale Wohlstandsideologie — bestimmt immer noch das Geschehen in der Bundesrepublik. Es geschieht eben nicht das, was praktische Vernunft und realistische Erkenntnisse gebieten, sondern das, was den Profit einiger weniger sichert. Die Vorgänge im westdeutschen Steinkohlenbergbau im besonderen und in der übrigen Wirtschaft im allgemeinen dürften dafür ein treffender Beweis sein.

Prof. Johannes Harder

Tokio 1958

I

Es war so wenig zufällig wie willkürlich, daß auch die „Vierte Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben und für Abrüstung" (vom 15.—20. August 1958) wiederum nach Japan eingeladen wurde. Japan ist das Land, in dem der Krieg mit Nuklearwaffen 1945 seinen heillosen Anfang genommen hat. Dieses teuflischste aller Attentate auf Mensch und Menschlichkeit hat ein unvorstellbares Erwachen eines ganzen Volkes bewirkt; daran ist eine Nation politisch mündig geworden.

Diese kleinwüchsigen, beweglichen und ungemein umsichtigen Menschen wissen sich seither in der Frontlinie der weltgeschichtlichen Ereignisse; was immer die Welt bedrohen mag, hier findet es eine den Europäer erstaunende Aufmerk-

samkeit. Das japanische Volk empfindet sich als Avantgarde im Kampf gegen jegliche Bedrohung unserer Welt. Wer aus unserem von politischen Fiktionen, Gleichgültigkeit und Müdigkeit geplagten Europa jenes Inselreich betritt, sieht sich in eine andere Welt versetzt: hier regiert mitten in aller Geschäftigkeit des Tages das klare Bewußtsein, hart am Abgrund zu leben. Diese überraschende Aufgeschlossenheit für das Geschehen in aller Welt begegnete uns auf Schritt und Tritt. So weigerte sich eine Buchhändlerin, eine schlichte Frau aus dem Volk, mir eine Auswahl von Büchern zu verkaufen, nachdem sie meine Konferenzplakette entdeckt hatte: ein Mensch, der keine Mühe gescheut hätte, aus dem fernen Europa nach Tokio zu kommen, um hier die Sorgen Asiens zu seiner eigenen Sorge zu machen, könne für sie kein Käufer sein; ich mußte das Bücherpaket als Geschenk mitnehmen.

Die Konferenz stand daher immer und überall im Zeichen der Anteilnahme eines ganzen Volkes, das mit jenen Tagen wieder in das Blickfeld der großen Politik gerückt wurde und dessen Schicksal noch einmal als Prüfstein für alle dastand. (Daß die bundesrepublikanische Presse davon nur beiläufig und dann bagatellisierend Kenntnis nahm, beweist lediglich, wie verkrampft und rückständig unsere Außenpolitik geworden ist!) Die 39 Völker, die sich hier vertreten ließen, um sowohl den derzeitigen Stand der weltpolitischen Lage neu zu untersuchen, wie daraus neue Wegweisung für ein weiteres Arbeitsjahr um den Frieden der Welt zu gewinnen, boten in Tokio wahrlich keine Schaustellung; hier geschah auch außerhalb der offiziellen Veranstaltungen Begegnung mit Sprechern von Nationen, die bei uns allenfalls ethnographisch, nicht aber in ihrer politischen Realität gesehen werden. Trotz aller Mißlichkeiten, die solchen internationalen Tagungen gelegentlich anhaften, vermittelten diese Gespräche eine Fülle von Anregungen für die praktische Arbeit; nicht zuletzt lag in alledem auch etwas Tröstliches für das tapfere und sein Unglück bewunderungswürdig tragende japanische Volk.

II

Allein das macht den Besuch einer solchen Konferenz lohnend: durch Augenschein davon überzeugt zu werden, daß im Osten unserer Erde sich ganz andere Wandlungen vollziehen, als wir im weltpolitischen Altensitz Europa uns träumen lassen. Jene andere Hälfte der Welt ist nämlich in einer wirklich bedrängenden Weise in den Ausstand getreten, in eine Erhebung wider alle traditionelle amerikanische und europäische Verwaltung und Vergewaltigung der Farbigen. Hier wurde überzeugend deutlich, daß der Kolonialismus und Imperialismus von gestern und heute seine Grenzen längst überschritten hat, während er — ärgerlicherweise auch noch unter der Tarnung kultureller Betulichkeit und einer weithin mehr als fraglich gewordenen christlichen Missionierungsmethode — seine letzten Brückenköpfe mit nackter Gewalt verteidigt. Wer die Vertreter dieser Nationen in Tokio gehört und mit ihnen gesprochen hat, ist über das Tempo, in dem ihr Anmarsch vor sich geht, geradezu erschrocken; sie scheinen sich keine Zeit zu lassen, die Vormundschaft durch den weißen Mann endgültig abzuschütteln.

Nun, ihre geschliffenen Erklärungen hatten in Japan ihren legitimen Ort: wo um den Frieden der Welt gerungen wird, dort gilt nicht zuletzt die Stimme derer, die durch Ausbeutung und Verführung in menschliche und gesellschaftliche Not gestürzt worden sind. Man bedenke im Falle Japan: daß es die gleiche Macht ist, die diesem Volk die Weltwunden Hiroshima und Nagasaki zugefügt hat und die ihm (ein Jahrzehnt später) die Bewaffnung mit nuklearen Waffen zumutet! So wird der geschlossene Widerstand der japanischen Bevölkerung, die sich bekanntlich mit 38 Millionen Unterschriften zur Wehr gesetzt hat, gegen die ge-

waltsame Eingliederung in die westliche Blockbildung verständlich; sie muß diesen Zynismus ohnegleichen von sich weisen, um vor der eigenen Geschichte bestehen zu können.

Zu den grundlegenden Erfahrungen der Konferenz gehört die Einsicht, in wie hohem Maße das Verlangen der afroasiatischen Völker nach Befreiung inzwischen eine Selbstbefreiungsaktion ausgelöst hat; Freiheit und Frieden sind für sie schlechthin identisch geworden. Die Bedrohung der Menschheit durch die nukleare Aufrüstung muß darum notwendig als ein Bestandteil der allgemeinen Unterdrückung im Kolonialismus verstanden werden. Der Widerstand gegen die während der Tage so oft genannten „A- und H-Bomben" bedeutete das Sich-zur-Wehr-setzen gegen fremde Mächte, die nach aller unglückseligen Herrschaft nunmehr mit diesen Massenvernichtungsmitteln den letzten Trumpf einer totalen Gewalt ausspielen. Der Imperialismus mündet mit dämonischer Konsequenz in einen Atomkrieg. Eben das macht den Kampf dieser Völker so eindrucksvoll: das Ende aller Unterdrückung wird gleichbedeutend mit dem Abschied von der amerikanisch-europäischen Bevormundung und Lenkung. Freiheit hat nur noch den Sinn einer Loslösung von Dehumanisierung und Fremdherrschaft.

Der Vertreter Algeriens etwa konnte so für die meisten sprechen: ein halbes Jahrhundert vergeblicher friedlicher Befreiungsversuche von Frankreich hätten das Volk zum Aufstand gezwungen. Die Sprecher aus Korea und Vietnam, von Völkern, die sich immer noch durch von kolonialistischen Regierungen gedungenen Männern dirigiert sehen — und das sind nur einige wenige Beispiele — waren nicht weniger radikal, wobei ihnen freilich gute Argumente zur Verfügung standen, die uns, den Westlichen, auch einmal die andere Seite der modernen Geschichtsschreibung sehen ließ.

III

Tokio war gewiß mehr als eine große Gelegenheit für eine Dokumentation unbestreitbarer Tatsachen von globaler Bedeutung. Die geistige Gedrungenheit und persönliche Geschlossenheit der Delegierten dieser Völker zwang auch den Voreingenommenen, ihre Erklärungen und Anklagen sehr ernst zu nehmen. Denn hier standen durchweg Männer der Frontlinie, die ganze Kontinente durchzieht, um aus persönlicher wie nationaler Erfahrung ihr Wort zu sagen. Keiner von ihnen forderte hier etwas für sich oder für nur einzelne Gruppierungen in ihrem Land — sie sprachen als Anwälte ihrer Völker, die sehr bald jeden Verdacht verscheuchten, als spräche da ein gutgemeinter individueller Idealismus; sie waren Bevollmächtigte ganzer Nationen und vorab der zumeist Unterdrückten ihrer Volksschichtungen. Der Kampf um die elementaren Menschenrechte hat dort eine tragende gesellschaftliche Bedeutung gewonnen.

Am Eröffnungstag fiel in der Reihe der Völkerdelegationen ein buddhistischer Priester mit einer Gruppe seiner Gemeindeglieder auf, die mit ihm einen Fußmarsch von 1000 km quer durch Japan zurückgelegt hatten, um in Tokio ihr Zeugnis für den Frieden zu geben. Rund eine Million Menschen hatte die Straße der Demonstranten gesäumt, um ihnen die Glückwünsche des Volkes zuzurufen. Wir werden die Erscheinung dieses stabilen Mannes mit einem Buddhagesicht nicht sobald wieder vergessen, der am Ende der Ovationen noch einmal hervortrat, um mit nüchternen Worten alle persönliche Ehrung als ein Mißverständnis abzulehnen; es ginge vielmehr um eine Sache der Gemeinde, die wiederum für das ganze Volk von Nippon stände!

Eine jugendliche Radfahrerkolonne hatte 3000 km zurückgelegt; sie brachte verbrannte Erde und verkohlte Ziegelsteine aus den gebrandmarkten Städten Japans mit.

Zwei Blinde waren in Begleitung einer alten Frau von weither geritten gekommen, um angesichts ihrer Verstümmelung wenigstens hören zu können, wie es um diese Welt steht.

Die Kinder von Hiroshima hatten selbstangefertigte Papiertauben geschickt. Mitten auf einer Konferenz voller ernüchternder Tatsachen tauchten diese Symbole auf.

Ganz gewiß, ähnliches wäre in jedem beliebigen Land des Ostens geschehen. Und doch wurde wohl leidenschaftlich für die allzuvielen Erniedrigten und Beleidigten Partei ergriffen, ohne daß das Anliegen der Konferenz parteipolitisch verfälscht werden konnte. (In Tokio sprachen die „Nationen von unten" — und welche im afroasiatischen Raum lag nicht am Boden der gegenwärtigen Weltpolitik?) Die wenigen Europäer inmitten der östlichen Delegierten äußerten wohl ihre Sorge um die Wahrung strikter Sachlichkeit, wenn das Schuldkonto des Westens überladen zu werden drohte. Nun, es war nicht einfach Ungerechtigkeit der anderen Seite, wenn derartige Verdachte auftreten konnten; für die alleingelassenen unterdrückten Völker jener Erdteile gehen heute allein die volksdemokratischen Länder noch in die Advokatur. Es wurde niemals ausgesprochen.

IV

Die vielen eifrigen und oft hitzigen Diskussionen um die Abschaffung der weltvernichtenden Waffen haben jedoch ein tieferes Eindringen in die vielschichtige Problematik nicht verhindert; jedenfalls wurde es nachhaltig versucht.

In einer besonderen Kommission, der die Untersuchung „moralischer" Gesichtspunkte im Blick auf die heutige Aufrüstung anvertraut war, wurde in sehr radikaler Weise über menschliche und ethische Problemstellungen verhandelt. Wie tief sie reichten, wurde daran deutlich, daß es dabei auch zu Geständnissen kam, die glücklicherweise nicht zuletzt seitens europäischer Christen laut wurden; nicht minder eindrücklich waren hierbei Worte auf „heidnischer" Seite, etwa bei einem Japaner, der unmittelbar bekannte: alle Religionen seines Volkes hätten vor dem japanischen Militarismus kapituliert. „Lieber hätte ich sterben sollen als die vielen Menschen meines Volkes. So habe ich mich nach der Katastrophe entschlossen, mit den und für die Überlebenden zu leben." Von daher begründete er seinen kompromißlosen Affront gegen die Aufrüstung Japans.

Er wurde durch einen anderen ergänzt: der Tod sei überhaupt nur sinnvoll, wenn dadurch Menschen gerettet würden; eben das aber sei in der heutigen militärischen Lage unmöglich, und damit wäre jeder Krieg als Verteidigungsmittel ad absurdum geführt. So kamen wir zur Auseinandersetzung über die Frage nach der Schuld. Prof. Vogels (Berlin) Formulierung: „Wir alle sind mitschuldig, daß der Mensch den Menschen fürchtet, daß der Mensch den Menschen haßt, daß der Mensch den Menschen tötet" stieß auf den Widerspruch der „Moralisten" aller Observanzen und endete in der Ablehnung. Es waren genug solcher, die den Schuldbegriff überhaupt für indiskutabel hielten — und das, nachdem ungezählte Christen ihr Bekenntnis schuldig geblieben sind und Nikita Chruschtschow auf dem 20. Parteikongreß in Moskau sich in sehr persönlicher Art als schuldig bekannt hat! Daß auch Sozialisten in Tokio sich von solcher Solidarität ausnehmen wollten, beweist, daß auch in diesem Lager Schwärmer dabei sind, mit ihrer Selbstgerechtigkeit und sterilen politischen Orthodoxie den Fluß der Geschichte aufzuhalten.

Es scheint mir eine Frage sehr grundsätzlicher Natur zu sein, ob es bei den künftigen Konferenzen dieser Art gelingen wird, die Sorge der Menschheit nicht einzig auf die Auswirkung menschlicher Bosheit zu beschränken, sondern sie auf ihre Ursachen und Wurzeln zurückzuführen.

Hierzu ist in Tokio auch gesagt worden, daß die gegenwärtige Gespaltenheit der Menschheit ihren Anfang in der Zerrissenheit des Menschen hätte und die 4. Weltkonferenz, wenn anders sie das Gewissen der Welt zu sein beanspruche, weitaus radikaler nach den Quellen der Verführung unserer Generation fragen lernen müsse. Jeder Haß sei potentieller Krieg. Wo das nicht verstanden würde, sänken noch so redlich gemeinte Welttreffen auf das Niveau von heute im Schwange befindlichen Deklarationen und Deklamationen herab, um allenfalls Beunruhigungen, nicht aber echte Bewegungen auszulösen. Wer — auch das wurde nicht verschwiegen — nach aller Erfahrung von Jahrzehnten die Wandlung nur von neuen Gesellschaftssystemen und nicht vom Menschen erwarte, verbillige und veräußerliche den Frieden, anstatt ihn in der Tiefe persönlicher Verantwortung zu verankern. In diesem Sinne käme es darauf an, den Frieden nicht zu „erhalten", vielmehr ihn erst zu schaffen.

Immerhin gelang es, Prof. Vogels (Berlin) Antrag, in die Diffamierung des atomaren Krieges auch jede Art von Vorbereitung und Mithilfe dazu aufzunehmen, in das Kommuniqué einzubeziehen. Daß der Dimension der Tiefe und Vorbehaltlosigkeit auch an anderen Orten der Konferenz so wenig nachgegangen wurde, führte schließlich auch zum Scheitern einer Diskussion der „religionists", einer besonderen Gesprächsrunde zwischen Buddhisten und Christen verschiedener Bekenntnisse.

V

Man darf diese Impressionen von den Tagen in Tokio nicht abschließen, ohne sich noch einmal auf ihren warnenden Charakter zu besinnen.

Es steht mehr als bedenklich um alle Tradition in unserem Verhalten zu den farbigen Völkern des fernen Ostens; daß eine uneinsichtige Politik des Westens nach allem Geschehen fortfährt, diese auch sozial Armen und Ausgesteuerten durch Drohung und Gewalt im Griff zu behalten, gehört vielleicht zu den entscheidenden Beweisen unserer Verstocktheit. Hier aber ist einfach alles in die Revision gerufen, nicht zuletzt auch die großen Weltreligionen. Man bedenke, daß die modernen Asiaten und Afrikaner religiös indifferent geworden sind; sie holen auf ihre Weise die Aufklärung nach. Ihr Ethos kommt vielleicht nur noch aus ihrer jeweiligen politischen Situation; dahinter steht dann nicht viel mehr als der Wille zu überleben. Eine weltanschauliche Fundierung ist drüben kaum irgendwo festzustellen; sie wird angesichts der starken kreatürlichen Begabung dieser Völker nicht immer fehlen. Woher, woraus wird ihre sittliche Bindung wachsen?

Was das Christentum angeht, so ist eine Überprüfung seiner gewohnten Missionsmethoden längst überfällig. Nach den Jahrhunderten des „Wortes", das sich wesentlich auf die Predigt und Unterrichtung begrenzte, wird eine neue Art der Vertretung des christlichen Anliegens an die Stelle bisheriger Praktiken treten müssen: frei von allen westlichen Vorstellungen, moralischen Postulaten und soziologischen Einrichtungen der Mutterländer. Jedenfalls kann das Evangelium weder ein Importartikel, ein Kultursystem noch eine pädagogische Methode sein, wenn es draußen geglaubt werden soll. Unter allen Umständen aber wird bei der Begründung einer anderen und „besseren Gerechtigkeit", einer neuen Lebensart, das alles bestimmende natürliche Gemeinschaftsgefühl hierbei nicht übersehen werden dürfen. Für den Individualismus aller Spielarten ist dort kein Platz mehr. Und ganz sicher werden die Christen, die gehört werden wollen, ihre Sache noch ganz anders als bisher zu einer Wirklichkeit ohnegleichen, zu einer durchschlagenden Hilfe für den Alltag werden lassen müssen; denn jene Nationen sind sehr ernüchtert und — kritisch geworden! Der Gott, der dort heute zu den Fragen der Erhaltung und Bewahrung

der Welt und ihrer Menschen schweigt, wird künftig nur noch in ihren Museen zu finden sein. Nur ein lebendiges, durch jedes Opfer beglaubigtes Zeugnis, das keinerlei Trennung zwischen Innen und Außen weiterhin anerkennt und das unter dem Frieden weder ein bloßes Internum noch ein flaches Politikum, vielmehr wirklich erneutes Leben in seiner ganzen Fülle versteht, wird dort möglich sein.

Daß die Asiaten — mit oder ohne uns — auf eigenen Füßen nicht nur stehen, sondern zu gehen begonnen haben, ist inzwischen erwiesen. Uns hat in Tokio nichts so sehr beschämt wie die Beobachtung, daß sie diejenigen sind, die für das Bestehen der Welt weitaus lebendiger und opferbereiter einstehen als die „christlichen Abendländer" in Amerika und Europa. Schon heute bekunden sie eine größere Verantwortung für das gesamte menschliche Geschlecht. Sie werden darin — wenn nicht alles trügt — noch schneller fortschreiten und über das heute ihnen so wichtige Nationale rasch ins Große und Internationale hineinwachsen. Sie sind schon dabei.

Wir werden gut tun, an unserem Teil so gründlich wie unverzüglich umdenken zu lernen, wenn wir noch irgendeine Zukunft haben wollen; „auf uns zu" kommen die Menschen des Ostens. Für die Methanoia ist es nie zu spät. Die nicht vereinzelten guten Worte der Zusammengehörigkeit aller, die Menschenantlitz tragen, wie sie auch in Tokio laut geworden sind, geben uns bei aller Schwere ihrer Mahnung Hoffnung.

Dieser erste Bericht sei ein Dank an unsere japanischen Brüder.

Anton Zischka

Fürchten wir die Koexistenz?

Wer in der letzten Zeit die Sowjetunion bereiste und die sich von Leningrad bis Chabarowsk in jeder Fabrik, jeder Behörde und jedem Haushalt auswirkenden Wandlungen sah, die dort seit dem Tode Stalins das Denken nicht minder wie das Tun ergriffen, der fragt sich, ob unsere Führenden all das denn nicht sehen. Fließen die Geheimdienst-Milliarden des Westens ausschließlich in die Taschen von Betrügern und Idioten? Oder aber ist es die rapide „Westernisierung" der Sowjetunion, die das Ost-West-Verhältnis immer gespannter, die Angst vor einem neuen Krieg immer größer werden läßt?

Selbst John Gunther schreibt in seinem im April 1958 erschienenen Buch „Inside Russia Today": „Kaum ein Tag vergeht nun in Moskau, ohne daß ein Mann, der zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre hinter dem Polarkreis eingesperrt war, zu seiner Familie zurückkehrt . . . Ich selber sprach mit Dutzenden solcher zurückgekehrter Zwangsarbeiter in den großen neuen Wohnblocks an der Straße vom Flughafen Wnukowo nach Moskau, die für sie gebaut wurden, konnte Workuta ebenso wie den Dalstroij besuchen, denn Mikojan sprach es ja offen aus: ‚Zwangsarbeit rentiert nicht. Maschinen leisten mehr und machen weniger Scherereien'." Und nun hat die Sowjetunion eben diese Maschinen, während sie diese in den Notzeiten, die so viele unserer Kriegsgefangenen mitmachten, nicht

besaß. Allein die Sowjetunion hat heute ein „Ministerium für Automatisierung", und Mikhail A. Leseschko, der es im Januar 1956 einrichtete und seither leitet, wird international als Autorität auf diesem Gebiet anerkannt. Der Lebensstandard steigt erstaunlich rasch, und ebenso nimmt der Anteil der Sowjetunion am Welthandelsvolumen rapide zu. Und ist es das, ist es die Hinwendung zum Menschlichen, die dem Westen — oder besser den USA soviel Angst macht? Sind die guten Nachrichten die heute unerwünschten, weil sie nicht nur die Propaganda-Klischees entwerten, sondern auch all die Überlegungen zunichte machen, die vor vier Jahrzehnten den Bolschewismus an die Macht brachten und die allein ihn sich entwickeln ließen?

Die folgenden Überlegungen werden natürlich als pro-kommunistisch, als antiamerikanisch oder als phantastisch abgetan werden, aber nur Klarheit über die Ursachen der heutigen weltpolitischen Spannungen kann uns einen Ausweg finden lassen. Die erste unangenehme Wahrheit ist dabei, daß nicht nur der Marxismus europäisch ist, Marx und Engels durch frühkapitalistische Auswüchse in England zu ihren Theorien veranlaßt wurden, sondern daß auch der Westen den Umsturz von 1917 finanzierte und Washington das Ersticken des Bolschewismus verhinderte, als er noch eine russische Lokal-Angelegenheit war. Und meine eigene (wenn auch unbeweisbare) Meinung ist: Die bolschewistische Revolution war von den Alliierten bewußt gewollt, und nur weil der Kommunismus sich wandelte, wird er heute echt gehaßt. Denn wir vergessen ja allzu leicht, daß nicht erst der Kreml-Regierung, sondern schon dem Zaren Welteroberungspläne vorgeworfen wurden und daß der Wirtschaftsaufstieg Vorkriegs-Rußlands amerikanischen Kreisen nicht geringere Sorgen bereitete als die heutige Wirtschaftsexpansion der Sowjetunion. Der Bau der 7200 km langen Transsibirischen Bahn, den Sergeij Juljewitsch Witte 1891 durchsetzte und der in der Rekordzeit von nur neun Jahren durchgeführt wurde, hatte wie Stolypins Agrarreform die Wirtschaft derart angekurbelt, daß ihr Entwicklungstempo seit der Jahrhundertwende das amerikanische übertraf. Rußlands Roheisenproduktion z. B. stieg zwischen 1899 und 1913 von 727 Tausend auf 4,6 Millionen Tonnen, die Kohlenförderung von 6 auf 36 Millionen Tonnen. Hatte die russische Industrieproduktion 1870 erst 500 Millionen Rubel betragen, damals eine Milliarde Mark, so war sie 1912 mit 5738 Millionen Rubel bereits elfmal so groß. Ähnlich entwickelte sich die Ausfuhr: Die Standard Oil mußte einen erbitterten Preiskrieg gegen russisches Öl führen und erlitt in China, Indien und in Europa schwere Verluste. Große Sorgen bereiteten den USA und Kanada auch die Holz- und Getreide-Exporte des Zaren-Reiches. Bei Holz führte damals Rußland, und im Durchschnitt der Jahre 1906—13 kamen jährlich elf Millionen Tonnen russisches Getreide auf die Märkte der Welt. Seit Witte den Rubel stabilisierte, ging mehr Kapital aus Westeuropa nach Rußland als nach Amerika.

Die Revolution von 1917 lähmte Rußlands Wirtschaft. Sie stürzte das Riesenreich in Bürgerkrieg und Hungersnöte, trieb es von den Weltmärkten. Wurde der Bolschewismus bei seiner Geburt deshalb nicht erstickt, weil die City und die Wallstreet diese Folgen erwarteten? War es nicht so, daß durch die Installierung des Bolschewismus mit all seinen Wachstums-Schwierigkeiten der einzig ernstzunehmende Langfrist-Konkurrent der USA zumindest für einen längeren Zeitraum ausgeschaltet wurde? Die Rechnung ging auf, nur blieb der Kommunismus nicht, was er 1917 war. Auch der Bürgerkrieg, die Säuberungen und der Hunger nahmen ein Ende. Wie alles Menschliche paßte sich auch die russische Regierungsform den Gegebenheiten an — und tut das heute rascher, als unsere Regierungen das tun. Den Gedanken von Marx, den Kapitalismus durch hohe

Erbschaftssteuern und stark progressive Einkommensteuern zu bekämpfen, befolgte seltsamerweise der Westen und nicht die Sowjetunion, deren maximale Einkommensteuer bekanntlich 13% beträgt. Der Bolschewismus untergrub wohl zunächst die Schaffenskraft Rußlands, heute aber vergeht kein Tag, an dem der Unterschied zwischen den USA und der Sowjetunion nicht geringer würde. Selbst Allen Dulles, dem Bruder des amerikanischen Außenministers und Chef des Central Intelligence Agency, blieb schließlich nichts anderes übrig, als am 28. April 1958 der American Chamber of Commerce „die größte Gefahr, der sich die USA jemals in Friedenszeiten gegenübersahen" zu schildern, sie vor der Sowjet-Wirtschaftskraft zu warnen. Dulles hielt es für unwahrscheinlich, daß Moskau einen heißen Krieg wolle, hielt es aber „für ebenso gefährlich", daß die Sowjet-Produktivität nun doppelt so rasch wachse wie die amerikanische. Im ersten Viertel 1958 war Rußlands Produktion um 11% höher als im Vorjahr gewesen, die der USA um 11% geringer. Dulles erklärte, die Sowjetunion werde bald eine Quelle für so unentbehrliche Güter wie Aluminium, Zinn, Zink und Petroleum sein. 1972 bereits ebenso viel Erdöl fördern wie die USA, dann aber nicht alles selber verbrauchen, sondern zwei Millionen Faß täglich exportieren können — zwei Drittel des europäischen Verbrauchs. „Durch Drosseln der Lieferungen, durch Preissenkungen oder durch willkürliche Preiserhöhungen wird die Sowjetunion dann einen Sitz im Wirtschaftsgremium aller Industriestaaten haben . . ." Soweit Allen Dulles.

Ist das die Ursache der täglich wachsenden Ost-West-Spannung? Wächst der Haß in den USA, weil der Unterschied zwischen ihr und der Sowjetunion täglich geringer wird? Weil sie beide vorwiegend materialistisch denken, die Sowjetunion aber größere materielle Langfrist-Möglichkeiten als die USA hat? Wird Chruschtschows Entspannungspolitik, die höchst solide innerpolitische Ursachen hat, suspekt gemacht, weil er die Zwangsarbeiter entläßt, weil er den Lebensstandard verbessert und weil er durch die Sputniks der Welt klar machte, daß es in der Sowjetunion ebenso Großleistungen der Wissenschaft und der Technik gibt wie im Westen?

Es wäre an der Zeit, über diese Fragen gründlich und ohne Propaganda-Scheuklappen nachzudenken. Es scheint mir höchste Zeit, Klarheit darüber zu gewinnen, ob es für die Völker des Westens ein Nachteil ist, wenn sie nicht allein auf das Saudiarabische Öl der „Aramco" oder das Kuwait-Öl des Herrn Jean Paul Getty angewiesen bleiben. Ob es für diese Völker ein Nachteil ist, wenn sibirisches Holz oder Altai-Metalle auf den Weltmarkt kommen, nicht länger ein einziger amerikanisch-kanadischer Trust alles Aluminium liefert und nicht länger der Osten allein China beliefern kann. Drosselung der Lieferungen, Preissenkungen oder Preiserhöhungen, gewiß, damit muß gerechnet werden. Aber bezahlen wir nicht auch für das Nahost-Öl den amerikanischen Westküsten-Preis, obwohl die Gestehungskosten da ungleich geringer sind? Wieso stieg der „freie" Weizenpreis von Chicago zwischen 1933 und 1951 von 67 auf 267 Cents pro Bushel, um Ende 1957 wieder etwas auf 218 Cents zu fallen? Merkt der Verbraucher, ob ein Staats-Trust oder ein Privat-Trust ihn beliefert, die er beide nicht zu kontrollieren vermag?

Wir sollten mehr und mehr den wirtschaftlichen Fragen und Interessen zu Leibe rücken, dann wird uns auch klar, warum gewisse Kräfte, vor allem in den USA, die Koexistenz fürchten. Jedem Einsichtigen muß heute klar sein, daß jeder Versuch der Lösung internationaler Probleme durch einen Krieg heute Selbstmord bedeutet. Und wollen die USA den begehen: Dürfen wir ihnen dabei helfen? Bedeutet das nicht vor allem unseren Untergang?

Kurt Hirsch

Buchverbrennungen 1933 und Korporationen 1958

Chronik und Betrachtung

Von 1920—1958 . . .

1920: „Hinderungsgrund für die Aufnahme in den CV bildet semitische Abstammung, nachwirkbar bis auf die Großeltern." (Academiker, 1920, Heft 6, S. 147.)

1923: „Die Burschenschaft steht auf dem Rasse-Standpunkt, nur deutsche Studenten arischer Abstammung, die sich zum Deutschtum bekennen, werden in die Burschenschaften aufgenommen . . ." (Burschenschaftliche Grundsätze 1923).

1926: „Es gibt im Bezirke der westlichen Welt anscheinend nur eine lebensfähige Regierungsform, den Parlamentarismus. Diesen Parlamentarismus lehnen wir alle, ohne Ausnahme, mit vollster Entschiedenheit ab." (Festrede zur Reichsgründungsfeier des „Kyffhäuser-Verbandes" VVDSt. in Berlin am 16. Januar 1926).

1927: „Nach dem schmachvollen Ende des Krieges durch den feigen Verrat und Dolchstoß, den die ehrvergessene Heimat und Etappe durch die erbärmlichste aller Revolutionen in den Rücken des herrlichsten Herres aller Zeiten führte, das die Welt je gesehen hatte, erhielten die Corps wie alle ehrliebenden Waffenverbindungen einen ungeahnten starken Zulauf. Er hatte seinen Grund nicht nur in der Anstauung der neuen Semester, sondern vor allem darin, daß die zurückkommenden Kriegsteilnehmer ihrer Empörung über die sittliche Verwahrlosung der Heimat sowie ihrer Begeisterung für Ehre und Vaterland und die geniale Kriegsführung Ausdruck geben wollten und daher zu den Verbindungen eilten, die ihnen als Hort ihrer eigenen Ideale bekannt waren." (Weinheimer SC-Chronik", Darmstadt 1927).

1930: „Was unterscheidet uns nun von der nationalsozialistischen Liste: In politischer Hinsicht gar nichts, das zeigt sich am besten darin, daß wir auch eingeschriebene Mitglieder der NSDAP unter unseren Spitzenkandidaten haben." (Aufruf des Münchener Waffenringes zu den Studentenschaftswahlen im November 1930).

1931: „In dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, hat in Harzburg die Kundgebung der nationalen Opposition stattgefunden, zu der sich die ganze überwiegende Zahl aller Burschenschaften bekennen dürfte. Wir hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo diesem System das Ende bereitet wird." („Burschenschaftliche Blätter", Oktober 1931).

1932: „Wir wollen das Dritte Reich, wir wollen es mit allen Deutschen und für alle Deutsche." („Akademische Blätter" — VVSt., Juni 1932).

1933: „Hitler hat uns befreit. So rücken wir nun freudig ein als getreue Schar des neuen deutschen Staates, des Dritten Reiches . . . Das Wort „Gleichschaltung" hat deshalb auch für uns Burschenschaften einen ganz besonderen Sinn. Wir stehen alle auf dem geistigen Boden des neuen Staates. Für uns hat die Gleichschaltung lediglich die Bedeutung einer Änderung der Organisation, der Kampfform." (Otto Schwabe, auf dem Burschentag 1933).

1933: „Die Berliner Studentenschaft hat gestern gegen Mitternacht das beabsichtigte Autodafé an jenen Büchern, die sie in ihrer Aktion „wider den undeutschen Geist" aus den Leihbibliotheken geholt hatte, durchgeführt . . . Die Fackeln wurden auf den Scheiterhaufen geworfen. Ihnen folgten die Bücher. Der Leiter des Kreises Berlin-Brandenburg der Deutschen Studentenschaft übergab die Werke der als im besonderen Maß undeutsch Bezeichneten dem Feuer. Er nannte besonders Heinrich Mann, Emil Ludwig, Theodor Wolff, Georg

Bernhard, Alfred Kerr, Peter Panther, Remark, Ossietzky, Siegmund Freud, Marx und Kautsky . . ." („Frankfurter Zeitung" vom 12. Mai 1933).

1934: „Wir haben in schärfster Form den Grundsatz des arischen Blutbekenntnisses durchgeführt, wir haben durch die Einführung des Führerprinzips die parlamentarischen Formen unseres Verbandslebens ausgerottet, wir haben unsere junge Mannschaft in die SA oder SS geschickt . . . Wir brachten ein gut Teil der Voraussetzungen für echten Nationalsozialismus mit, und wir mußten, wenn wir die Grundideen unserer corpsstudentischen Erziehung in uns fortwirken ließen, ganz besonders aufgeschlossen sein für das so urdeutsche Gedankengut des Nationalsozialismus." („Deutsche Corps-Zeitung", Mai 1934).

1935: „Band und Mütze verpflichten und sind vergleichbar mit der Uniform des Soldaten oder dem braunen und schwarzen Ehrenkleid der SA und SS. Bis zum Kriege fand die marxistische Lehre in der Studentenschaft wenig Anhang. Nach dem Kriege traten andere Verhältnisse ein. Der Einfluß der Internationale war bei den Freistudenten in den letzten Jahren sehr bedenklich. Band und Mütze der Waffen-Studenten boten dagegen unbedingte Gewähr für nationale Richtung. Ihre Träger waren deutsch bis auf die Knochen. Die heranbrechende rote Flut zerschellte am Fels des deutschen Waffen-Studententums. In diesen Verbindungen hat der marxistische Bazillus keinen Nährboden gefunden . . ." („Deutsche Corps-Zeitung", April 1935).

1951: „Wer das Deutschland Hitlers bekämpfte, bevor der sowjetische Moloch zerschlagen war, der beging damit — gewollt oder ungewollt — Verrat an Europa, indem er sich zum Handlanger der Sowjets erniedrigte. Das gilt sowohl für unsere westlichen Gegner im Zweiten Weltkrieg als auch für die Männer des 20. Juli . . . Man zerschlug den Antikominternpakt und versucht heute krampfhaft, einen auch nur annähernd gleich schlagfertigen Militärpakt auf die Beine zu stellen. Man half rotspanischen Priestermördern . . . Die zwei Millionen Juden, Zigeuner und Partisanen, die in Hitlers Vernichtungsstätten umkamen, die allerdings waren Grund genug, um in Teheran, Jalta und Potsdam die baltischen Völker, ganz Ost- und Südost-Europa an Moskau zu verschachern und den Schild Europas . . . zu zerbrechen. Welch eine entsetzliche Verkennung der Realitäten! Heute dämmert die Erkenntnis, daß ein befleckter Schild immer noch besser ist als gar keiner." („Burschenschaftliche Blätter", Dezember 1951).

1952: „Je besser die wirtschaftliche Förderung durch die Altherrenschaft ist, desto klarer und überzeugender treten im Leben einer Verbindung die Vorteile in Erscheinung, die jede Zusammenfassung der Kräfte in einer engen Gemeinschaft mit sich bringt. Je stärker die wirtschaftliche Stützung z. B. im äußeren Rahmen eines Bundes zum Ausdruck kommt, desto enger ist die Bindung des einzelnen an seinen Bund, desto besser der Corpsgeist, desto straffer die Disziplin und um so wirkungsvoller die erzieherisch-prägende Kraft, die den einzelnen zum typischen Vertreter seines Bundes macht." („Der Convent", 1952, S. 261).

1954: „Die Landsmannschaften, die Heimatverbände der Vertriebenen, entwickeln eine Wucht der Gefühlszusammenballung und des Gesinnungszusammenhaltens, die sie geradezu als im deutschen Volkstum nicht mehr gekannte Groß-Sippen in Erscheinung treten läßt . . . Böswilliger Stumpfsinn weiß zu diesem echten Auferstehungsvorgang des Lebendigen nichts anderes zu plappern als die Phrase vom „Neofaschismus". Aus den in schwersten Leidenstagen wieder zu blutvollen seelentiefen Lebenseinheiten zusammengewachsenen Familien, Sippen und sippenähnlichen Verbrüderungen der deutschen Not formt sich das deutsche Volk in wiedererweckter Lebenskraft neu. Das ist das wirkliche „deutsche Wunder" dieser Zeit. In solcher Schau konzentrischer Kreise können auch wir Korpo-

rationsstudenten uns sehr wohl zu Hause fühlen . . . Das entscheidende Problem unserer Zeit ist nicht die posthume Auseinandersetzung mit dem 20. Juli 1944 . . ." („CC-Blätter, Coburger Convent Nr. 5 1954).

1955: „Wir werden unsere Geschichte mit hineinnehmen in unser Europa, und zwar ungekürzt und unzensiert. Und wir glauben auch nicht, daß es einen Irrweg in der Geschichte gibt." („Burschenschaftliche Blätter", Februar 1955).

1956: „Der völkische Gedanke ist geboren aus der Not und, hergeleitet von der Idee der Urburschenschaft, bei uns längst lebendig gewesen, als unsere Väter noch nicht aktiv waren. Der Nationalsozialismus hat ihn fast hundert Jahre später erst übernommen. Der völkische Gedanke kann sich für uns natürlicher Weise nur auf das Lebensrecht unseres Volkes, nicht aber auf Angehörige anderer Völker beziehen, die zufällig auch die deutsche Sprache sprechen und vielleicht auch die Bürgerschaft eines der heute nach dem Muster ehemaliger Kleinstaaten nach dem Motto „teile und herrsche!" geschaffenen deutschen Staatswesen besitzen, aber eben nicht zu unserem Volk gehören und schon deshalb außerhalb dieser Betrachtung stehen, ohne daß damit ein Werturteil abgegeben werden soll." („Burschenschaftliche Blätter", Mai 1956).

1957: „Wir wollen allein durch das Dasein des AH-Bundes Königsberg . . . dokumentieren, daß ein Deutschland „bis an die Memel" in der Idee und durch seine Menschen noch lebt. Für diese Idee wollen wir eine Art akademischer Vortrupp sein . . ." („Akademische Blätter", Juni 1957).

1958: „Zu einem Zwischenfall kam es am Freitag in der Göttinger Universitäts-Aula, vor der ersten Vorlesung über „Antisemitismus", die der Wirtschafts- und Sozial-Wissenschaftler Prof. K e s s l e r im Sommer-Semester hält. Am schwarzen Brett in der Universitäts-Aula wurde ein mit dem David-Stern versehener Anschlag der jüdischen Studentengruppe mit Hakenkreuzen verschmiert." („Süddeutsche Zeitung", Mai 1958).

Die Korporationen nach 1945 . . .

Auf Grund des Alliierten Kontrollratsgesetzes war den Korporationen nach 1945 jede Tätigkeit untersagt, und es muß auch festgestellt werden, daß bei den Studenten selbst kein Bedürfnis nach der Gründung farbentragender Verbindungen vorhanden war. Im Jahre 1946 kamen auch die Rektoren aller deutschen Hochschulen überein, „einem neuerwachsenden Verbindungswesen im Sinne gesunder Gemeinschaftsidee nicht abgeneigt zu sein, Mensur, übertriebenen Komment und öffentliches Chargieren (Auftreten in vollem Wichs) aber nicht mehr aufkommen zu lassen".

Im Oktober 1949 verurteilten die Rektoren der westdeutschen Hochschulen anläßlich einer Konferenz in Tübingen die Etablierungen der alten Korporationen und wandten sich in der folgenden Resolution gegen das Aufkommen überlebter Tendenzen, verboten strikt die Veranstaltung von Mensuren sowie das öffentliche Farbentragen: „Universität und Studenten müssen sich bewußt sein, daß an der Frage, in welchem Geiste jetzt die Aufgabe der Gemeinschaftsbildung gelöst wird und welche Formen für das Zusammenleben gefunden werden, nicht weniger als die Zukunft der deutschen Hochschulen sich entscheidet. Mit Recht verfolgt eine große Öffentlichkeit des In- und Auslandes diese Vorgänge mit höchster Aufmerksamkeit. Denn am Verhalten der Studentenschaft zu dieser Entwicklung wird sich mit Sicherheit ablesen lassen, welchen menschlichen und geistigen Wert der deutsche Student erreicht und ob die an den Hochschulen ausgebildete Schicht berufen ist, an der inneren Erneuerung des Volkes mitzuwirken. Insbesondere wird sich herausstellen, wieviel politisches und soziales Verantwortungsbewußtsein in der akademischen Jugend lebt. Führt diese große Prüfung, die sich

im Akt der Gemeinschaftsbildung von selbst vollzieht, zu einem negativen Ergebnis, so wird dieses Urteil notwendig auf die deutsche Hochschule zurückfallen und ihrem geistigen Gewicht innerhalb Deutschlands und vor dem Ausland schweren Schaden bringen. Deshalb sieht die Universität der Entwicklung des studentischen Gemeinschaftslebens mit tiefem Ernst und großer Sorge entgegen und wünscht nichts dringlicher, als daß von dem gleichen Ernst auch diejenigen Kreise durchdrungen werden, welche die eigentlichen Träger der Entwicklung sind."

Mit allen Mitteln kämpften die Alten Herren im Laufe der nächsten Jahre gegen diesen Beschluß der Rektoren-Konferenz. Der Rektor der Göttinger Universität, Prof. Dr. Wolfgang Trillhaas, berichtete über das Kesseltreiben der Alten Herren gegen den seinerzeitigen Rektorenbeschluß von 1946: „Die Verhandlungen um die Fragen des studentischen Verbindungslebens sind glänzend verlaufen, so lange wir es mit den Studenten zu tun hatten. Seit die Alten Herren sich eingeschaltet haben, hat sich alles verhärtet. Sie haben ein förmliches Kesseltreiben gegen die Rektoren begonnen. Man hat den Eindruck, daß bestimmte Kreise der Alt-Herrenschaft eine Märtyrerrolle suchen, um daraus Kapital zu schlagen."

Der Einfluß der Alten Herren bei der Wiederaufrüstung des Korporationswesens findet seinen Ausdruck schon darin, daß 1951 auf vier Alte Herren ein Corps-Student kam. Von diesen Alten Herren angeregt und finanziert, machten die Bünde, vor allem nach der Währungsreform, unter alter Couleur wieder auf, und da das öffentliche Farbentragen von den meisten Universitäten verboten war, traf man sich zunächst in den Hinterzimmern von Gastwirtschaften. Die Studenten, denen allerdings die Erinnerungen an den zweiten Weltkrieg noch im Nacken saßen, setzten den Bemühungen der Alten Herren, die Korporationen zu aktivieren, passiven Widerstand entgegen. Doch bald war ein Teil der aktiven Teilnehmer des zweiten Weltkrieges aus den Hochschulen verschwunden, und an ihre Stelle traten teilweise die Söhne der restaurativen Bürger. Diese jungen, unerfahrenen Leute erwiesen sich dank der Einflüsse ihrer Väter und der älteren Generation gegenüber den Verlockungen der Verbindungen als durchaus nicht immun. Dies ist auch darauf zurückzuführen, weil die Zugehörigkeit zu einer Verbindung für die spätere Karriere sehr nützlich ist und die jungen Männer praktisch durch die Mitgliedschaft in einer Korporation der beruflichen Sorge für die Zukunft enthoben sind. Dazu kommt noch, daß viele Studenten-Verbindungen ihren Mitgliedern schon während des Studiums mannigfaltige Erleichterungen und Vorteile in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht gewähren.

Im Juli 1953 sah sich der Rektor der Universität Tübingen zu einer Erklärung veranlaßt: „Im Jahre 1949 hat der Große Senat der Universität Tübingen eine Entschließung gefaßt, in der er ausdrücklich die Entwicklung neuer Formen studentischen Gemeinschaftslebens begrüßt, jedoch ebenso entschieden das Aufkommen überlebter Tendenzen, Einrichtungen und Verhaltungsweisen verurteilt, zu denen er die Veranstaltung von Mensuren und das öffentliche Tragen von Farben zählt. Zu dieser Auffassung setzen sich manche Korporationen in Widerspruch, indem sie — um nur ein Beispiel ihres Verhaltens zu nennen — neuerdings öffentlich Farben tragen, und zwar in einer Form, die die demonstrative Absicht und die Steuerung aufs peinlichste deutlich werden läßt. Die Tatbestände des sozialen und politischen Lebens, von denen die Entschließung ausgeht, die vier Jahre zurückliegt, stehen noch heute vor aller Augen. Aus dieser Beurteilung der gegenwärtigen Situation hat sich der Große Senat in seiner letzten Sitzung am 18. Juli 1953 zu seinem früheren Beschluß ohne Einschränkung erneut bekannt. In der Entschließung heißt es: ‚Es wäre verhängnisvoll, wenn auch nur kleine Gruppen der Studentenschaft diese Form wieder entwickelten. Daher trennt sich von der

Universität jeder, der diese Formen wieder erwecken will, und die Universität wird auch von ihrer Seite diese Trennung energisch vollziehen.' Seit der Entschließung stehen das öffentliche Tragen von Farben und die Veranstaltung von Mensuren in Widerspruch zu den Pflichten des akademischen Bürgers, denen sich jeder Student durch die Immatrikulation unterworfen hat. Das Verhalten mancher Korporationen hat in letzter Zeit — in Verkennung der Toleranz und Zurückhaltung der Universität — so viel Unruhe und Spannung in das akademische Leben getragen, daß ich genötigt bin, nochmals klar auszusprechen, daß das Farbentragen in der Öffentlichkeit und die Veranstaltung von Mensuren den Studierenden der Universität Tübingen verboten ist. Es ist für die Universität untragbar, daß eine verhältnismäßig geringfügige Zahl von Studierenden sich mit ihrer Verhaltungsweise in den Mittelpunkt der Interessen der Hochschulen zu drängen sucht . . . Es ist nicht anzunehmen, daß die hier gemeinten Korporationen sich blind stellen gegen die Forderungen einer akademischen Lebensordnung, die im Erziehungsauftrag der Universität begründet liegt. Er bestimmt auch den Pflichtenkreis, in dem die Studierenden stehen. Jeder kann die Universität verlassen, wenn ihm diese Pflichten unerfüllbar erscheinen; aber kein Student darf, so lange er Student ist, sich diesen Verpflichtungen entziehen. Aufgabe einer verantwortungsbewußten studentischen Gemeinschaft ist es aber, ihre Mitglieder im Geiste der Erfüllung der akademischen Pflichten zu erziehen, nicht aber, sie zu deren Verletzung aufzurufen."

Anläßlich der Einweihung des Internationalen Studentenhauses in Frankfurt zum zehnten Todestag der Geschwister Scholl am 23. Februar 1953 führte Bundespräsident Prof. Heuss u. a. aus: „Wenngleich ich niemanden geringer achte, der zu einer früheren Zeit studentischen Korporationen angehört hat, so bedeutet doch das Verbindungswesen alten Stils in heutiger Zeit eine Gefahr für das Wesen der studentischen Korporationen. Man schreibt nicht mehr 1853 oder 1903, sondern 1953 — und jede Zeit verlangt ihre Gesinnung . . ." Noch im gleichen Jahr gab der Bundespräsident seine Position auf und versicherte einer Delegation der Korporationsvertreter am 8. April 1953 „seine zukünftige Nichteinmischung". Auch die Rektoren beugten sich dem Druck der Alten Herren und der jungen Korporationsstudenten. Auf den Rektoren-Konferenzen in Bonn (1950), Köln (1951), Marburg (1952) und Stuttgart (1953) wurden die Tübinger Beschlüsse zwar im wesentlichen aufrecht erhalten, doch artete, was 1949 als bindender Beschluß gegolten hatte, immer mehr in lauwarme und unverbindliche Empfehlungen aus. Man kann also von einem planmäßigen Rückzug der Rektoren sprechen.

Die große französische Zeitung Le Monde schrieb am 20. April 1954 über die Situation auf den deutschen Hochschulen: „. . . Ohne ein Dementi befürchten zu müssen, kann man sagen, daß sich von 1950 bis heute an jedem Tag ein Zurückweichen der Universitätsbehörde und ein entsprechendes Fortschreiten der immer zahlreicheren, immer lärmenderen, immer aggressiveren Korporationen mit ihren provozierenden Uniformen, ihren gemeinsamen Saufgelagen nach Kommando und ihren barbarischen Duellen feststellen läßt . . ."

Im Juni 1958 wurde durch das Bundesverwaltungsgericht im „Couleur-Streit" ein Grundsatzurteil gefällt, nach dem „die Universität das Farbentragen von Angehörigen studentischer Verbindungen in der Öffentlichkeit nicht mit der Strafe verbieten kann, die betroffenen Studenten bei Übertretung ganz oder zeitweise vom Besuch der Universität auszuschließen". In diesem bemerkenswerten Schriftsatz wird des weiteren ausgeführt: „Daß das Verbot des Farbentragens in der Öffentlichkeit nicht gegen die in Artikel 5 des Grundgesetzes gewährleistete Meinungsfreiheit verstößt. Dagegen würde es einen Verstoß gegen das in Artikel 12 des Grundgesetzes gesicherte Recht auf freie Wahl der Berufsausbildungs-

stätten bedeuten, wenn die Übertretung eines solchen Verbots mit Strafen wie Exmatrikulation, Relegation oder Streichung von Semestern geahndet würde ..." Das Urteil war erforderlich geworden, nachdem ein vom Bundesverwaltungsgericht vorgeschlagener Vergleich zwar von der Universität, nicht aber von den beiden studentischen Verbindungen angenommen worden war. Der Vergleich hatte eine Kompromißlösung empfohlen. Danach sollte die Universität keine Einwendungen dagegen erheben, daß die Mitglieder der beiden studentischen Verbindungen bei besonderen Gelegenheiten, wie Stiftungsfesten und öffentlichen Prozessionen, in der Öffentlichkeit die Farben ihrer Verbindungen tragen."

... und ihr wachsender politischer Einfluß

„Unter den gekreuzten Schlägern schritten der Verteidigungsminister Strauß, seine Frau Marianne, Bundeskanzler Adenauer, die Minister Brentano und Balke, Bundestags-Vizepräsident Dr. Jaeger und die Bundeswehr-Generale Heusinger und Kammhuber hindurch. Bundeskanzler und Bundesminister scheinen kein größeres Vergnügen zu kennen, als einen Abglanz ihres obrigkeitlichen Lichtes auf die Korporationen fallen zu lassen ..." „Frankfurter Rundschau" vom 12. Juni 1957.

„Es ist unsere Pflicht, unsere Aktivitas nicht nur finanziell, sondern auch ideologisch zu unterstützen, nicht zurückschauend, sondern zukunftweisend zu sein ... Das Primäre scheint doch zu sein, daß wir Alte Herren unsere Jugend durch Beispielgeben und Unterrichtung gegen marxistische Einflüsse immunisieren, zumal sie sich doch eindeutig — was leider wieder verkannt und übersehen wird — zum waffenstudentischen Prinzip bekannt hat und es exerziert ..." („Hessen-Preußen-Zeitung", Marburg, April 1953).

„CDU-Abgeordnete wollen nach den Parlamentsferien im Auswärtigen Amt vorsprechen und nachfragen, ob es richtig sei, daß der Einfluß des Kartells der schlagenden Studentenverbindungen auf die Personalpolitik des Amts ... größer geworden sei. Jenen Abgeordneten war zu Ohren gekommen, daß sich einflußreiche Angehörige jener Verbindungsgruppe gerühmt hätten: „Jetzt bestimmen wir die Personalpolitik im Auswärtigen Amt ..." „Abendpost", 10. Juli 1958.

Im Jahre 1955 gab es rund 800 Korporationen und Burschenschaften mit über 30 000 Mitgliedern. Hinter diesen Verbindungen standen etwa 140 000 Alte Herren, die diese materiell unterstützen und die dank ihrer Schlüsselstellungen in den Ministerien und der Industrie ihre jungen Verbindungsbrüder förderten.

Im Sommer-Semester 1956 hatte sich das Bild weiter zu Gunsten der Korporationsverbände verschoben. Wir entnehmen der Zeitschrift „Burschenschaftliche Blätter" (Februar 1957) die folgenden Zahlen: An den 65 Hochschulen des Bundesgebietes waren im Sommer-Semester 1956 134 397 Studenten immatrikuliert. 25 587 von ihnen waren Studentinnen. Von den Immatrikulierten studierten 70,5 % an Universitäten, 21 % an den Technischen Hochschulen und 8,5 % an sonstigen Hochschulen. Von den rund 100 000 männlichen Studierenden sind etwa 55 % in irgendeiner Form organisiert. Dieser Prozentsatz setzt sich folgendermaßen zusammen:

CDK-Verbände (Convent Deutscher Korporationsverbände) rund 20 000 (36 %);
Katholische Korporationsverbände rund 14 500 (27 %);
Evangelische Studentengemeinden rund 8000 (15 %);
Katholische Studentengemeinden rund 4400 (8 %);
Sonstige Gruppen rund 1100 (2 %);
„Ring christlich-demokratischer Studenten" rund 2700 (5 %);
„Liberaler Studentenbund Deutschlands" rund 2200 (4 %);
„Sozialistischer deutscher Studentenbund" rund 2200 (4 %).

Die Korporationen verfügen somit über mehr als 60% aller deutschen organisierten Studenten. Alles in allem gibt es im Jahre 1958 an den Universitäten der Bundesrepublik und Westberlins über 800 Korporationen, die in 20 Verbänden organisiert sind. Die Gesamtzahl der korporierten Studenten beträgt 34 000, die ihrer Alten Herren 140 000.

Die tatsächliche Überlegenheit der Korporationen gegenüber den anderen studentischen Organisationen und ihr wachsender Einfluß auf das akademische Leben drückt sich nicht nur in Prozenten aus, sondern findet vor allem darin seinen Ausdruck, daß die korporierten Studenten um vieles aktiver sind als ihre anderen Kommilitonen. Wir können dieses Kapitel mit der Feststellung abschließen, daß das studentische Leben in der Bundesrepublik in immer stärker werdendem Maße den nationalistischen Tendenzen der Verbindungen und Burschenschaften ausgesetzt ist.

Ereignisse wie: daß die Marburger Korporationen gerade am 20. Juli 1952, dem Tag, an dem im Jahre 1944 das mißglückte Attentat auf Hitler verübt wurde, demonstrativ einen Frühschoppen abhalten; daß in Berlin der Rektor der Freien Universität und seine Begleiter von Korporationsstudenten mit Gewalt am Betreten des Paukbodens gehindert, beschimpft und aus dem Lokal gewiesen wurden; daß die Vollversammlung der Mainzer Studentenschaft unter dem Einfluß der Korporationsstudenten dem allgemeinen Studentenausschuß ihr Mißtrauen aussprach, weil sich dieser gegen die Aufführung eines Veit-Harlan-Films gewandt hatte; daß der ASTA der Universität München anläßlich der Wiederkehr des Todestages der Geschwister Hans und Sophie S c h o l l einen Kranz durch den Hausbesorger der Universität niederlegen ließ und kein Vertreter der Studentenschaft an dieser Ehrung teilgenommen hat; der von dem Studenten Klaus P e t r i von nazistischen Tendenzen strotzende, im „Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft" veröffentlichte Leserbrief; daß ein Bonner Schöffengericht einen Studenten zu einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilte — das Verfahren schwebte seit 1955 —, weil er gesagt hatte: „Es sind nicht genug Russen und Juden umgebracht" — müssen im Zusammenhang mit den schon erwähnten zahlenmäßig und geistig immer stärker werdenden Einflüssen der Korporationen und Burschenschaften betrachtet und beurteilt werden.

Selbstverständlich gibt es an den deutschen Hochschulen auch republikanische Professoren und Rektoren sowie demokratische Studenten und Studentinnen. Sie haben aber mit ihren ehrlichen Bemühungen vor der reaktionären und nationalistischen Welle der Korporationen und der ihnen geistig Verbundenen einen schweren Stand, wenn sie nicht Resignation vorziehen. Das Hauptproblem der deutschen Studenten liegt aber weniger darin, was die Studenten heute sagen und treiben, sondern was sie morgen als Staatsbeamte, Richter, Diplomaten, Unternehmer usw. tun werden. Ein Blick in die bundesrepublikanischen Gerichtssäle belehrt uns dahin, daß ein großer Teil der heutigen Richter gestern den Korporationen angehört hat.

W i r d d i e T r a d i t i o n d e s N S - S t u d e n t e n b u n d e s f o r t g e s e t z t ?

„Ein an mehreren westdeutschen Universitäten bestehender Verband national gesinnter Studierender hielt am 26./27. April in Wiesbaden seine Delegiertenversammlung ab. Es konnte festgestellt werden, daß der Bund, obwohl er noch sehr jung, bei seiner Arbeit fast ausschließlich auf die Tatkraft und den Idealismus seiner Mitglieder angewiesen und mannigfaltigen Angriffen ausgesetzt ist, auch im letzten Semester weiter an Mitgliedern gewonnen hat. Die Zentrale der Hoch-

schulgruppen des BNS befindet sich in Marburg-Lahn, Ritterstraße 15." („Deutsche Soldaten-Zeitung", Mai 1958.)

Das Zentralorgan des Deutschen Gewerkschafts-Bundes beschäftigte sich kürzlich mit den eindeutig zu Tage tretenden rechtsradikalen Tendenzen auf den deutschen Hochschulen und gelangte bei dieser Betrachtung zu der resignierenden Schlußfolgerung: „Es sind jene Charaktere, die alles ablehnen, was nach „schlechtem Gewissen" über „Nazi-Greuel" aussieht, die über den Begriff der kollektiven Scham nur dröhnend lachen können und die in einem Schreiben des „Bundes Nationaler Studenten" über antinazistische Kritiker in aller Frechheit sagen: „... ihres Bellens lauter Schrei beweist nur, daß wir reiten.' — Ja, sie reiten, und man läßt sie unbehelligt reiten!"

Wie wirken sich die braunen Ritter und deren antidemokratischen Seitensprünge — jetzt versucht man noch den Schein zu wahren, doch morgen werden diese Seitensprünge zu Hauptsprüngen werden — in der Praxis aus? Ein Herr Otto H e ß , der Neffe des Führer-Stellvertreters, fühlt sich als ehemaliges Mitglied der NSDAP und der SA und jetziger führender Funktionär der rechtsradikalen Deutschen Reichs-Partei zu der Feststellung berufen, daß „die deutsche Universität zur geistigen Führung der Nation unfähig sei, und des weiteren wandte er sich bei der gleichen Versammlung gegen den „nihilistischen Intellektualismus" deutscher Publizisten — gemeint war Paul S e t h e. Herr Heß ist bemüht, in den bundesdeutschen Universitäts-Städten Ortsgruppen des mit der Deutschen Reichs-Partei geistig, organisatorisch und personell verbundenen „Bundes Nationaler Studenten" (BNS) zu gründen.

Über Sinn und Zweck dieser Gruppen belehrt uns ihr Heidelberger Vorsitzender J ä n i s c h anläßlich einer Zusammenkunft der dortigen Gruppe: „Wir werden wertvolle Vorarbeit für die kommende große nationale Oppositionspartei leisten ... Wir fordern die Freilassung des angeblichen Kriegsverbrechers Reichspräsident D ö n i t z ... Wir führen einen scharfen Kampf gegen alle antideutschen Elemente. Wir wenden uns gegen die Überfremdung der deutschen Kultur ... Z u c k m a y e r ... Antideutsch ... W e r f e l ... Kulturbolschewist ..." In einem Anfang des Jahres 1958 von Angehörigen des BNS an bundesdeutschen Hochschulen verteilten Flugblattes hieß es u. a.: „Politische Dogmatiker unserer Tage liefern nicht nur Vergangenes der Verfemung aus, sie erklären auch, mittel- oder unmittelbar, anständige Menschen für vogelfrei oder zu Staatsfeinden, denen die Vergangenheit mit ihren guten oder bösen Seiten unbefangen in Erinnerung geblieben ist ... Hier haben wir den wahren Ungeist, den Feme-Terror im Raume des geistigen Lebens zu suchen, der aller Redlichkeit des Denkens den Vernichtungskampf ansagt. Lieber gar kein Geschichtsbild, als ein in Ruhe und Besonnenheit ohne Rücksicht auf die Tagespolitik erarbeitetes. Lieber gar kein Deutschland, als ein Deutschland mit einer anständigen, zu keinem Bußgang verpflichtenden Vergangenheit. Ehre, Treue und Glaube, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft sind die Grundlagen des Lebens jeder Nation, jeder menschlichen Schicksalsgemeinschaft. Sie dürfen nicht zerredet werden! Wer sie angreift, zerstört die Voraussetzungen jedes Gemeinwesens und untergräbt die Fundamente der abendländischen Kultur."

Es bestehen bisher in Heidelberg, Köln, Marburg und Saarbrücken kleine Gruppen des BNS, und es besteht heute noch kein Anlaß, die Bedeutung dieser Grüppchen zu überschätzen, obwohl es zweifellos Sache der demokratischen Studentenvereinigungen und der Hochschulbehörden wäre, sich in geeigneter Form mit diesen Umtrieben auseinander zu setzen, ehe diese nationalsozialisti-

schen Zellen aus dem großen Reservoir der Korporationen weitere Mitglieder gewinnen und zu einer nicht zu unterschätzenden Gefahr werden können.

Produkte des kalten Krieges und einer antidemokratischen Entwicklung

Um vieles aktueller, ernster und politisch bedenklicher als die vereinzelt auftretenden offenen neofaschistischen Strömungen innerhalb der bundesdeutschen Studentenschaft sind jedoch die oben erwähnten Korporationen und Verbindungen zu werten.

Wir haben festgestellt, daß die Korporationen nach 1945 ungeachtet verschiedener Widerstände durch die Alten Herren, die in Wirtschaft, Industrie und nicht zuletzt bei den Behörden einflußreiche wirtschaftliche und politische Stellungen bekleiden, wieder ins Leben gerufen wurden. Wenn es auf der einen Seite unbestreitbar ist, daß die Mehrzahl der Studenten sich aus den verschiedensten Gründen diesen Korporationen angeschlossen hat, so ist auf der anderen Seite ebenso klar, daß die Manager dieser Studentenverbindungen und vor allem die Alten Herren sehr eindeutige, antidemokratische und teils antisemitische Bestrebungen innerhalb der Verbindungen vertreten. Es bedarf auch keiner besonderen Erklärung, daß die indifferenten und passiven Mitglieder der Studentenvereinigungen im Laufe der Zeit in dem obenerwähnten Sinne beeinflußt werden: „Die Deutsche Studentenschaft ist in dem Deutschland von heute nicht zuletzt berufen, allen fragenden und suchenden Menschen ein geschlossenes und mitreißendes Vorbild gegen politische und ideologische Durchdringungsversuche einer uns wesensfremden Weltanschauung zu geben." (Denkschrift des Convents deutscher Korporationsverbände).

„Die Ausbildung körperlicher Kräfte und Fähigkeiten durch Wandern, Turnen, Fechten und andere geeignete Leibesübungen soll den Burschenschafter befähigen, diese Kräfte und Fähigkeiten zum Wohle seines Volkes einzusetzen; die scharfe Mensur soll ihn zur Einsatzbereitschaft und zu wehrhaftem Geiste erziehen." (Burschenschaftliches Handbuch, 2. Auflage, 1953.)

In dem Arbeitsbuch der Burschenschaften (1955) werden die einzelnen Themengruppen erwähnt, die bei Zusammenkünften der Burschenschaften zu behandeln seien. Diese gliedern sich wie folgt: „Geschichte und Gedanken der Burschenschaft", 7 Seiten; „Staatsbürgerliche Bildung" — dominierend dabei Wehrfragen — 18 Seiten; „Volkstums- und Grenzlandfragen", 40 Seiten; „Studentische Fragen", dominierend „Ehre und Ehrenschutz", 18 Seiten; „Kulturelle Fragen" — einschließlich Wissenschaft — 9 Seiten. Die gleichen Tendenzen kommen in den „CC-Blättern" (Coburger Convent, Dachverband der Landsmannschaften) zum Ausdruck. Im Frühjahr 1954 konnte man dort lesen vom „Kleinvolk der Slowenen", denen arrogant die „deutschen Großsippen" gegenübergestellt wurden. In demselben Blatt wird an anderer Stelle auch vom „lebensträchtigen Mutterboden Volk" gesprochen, aber auch davon, daß die „große Manntränke, der Völkermord von 1945/46 den Deutschen die besten Köpfe genommen habe."

Der Leiter der Evangelischen Akademie Herne, Oberstudiendirektor Dr. Schomerus, erklärte auf einer Arbeitstagung korpsstudentischer Verbände im August 1954: „Unsere Alten Herren sind Männer, die teilweise unter besonderer Verfolgung durch den Ungeist von 1945 zu leiden hatten ... Wir haben nicht nur eine tote Form aus den Händen unserer Alten Herren übernommen, sondern zu allererst eine geistig-sittliche Verpflichtung, die in den Wirren der jüngsten Zeit dem Untergang geweiht schien ... Wir wollen nicht Gericht halten mit den Alten. Wir stehen zu unseren Alten Herren, weil wir nicht wollen, daß die Tradition zerbreche."

Am 17. Februar 1951 unterzeichneten die bevollmächtigten Vertreter der studentischen Korporationen Westdeutschlands auf Verlangen des „Verbandes Deutscher Studentenschaften" (VdS) in Bonn eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Die Aufnahme der Mitglieder erfolgt grundsätzlich nach charakterlicher Eignung ohne Rücksicht auf soziale und rassische Gesichtspunkte ..." Dieser Unterschrift entzogen sich die Vertreter der „Deutschen Burschenschaft" und der „Weinheimer Senioren-Conferenz" (WSC). Sie erklärten, daß einzelne Bünde Vorbehalte hinsichtlich der Aufnahme ohne Rücksicht auf rassische Herkunft hätten.

Es wäre verfehlt, das Problem der Korporationen und der immer stärker werdenden rechtsradikalen Tendenzen an den deutschen Hochschulen isoliert von der gesamten anderen restaurativen Entwicklung zu betrachten. Die politische Tragweite der hier skizzierten Situation auf den deutschen Hochschulen kann nur dann erfaßt werden, wenn man zur gleichen Zeit in Betracht zieht, daß es in der Bundesrepublik etwa 60 Gruppen, 30 Jugendorganisationen, 8 Verlagsanstalten und ebenso viele Buchgemeinschaften gibt, die über jeden Verdacht der demokratischen Gesinnung erhaben sind und die in Wort und Schrift rechtsradikales Gedankengut verbreiten. Zu diesen Organisationen mit eindeutig extremer nationalistischer Einstellung gesellen sich noch rund 1200 SS- und Soldatenverbände, in denen antidemokratische Strömungen nicht zu übersehen sind.

Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß, seitdem sich für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS die Tore der Bundeswehrkasernen geöffnet haben, ein Ansteigen der SS-Verbände von 29 auf 45 zu verzeichnen ist. Die Soldatenbünde sind von 400 im Jahre 1951 auf 1222 im Jahre 1958 angewachsen. Wenn man nun noch die mannigfaltigen, in Wort und Schrift zum Ausdruck gebrachten Äußerungen der Sprecher verschiedener Flüchtlingsverbände zur Kenntnis nimmt und weiß, daß ein großer Teil der führenden Funktionäre dieser Organisationen sich absolut nicht geneigt zeigt, mit ihrer braunen Vergangenheit zu brechen, ja, daß diese bei Kundgebungen sehr oft ihren Ausdruck findet, dann wird das Geschehen bei den Hochschulen in einem viel grelleren alarmierenden Licht erscheinen, als wenn man die Dinge losgelöst von allem anderen betrachtet.

Es muß in diesem Zusammenhange vermerkt werden, daß sich diese Entwicklung — angefangen von den Zielen der Abendländischen Akademie bis zur gegenwärtig noch unbedeutend rechtsradikalen Splittergruppe — größtenteils unter dem Tarnmantel des Anti-Kommunismus vollzieht und daß diese teils von der Bundesregierung unterstützten Organisationen und Publikationen nur als Produkte und Nutznießer des kalten Krieges zu bezeichnen sind. Aus diesem Grund muß der Begriff rechtsradikal viel weiter gezogen werden als etwa nur auf irgendwelche primitiven Nachläufer des Hitlersystems. Und deshalb kann man auch jene Leute, die sich nur allein gegen die rednerischen Exzesse dieser braunen Nachgeburten wenden, nicht übermäßig ernst nehmen. Wie rief doch der Reichskanzler W i r t h im Jahre 1922 aus: „Der Feind steht rechts — rechts im weitesten Sinne des Wortes."

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 Köln, 25. September 1958 Preis DM 1,50

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

- *Dr. Hermann Rauschning, „Der Mangel einer überzeugenden amerikanischen Außenpolitik"* S. 633
- *Hermann Schwann, „Verpaßte Gelegenheiten"* S. 641
- *Dr. Achim von Borries, „Wollt ihr den totalen Krieg?"* S. 644
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das Kartenhaus des Herrn Dulles"* S. 652
- *Otto Eisenmann, MdB, „Politische Einsicht und Umkehr"* S. 656
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „400 Jahre Universität Jena"* S. 659
- *Heinz Kloppenburg DD, „Propst Asmussens Kampf gegen die Evangelische Kirche"* S. 663
- *Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer, „Zur Atomwaffendiskussion in der Evangelischen Kirche"* S. 666
- *Heinrich Finnentrop, „Die Lage im westdeutschen Steinkohlenbergbau"* S. 670
- *Prof. Johannes Harder, „Tokio 1958"* S. 68?
- *Anton Zischka, „Fürchten wir die Koexistenz?"* S. 68?
- *Kurt Hirsch, „Buchverbrennungen 1933 und Korporationen 1958"* S. 68?
- *Hans Henny Jahnn, „Haben wir das neue Weltbild im Geiste bewältigt?"* S. 69?
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 70?

Dr. Hermann Rauschning

Der Mangel einer überzeugenden amerikanischen Außenpolitik

Die UNO-Niederlage der USA-Politik

Vor kurzem äußerte der ältere Senator für den Staat Oregon der USA, Wayne Morse der Presse seine Besorgnis über die gegenwärtige Lage: „Wir werden als eine Nation attakkiert werden, die auf die eine Weise redet und auf eine andere handelt ... Wir müssen Dulles in seiner bluffenden und sich ständig auf der Kippe bewegenden Politik stoppen." Das ist nur eine von vielen Stimmen der Kritik und Besorgnis darüber, wohin die Hasardpolitik des amerikanischen Außenministers John. F. Dulles und der Mangel einer schlüssigen außenpolitischen

Konzeption der Vereinigten Staaten den Westen und seine Verbündeten geführt hat. Senator Morse ist weiten Kreisen durch seine Opposition gegen die Kandidatur des Generals Eisenhower als Präsident und durch seinen dadurch veranlaßten Übertritt von der republikanischen zu der demokratischen Partei bekannt. Mancher seiner damaligen Einwände gegen die Präsidentschaft eines Generals hat sich inzwischen bestätigt, trotz der Lauterkeit der Gesinnung und des unbezweifelbaren Friedenswillens des Präsidenten. Er ist in seiner Außenpolitik von seinem Staatssekretär abhängig, der sein Vertrauen wie Bundeskanzler Adenauer vornehmlich in eine Taktik setzt. Die Kritik gegen diese Politik, die statt ihr Ziel zu erreichen, den Sowjetorbit „zurückzurollen", zu weiteren Verlusten und Rückzügen des Westens geführt hat, ist nicht auf die Demokraten USA's beschränkt, sondern umfaßt beide Parteien. Der Kritik des Senators Fulbright, der sich dagegen wandte, den Kommunismus als Deckmantel für das Versagen der Staatsführung zu nehmen, folgte die Mahnung des Senators Humphrey, der sich auch die bundesdeutschen Ohren öffnen sollten, daß Wunschträume keine Antwort auf Schwierigkeiten seien. Mangel an Einsicht und Urteilskraft und die fehlende Fähigkeit, sich der Wirklichkeit zweckmäßig anzupassen, wäre das wesentliche Übel der amerikanischen Politik. „Wir können nicht die Führung in der militärischen Verteidigung Europas ausüben", sagte er, „ohne gleichzeitig die Führung bei der Suche nach Frieden und Abrüstung in Händen zu haben."

Trotz der wachsenden Kritik hat sich indessen die reale Politik der Vereinigten Staaten noch nicht zu einer zeitgemäßen Konzeption abgeklärt, obwohl der Eindruck allgemein ist, daß so wie bisher die Dinge nicht weitergehen können, wenn nicht die Welt — sei es aus bloßem Versehen oder aus Nervosität — sei es als Steigerung eines örtlichen Konfliktes — sei es über die Einlösung zugesagter Unterstützungsversprechen, die in einer Verkennung der Realität gegeben waren — in einen selbstmörderischen Atomkrieg gestürzt werden soll. Immerhin konnte die nahöstliche Krise durch einen überraschenden Akt der Besinnung und einen Sieg der Vernunft vorläufig beigelegt werden. Die von den Arabern mit Hilfe des Generalsekretärs der Uno gefundene Formel hatte selbst die Billigung von Dulles gefunden und ihn zu einer vollen Schwenkung bewogen, die es ihm ohne großen Prestigeverlust erlaubt, aus einer fast unlösbaren Lage herauszukommen. Diese Beilegung ist jedoch bezeichnenderweise nicht der überlegenen Führung Amerikas zu verdanken, sondern den Arabern selbst, die mit Unterstützung der Uno überraschend aus einem bloßen Objekt der Politik der Großmächte zu dem Subjekt eines eigenen politischen Willens wurden. Der entscheidende Akt war die Einigung der bisher in zwei Gruppen aufgespalteten arabischen Staaten, ihre Solidarität, an der die Großmächte nicht vorübergehen konnten. Diese Entwicklung zeigt, daß hinter dem oft nebulösen und doktrinären Gerede von einer „Dritten Macht" oder „Kraft" sehr wohl etwas Reales stehen und daß die Initiative für eine Entspannung sehr wohl als eine Art Durchbruch aus der Mitte erfolgen kann. Für das deutsche Volk im besonderen ist es interessant zu sehen, wie die Einigung bisher miteinander verfeindeter Gruppen einer Nation quer durch die bisherigen Fronten hindurch die politische Strategie des Kalten Krieges aus den Angeln heben und dem Frieden einen größeren Dienst leisten konnte als im Rahmen der bisherigen Sicherungsverträge.

Obwohl der amerikanische Unterstaatssekretär Murphy offenbar einen größeren Anteil an der Beilegung des Konfliktes hatte, folgte doch die amerikanische Politik im ganzen dem Zug einer neuen Politik von anderen Mächten, nicht einer eigenen Initiative. Das Ereignis kann indessen nicht ohne nachhaltige Folgen für Amerikas Außenpolitik bleiben. Ein Präzedenzfall ist geschaffen, der zum Muster für die Lösung anderer Konflikte werden könnte. Aber auch inhaltlich ergeben

sich daraus Folgen, die zu einer Revision der bisherigen Beurteilung über die Tunlichkeit oder Verwerflichkeit politischer Friedensinstrumente führen müssen. Bis zu einem gewissen Grade hat Präsident Eisenhower eine solche Revision bereits in seiner Rede vor der Uno durch seine Anerkennung der Berechtigung der großarabischen Einigungsbestrebungen vorweggenommen. Ebenso wichtig und folgenschwer ist eine endlich richtigere Beurteilung der Funktion des politischen Friedensinstrumentes der Neutralität in ihrer vorbeugenden Beseitigung von Konfliktstoffen.

Das neueste Debakel: Die Unfähigkeit in Fernost

Konnte Amerika in der Nahost-Krise gerade noch eben das Gesicht wahren und eine Korrektur der eigenen Politik ohne Prestigeverlust vornehmen, so stellt die Lösung des soeben ausgebrochenen Konfliktes über die China vorgelagerten Inseln und — unvermeidlich damit verbunden — über das Schicksal Formosas die amerikanische Politik vor weitaus größere Schwierigkeiten als im Nahen Osten. Hier rächt sich die widerspruchsvolle, irrealistische Haltung gegenüber einem politischen Faktum allerersten Ranges, das dadurch nicht aus der Welt geschaffen wird, daß man es nicht als solches anerkennt. Nicht nur der frühere englische Luftmarschall Slessor nennt die Dulles'sche Politik gegenüber dem kommunistischen China schlechthin idiotisch. Walter Lippman, der bekannte amerikanische Kolumnist, tadelt den Gebrauch einer Taktik der Unbestimmtheit und wirft dem Präsidenten dies als Mystifikation vor. Einfacher ist es, mit Senator Morse von einer Politik des Bluffs zu sprechen. Jedenfalls setzen sich die USA in diesem fernöstlichen Konflikt dem aus, was man hierzulande to call the bluff nennt, der Demaskierung einer, wie bei der Insel Quemoy, halb im Ungewissen gelassenen Schutzzusage als bloße Drohung. Wenn es die Vereinigten Staaten nicht auf eine kriegerische Verwicklung mit China und unter Umständen dadurch auf eine Spaltung des Westens und eine Isolierung Amerikas ankommen lassen wollen, so wird eine schwierige diplomatische Aktion notwendig werden, bei der die Bundesverläßlichkeit Amerikas unter Umständen Schaden erleiden könnte. Die unzulängliche, hinter der realen Entwicklung weit zurückgebliebene Außenpolitik von John F. Dulles hat somit Amerika und seine Verbündeten auch im Fernen Osten in eine schwierige Lage gebracht, die nur durch eine in vollem Umfange einen neuen Ausgangspunkt suchende andersartige Politik, nicht aber durch eine Änderung in der Taktik überwunden werden könnte.

Das müßte im Grunde die amerikanische Regierung veranlassen, eine Gipfelkonferenz zur Erörterung der eigentlichen, der Hauptprobleme zu suchen, und wenn es zunächst auch nur der Versuch eines gemeinsamen Durchgehens aller Probleme, eines gemeinsamen tour d'horizon bliebe. Aber kein Anzeichen spricht für die Bereitschaft der amerikanischen Regierung zu einer solchen Aussprache. Immerhin wird es zu einer Konferenz auf diplomatischer Ebene in Genf über die Einstellung von Atombombenversuchen Ende Oktober kommen. Wenigstens liegt die beiderseitige Zustimmung Eisenhowers wie Chruschtschows zur Zeit vor. Damit würde immerhin in einem Punkte ein Schritt vorwärts getan, nachdem in siebenwöchiger Beratung die seit Anfang Juli in Genf tagenden Atomphysiker zu dem Ergebnis gekommen sind, daß ein wirksames Kontrollsystem zur Entdeckung von Atomversuchen möglich ist. Damit ist, so muß auch hier die amerikanische Presse gegen die offizielle Politik polemisieren, der ablehnenden Position des bisherigen Vorsitzenden Strauss und der amerikanischen Atomic Energy Commission der Boden unter den Füßen weggeschlagen. Auch in diesem Problem

sieht sich Amerika der üblen Erbschaft seiner bisherigen Politik gegenüber, und John F. Dulles beeilt sich dabei noch zu unterstreichen, daß er nicht an eine Änderung seiner politischen Konzeption denke. Es sei unvermeidlich, führt selbst die republikanische Presse aus, daß die Sowjetunion auf die Hinzuziehung der Volksrepublik China zu den Beratungen bestehen werde. Das sei schon aus dem sachlichen Grunde notwendig, weil China die Einwilligung zur Inspektion auf seinem Gebiet geben müsse und es im Interesse des Westens läge, daß nicht sowjetrussische Versuche unkontrolliert auf chinesischem Boden fortgesetzt würden. Trotz dieser Sachlage hat Dulles öffentlich erklärt, daß er seine ablehnende Haltung gegenüber einer Anerkennung des kommunistischen Chinas nicht ändern werde. Wie es möglich sein soll, mit einer Macht zu einer Beziehung des wechselseitigen Vertrauens in die eingegangenen Kontrollverpflichtungen zu kommen, ohne sie anzuerkennen, das ist einer der weiteren Widersprüche, an denen die amerikanische Politik krankt.

Kann man mit „Gesten" etwas erreichen?

Es ist somit verständlich, was der ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson über ein Gespräch mit Chruschtschow berichtet, daß die führenden Köpfe des Kommunismus bei ihren Zusammenkünften regelmäßig ein Glas auf ihren „besten Freund" Mr. Dulles leerten. „Wir können kaum damit rechnen, jemals wieder so einen hilfreichen Gegenspieler zu bekommen." Um jedoch beim bitteren Ernst der Lage zu bleiben, so hat nach Stevenson der sowjetische Ministerpräsident auch unverblümt gesagt: „So wie die Dinge heute sind, kann es nicht nur keine Freundschaft zwischen uns (USA und UdSSR) geben, nicht einmal unsere Beziehungen können gut sein." Allerdings geht der amerikanische Besucher nicht ganz hoffnungslos von dannen, wie er sagt. Er erkennt den Wunsch Chruschtschows, den Krieg zu vermeiden, als ernsthaft an; nicht minder seinen Wunsch, ins Gespräch über die schwebenden Fragen zu kommen, und Stevenson ist befriedigt, daß der amerikanische Gedanke eines Gleichgewichtes der Kräfte nicht von Chruschtschow zurückgewiesen wurde. Dann aber stellt der letzte Satz des bisher veröffentlichten Berichtes Stevensons über seine Rußlandreise alle Verständigungsmöglichkeiten wieder in Frage, weil er offenkundig macht, daß selbst der Führer der demokratischen Partei und Kritiker der Dullesschen Politik den eigentlichen Kernpunkt einer Verständigung verkennt. Stevenson spricht von der Notwendigkeit einer „Geste" der Sowjetunion gegenüber. Bloß einer Geste? fragt man. Eine Geste, erläutert Stevenson, die „natürlich das sowjetische System als solches nicht anerkennt, die aber alle Möglichkeiten offen läßt, die Spannungen abzubauen".

Damit stünden wir denn auch bei dem Führer der Demokraten einer ähnlichen Rückständigkeit des Denkens und einer Begriffsverwirrung gegenüber wie bei Mr. John F. Dulles. Denn wie sollen Spannungen abgebaut werden, wenn es nicht zu einer wechselseitigen Anerkennung der beiden antinomischen politischen und sozialen Ordnungssysteme kommt; und welche Seite könnte und müßte das eher tun als die bereits gefestigte, anerkannte, die damit der jüngeren, um ihre Weltgeltung erst noch kämpfenden ihrerseits die Möglichkeit gibt, dem Beispiel zu folgen. Hier wird derselbe grundlegende Irrtum begangen, der auch des Schweizer Philosophen Karl Jaspers große Untersuchung über die Atombombe und die Zukunft des Menschen durchzieht, die Gleichsetzung der Bedrohung durch die Atombombe mit der durch den östlichen Totalitarismus, womit trotz allem aufgewandten Scharfsinn und allen Belehrungen über die Notwendigkeit einer neuen Politik aus einer neuen Denkart und Wesenswandlung des Menschen die prakti-

schen Folgerungen im engen Bereich des alten Denkens und Urteilens verharren. Nur durch die Anerkennung der Gleichberechtigung der kommunistischen Ordnung und die realpolitischen Schlüsse daraus, nicht aber durch bloße Gesten, wird es möglich, die Spannungen abzubauen und wird der neuen Ordnung die Chance gegeben, ihre totalitäre Kampfform in einer ihr feindlichen Umwelt abzubauen. Eine politische und soziale Doktrin wird sich um so eher einer von den Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts immer weiter abdriftenden neuen Realität anpassen, je wirklichkeitsoffener auch die gegnerische politische und soziale Doktrin ist und je mehr sie ihre Bedingtheit statt des allgemeinen Geltungsanspruches zum Ausdruck bringt. Nur aus einer Anerkennung des sowjetischen Systems „als solches" ist die Solidarität zwischen Westen und Osten zu schöpfen, ohne die alle Kriegsverhinderungsversuche mitsamt allen Abrüstungsvereinbarungen illusorisch bleiben.

Auch auf dem Gebiet der weltwirtschaftlichen Planung hat Amerika noch nicht den eigentlichen Wendepunkt von der bisherigen unfruchtbaren und zum Scheitern verurteilten Politik zu einer neuen Konzeption gefunden. Nicht eines neuen Marshall-Planes Amerikas für die „unentwickelten" Länder bedarf es, um sie für den Westen zu gewinnen, sondern eines neuartigen Versuches der solidarischen Hilfe Amerikas und Rußlands beim gemeinsamen Aufbau dieser Gebiete. Nur so kann verhindert werden, daß der Kalte Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzt wird, um sich wechselseitig Markt und Einflußgebiete abzutreiben. Mit der Sowjetunion könne es keinen Frieden geben, solange sie nicht eingesehen hätte, daß sie die Völker Asiens und Afrikas nicht auf ihre Seite herüberziehen könne, äußerte sich der um eine Revision der Politik besorgte Senator Humphrey. In demselben Atem aber entwickelt er ein wirtschaftliches Programm mit dem offenbaren Ziel, diese Völker einseitig für Amerika als Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe zu beanspruchen. Auch hier fehlt die Einsicht in das entscheidende Neue, nämlich den Versuch, die Entwicklung dieser Gebiete als ein Element der Kooperation, der Verbindung der beiden Großblöcke zu behandeln.

Bizeps und Wunschtraum statt Mut zur Realität

Von dem Ansatz zu einer neuen, in sich schlüssigen Außenpolitik mit dem Ziel dauerhaften Friedens könnte man erst sprechen, wenn die bisherige Maginot-Linien-Politik von Dulles mit ihrem zur Zeit rein auf die Defensive zurückgeworfenen Denken einer dynamischen Politik der Überwindung des status quo zu Gunsten eines tiefer gegliederten Gleichgewichtes Raum gegeben hätte. Aber offenbar wird an dem derzeitigen status quo deshalb so starr festgehalten, um Zeit für eine militärisch bessere Lage zu gewinnen, mit der die amerikanische Politik offenbar immer noch rechnet.

Gedankengänge, die auf die Möglichkeit eines Sieges ohne Krieg durch das bloße Schwergewicht einer erreichbaren Rüstungsüberlegenheit hinzielen, sind erst unlängst aus der Feder militärischer Sachverständiger an die Öffentlichkeit gelangt. Der Kern dieser Art Überlegungen ist, eine Lage zu ermöglichen, die es den Vereinigten Staaten erlaubt, ihre eigene Atomwaffe gegen den Feind einzusetzen, ohne das eigene Gebiet dabei der Zerstörung durch Vergeltungsmaßnahmen auszusetzen und ohne daß die Abschußbasen für die eigenen Atomraketen durch einen Überraschungsakt vorsorglich vom Feinde zerstört werden könnten. Das soll in absehbarer Zukunft durch ein sicheres Abschußverfahren überkontinentaler Raketen während ihrer Flugbahn und durch mobile Abschußbasen für

Raketen mittleren Kalibers rund um Rußland und China vermittels von U-Booten und Flugzeugmutterschiffen ermöglicht werden. Auf solche Weise im eigenen Lande gegen Atombombenschläge gesichert, könnten die USA auch in geringeren Konflikten den Ostmächten Halt gebieten und sogar ihre Kapitulation durch bloße Drohung erzwingen (vgl. Eliot-Plan „Sieg ohne Krieg"). Es ist fraglich, ob die verantwortlichen Politiker mit der Realisierbarkeit solcher Pläne tatsächlich rechnen oder ob es sich um bloße Vertröstungen nach dem Hitlerschen Muster der „Wunderwaffen" handelt. Nicht fraglich ist es dagegen, daß dies nur eine Milchmädchenrechnung ist, bei der die Entwicklung des Gegners nicht in Rechnung gestellt ist. Schon allein die Tatsache, daß die russische U-Bootflotte der amerikanischen weit überlegen ist, legt den Gedanken nahe, daß die Einkreisung durch bewegliche Abschußbasen auch in entgegengesetzter Richtung als der erhofften erfolgen könnte. Bedenklich an solchen Überlegungen ist, daß augenscheinlich die Vorstellung einer „Politik der Stärke" noch immer nicht aufgegeben ist. Für Europa aber bliebe in jedem Fall die Schutzlosigkeit gegenüber jeder Vergeltungsmaßnahme das entscheidende Faktum, weil es zu engräumig ist, um ein automatisches Abschußverfahren der Raketen zeittechnisch erfolgsicher zu entwickeln. Für die gesamte Menschheit bleibt zudem die Frage unbeantwortet, wie die radioaktiven Folgen von Massenexplosionen der A- und H-Bomben zu bewerten wären, wenn sie in der Stratosphäre zur Explosion gebracht werden.

Man brauchte sich nicht mit solchen Phantasien aufzuhalten, wenn nicht solche oder ähnliche Vorstellungen offenbar den Hoffnungshintergrund für die Teilnahme der europäischen Westmächte an der Nato-Strategie bildeten, deren Widersprüche und Mißkalkulationen in dem Aufsatz „Unfähigkeit oder böser Wille" in Heft 6 dieser Blätter bündig und unwiderleglich charakterisiert worden sind. Eine Gefahr sei dabei noch erwähnt. Die Bereitwilligkeit Bonns, die Bundeswehr allen Bedenken zum Trotz mit taktischen Atomwaffen als Kompensation für die Überlegenheit des Ostens an Truppen mit „konventionellen" Waffen ausrüsten zu lassen, geht zu einem Teil wenigstens zweifellos auf die Sorge zurück, jeden Anlaß zu meiden, der die USA bestimmen könnte, sich von der Verteidigung Europas zu distanzieren. Aber bei schärferem Zusehen ist bereits die Aufrüstung Westeuropas als ein selbständiger Faktor zur Verteidigung in „örtlichen" Konflikten wie überhaupt die ganze Theorie von begrenzten „kleinen" Kriegen ein erster Schritt der USA zur Isolierung. Mit der Atombombenausrüstung der Bundeswehr leistet somit die Bundesregierung einer Entwicklung Vorschub, die sie gerade dadurch verhindern zu können glaubt. Die Vereinigten Staaten behalten sich vor, wann sie sich mit ihrer atomaren Vergeltungsmacht engagieren wollen. Damit aber kommt in das ganze atomare „Gleichgewicht des Schreckens" ein Element der Ungewißheit, weil der Auslegung der Schutzverpflichtungen ein Spielraum gegeben ist.

Unhaltbare und gefährliche Deutschland-Politik

Man wird bei der Ausrüstung mit Atomwaffen taktischer Art allerdings auch nicht übersehen dürfen, daß sie in der Absicht unternommen wurde, ein Kompensationsobjekt in Händen zu haben, um die Sowjets zu Konzessionen bezüglich ihrer Überlegenheit an Truppen mit konventionellen Waffen zu bewegen. Aber auch dieses Argument ist bei näherer Prüfung nicht stichhaltig, weil die Sowjets ihrerseits ihre Bundesgenossen mit taktischen Atomwaffen ausrüsten werden, wenn sie es nicht schon getan haben. Wo immer man hinblickt, welche Einzelzüge der Außenpolitik und der zu ihrer Realisierung konzipierten militärischen Strategie man aufgreift, überall hat sich Amerika in Widersprüche, Unklarheiten, Halbheiten und Illusionen verstrickt. Nicht zum geringsten wird dies in der amerikani-

schen Deutschlandpolitik offenkundig. Man kann hier in der Tat von einem „heillosen Durcheinander" sprechen, wie dies einer der Kritiker der Dulles'schen Politik tat. Schon während der Berliner Konferenz 1953/54 hatte Dulles die Wiedervereinigung Deutschlands bewußt dadurch zum Scheitern gebracht, daß eine solche für den Westen nur unter der Bedingung annehmbar sei, daß das vereinte Deutschland in feste Bindung mit dem Westen gebracht werde; worauf von Molotow mit Recht vom Interessenstandpunkt Rußlands erwidert wurde, daß ein vereintes Deutschland in einem „Militärblock westeuropäischer Länder" für die Sowjetunion „nicht akzeptabel" sei. In Berlin war es Dulles' Argument, daß ein wiedervereintes Deutschland zum „Zünglein an der Waage im Gleichgewicht der Mächte werden und unter Umständen eine Seite gegen die andere ausspielen könnte". In diesem Frühjahr nun hat der amerikanische Außenminister gelegentlich einer Aussprache vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senates diese Argumentation nicht nur wiederholt, sondern sogar verschärft und damit, entgegen allen Hoffnungen der Deutschen, von den USA in ihrem Wunsch nach Einheit unterstützt zu werden, praktisch seine Ablehnung aller Wiedervereinigungsbestrebungen bewiesen. Womit für die Deutschen die peinliche Erkenntnis gegeben ist, daß sie, mit Ausnahme von ein paar Eingeweihten, während der ganzen letzten Jahre von dem leitenden Vertreter der amerikanischen Politik hinters Licht geführt worden sind. Wiederum begründete er seine Ansicht, daß es „nicht weise" sein würde, ein vereinigtes Deutschland ohne Bindung an den Westen zuzulassen, damit, „daß ein neutrales und bündnisfreies Deutschland in der Mitte Europas eine beinahe unwiderstehliche Versuchung darstellen würde, eine Seite gegen die andere auszuspielen". Wie ein militärisch schwach gerüstetes, durch einen internationalen Vertrag in seiner außen- wie innenpolitischen Bewegungsfreiheit überwachtes Land mit der Verpflichtung der Gleichbegünstigung beider Weltblöcke dies im Zeitalter der großen Atommächte tun und ein Element der politischen Beunruhigung statt ein solches der Befriedung sein soll, das gehört in den Bereich der sonderbaren Logik des Mr. Dulles. Grotesk aber wird seine Argumentation, wenn er hinzufügt: „Eine sehr gefährliche Lage nicht nur für den Westen, sondern auch für die Sowjetunion und für die Deutschen selbst." Wie ein „bündnisfreies" Deutschland der Sowjetunion gefährlich werden könnte, ist nicht einzusehen. Solche Argumente zeigen das ganze Ausmaß an Verwirrung, an halbem Denken, an einem Durcheinander sich widersprechender politischer Improvisationen, wenn nicht Schlimmeres, und sie rechtfertigen das wachsende Mißtrauen gegen eine solcherart geleitete Politik.

Voraussetzung für Ergebnisse auf einer Gipfelkonferenz: radikale Wandlung der Grundvorstellungen

Kann somit eine „Gipfelkonferenz" eine Klärung und Entspannung bringen, wenn die eine Partei keinerlei Ahnung von der Größe und Tragweite der die Menschheit insgesamt revolutionierenden Änderung der politischen und sozialen Realität verrät, sondern ohne eine konstruktive Anschauung von dem politisch Notwendigen und Möglichen ein politisches „Flickwerkprogramm" zu verwirklichen trachtet, wie sich ein Kritiker ausdrückt; von Fiktionen lebt; handelt, als ob alles beim alten geblieben sei und bleiben könne in dieser besten aller Welten und in den abgelebten Denkkategorien des 19. Jahrhunderts weiter dilettiert, während wir, ob wir es wollen oder nicht, „nur noch in einer Richtung wollen können", in der Richtung auf eine neue Gesellschaft und eine universale Solidarität aller Völker. Der amerikanischen Außenpolitik — selbst bei ihren schärfsten Kritikern in Amerika — ist der Gedanke, den Kampf mit dem Osten aufzugeben, weil er nicht nur nicht zu gewinnen, sondern weil er durch das Verdikt der tat-

sächlichen Entwicklung sinnlos geworden ist, überhaupt noch nicht gekommen. Sie hat nur die Illusion revidiert, daß das „Rückrollen" des Gegners so einfach sei, wie sich Mr. Dulles das offenbar bei Übernahme seines Amtes seinerzeit vorgestellt hatte. Sie ist noch nicht von der Notwendigkeit überzeugt, daß das einzige Mittel, den andernfalls sicheren Atomkrieg zu verhindern, der Zusammenschluß der beiden Atommächte zum Kern eines universalen Sicherungssystems auf der Grundlage der allgemeinen Solidarität aller Menschen ist. Wo die Gefahr des „Totalitarismus", wie auch in Karl Jaspers' in mancher Beziehung irreführendem Buch, der Gefahr des Atombombentodes gleichgesetzt wird, da herrschen im Grunde noch die Vorstellungen von „Kreuzzügen" und eines absoluten Gegensatzes von „Gut" und „Böse", der einen Ausgleich und ein gemeinsames Handeln ausschließt. Es führt daher zu nichts, sollte die öffentliche Meinung des Westens gegen das Widerstreben der Regierung eine „Gipfelkonferenz" erzwingen, wenn sie nicht zugleich auch eine radikale Wandlung in der Grundvorstellung darüber herbeizuführen in der Lage ist, welchen Zielen eine solche Konferenz gewidmet sein müßte. Das deutsche Volk aber kann von einer Gipfelkonferenz schon gar nicht eine Besserung seiner Lage erwarten, wenn die Maxime seines Handelns bleibt, bloß zu halten, was es hat, und solange es sein Schicksal blindlings einer politischen Führung anvertraut, die in unzweideutiger Form zum Ausdruck gebracht hat, daß sie eine Wiedervereinigung im Rahmen der praktischen Möglichkeiten für „nicht weise" hält. Ist auch die gegenwärtige offizielle Parole „keine Experimente", so wird das deutsche Volk eine selbständigere Politik als bisher zu riskieren haben, wenn es überhaupt noch eine Zukunft haben soll. Es würde bei einem solchen Versuch nicht ganz ohne verständnisvolle Freunde in den USA bleiben, hat doch unlängst der Senator Mansfield, der stellvertretende Majoritätsführer im Senat, darauf hingewiesen, daß ohne Verbreiterung der Kontakte zwischen den beiden deutschen Teilgebieten keine Grundlage für die Wiedervereinigung gelegt werden könne; die gegenwärtige Politik der Aufrüstung Deutschlands dürfe nicht unabänderlich sein. Wie eine solche selbständigere Politik beschaffen sein müßte, dafür haben die arabischen Völker jüngst das Beispiel gegeben. Aber die Politik der Deutschen müßte sich darüber klar sein, daß sie ihr eigentliches Anliegen nicht als ein bloß nationales Recht vertreten können, sondern als einen unentbehrlichen Ansatzpunkt für die Entwicklung auf eine neue solidarische Weltpolitik, deren Ziel nicht „Sieg ohne Krieg", sondern schlechterdings der Friede einer gemeinsamen Ordnung ist.

„Wenn ein Land den Krieg will, dann braucht es nicht mehr auf die öffentliche Meinung zu hören. Wenn man aber keinen Krieg wünscht, dann muß man die Reaktion der öffentlichen Meinung mit einkalkulieren." So hörte Adlai Stevenson zu seiner Verwunderung den Ministerpräsidenten der Sowjetunion sprechen. Mit Recht faßte er das als ein bedeutsames Zeichen auf. Nicht minder betonte er, Chruschtschow sei im Gespräch immer wieder auf die eine Frage zurückgekommen: „Wie können wir unsere gegenseitigen Beziehungen verbessern?" Steht diese Überlegung auch im Vordergrund der westlichen Wünsche? Zeigt sich eine Wendung, sie auch in den Mittelpunkt der praktischen Politik zu stellen? Der Mangel einer schlüssigen amerikanischen Außenpolitik lastet schwer auf den Bundesgenossen der Vereinigten Staaten. Aber selbst für den politischen Gegner ist kein Anlaß, sich über die Schwächen dieser Politik zu freuen. *Denn die Tatsache, daß die amerikanische Außenpolitik widerspruchsvoll, irreal, voller Halbheiten, Dunkelheiten und uneinlösbarer Zusagen ist, stellt gegenwärtig trotz aller Friedensliebe des amerikanischen Volkes die größte Kriegsgefahr dar.*

Hermann Schwann

Verpaßte Gelegenheiten

Wir haben den früheren Bundestagsabgeordneten Hermann Schwann, der 1956 als erster und bisher einziger westdeutscher Politiker China besuchte, mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En Lai sprach und mit dem damaligen Vizeministerpräsidenten und dem jetzigen Außenminister Marschall Tschen-Yi ausführlich konkrete Möglichkeiten einer chinesisch-deutschen Zusammenarbeit erörterte, aufgefordert, uns seine Auffassung über die derzeitigen Spannungen im Fernen Osten mitzuteilen. Er stellte uns die folgende Meinungsäußerung zur Verfügung. D. Red.

Wenn man die Geschichte der letzten Jahrzehnte unvoreingenommen überblickt, dann ergibt sich eine Unsumme verpaßter Gelegenheiten, natürliche, organische, vorauszusehende und unabwendbare Entwicklungen in evolutionären Bahnen zu halten. Den Verantwortlichen in der Welt fehlt allzu häufig die Fähigkeit, kommende Ereignisse vorauszusehen und sich darauf einzurichten. Die Folge dieser mangelnden Vorausschau war, daß an die Stelle der Evolution die Revolution trat, daß am Ende der Krieg stand. Ein Beispiel für viele: Im Jahre 1931 schlossen Österreich und Deutschland eine Zollunion, die niemand störte und niemandem etwas nahm. Das Diktat der Westmächte verhinderte ihr Inkrafttreten. Die Verhandlungspartner, der österreichische Bundeskanzler Schober und der deutsche Außenminister Curtius, traten daraufhin zurück. In Österreich begann die Entwicklung zum austrofaschistischen Ständestaat der Dollfuß und Starhemberg, in Deutschland wurde das große Vertrauenskapital des Reichskanzlers Brüning so erschüttert, daß sich noch im gleichen Jahr die „Harzburger Front" gründete und der Nationalsozialismus bei den darauffolgenden Wahlen seine Stimmen verdoppeln konnte. Nur ein kleiner Teil der außenpolitischen Erfolge, die die Westmächte später dem Nationalsozialismus widerspruchslos zubilligten, hätte Brüning über die Krisenzeit geholfen und wahrscheinlich die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus überhaupt verhindert.

Ein zweites Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit drängt sich auf: Hätten die Westmächte den ägyptischen Wünschen und eigenen früheren Zusagen entsprechend für das Geld, das der spätere Überfall auf Ägypten England und Frankreich direkt und indirekt gekostet hat, dem ägyptischen Staatspräsidenten den Bau des Assuandammes ermöglicht, dann wäre damit der berechtigte Wunsch der Araber auf einen eigenen Nationalstaat zwar nicht abgewürgt, aber diese unabwendbare Tatsache wäre in die Bahn einer vernünftigen und allmählichen Entwicklung gedrängt worden. Es wäre vermieden worden, daß sich an diesem unaufhaltsamen Werden eines gesamtarabischen Staates erneute Gegensätze zwischen Ost und West entzündeten. Das mehrere Assuandämme kostende Libanon-Jordanien-Abenteuer mit der großen Gefahr eines dritten Weltkrieges wäre der Welt erspart geblieben.

Und heute China? Die Chinesen haben den durchaus natürlichen und verständlichen Wunsch zur staatlichen Einheit und zur Beendigung des früheren Zustandes der Aufteilung Chinas in Interessensphären als Ausbeutungsobjekte oder Militär-Stützpunkte anderer Völker. Sie besinnen sich auf ihre vieltausendjährige Kultur und Geschichte. Der Westen, der in den vergangenen Jahrzehnten alles getan hat, um diese Staatwerdung zu hindern, der Opiumkriege führte, um das Volk mit Hilfe dieses Giftes zu entnerven und nicht zu sich selbst finden zu lassen, hat dieses Streben nicht begriffen. Daß in China der Kommunismus Vertrauen fand und zur Macht kam, ist im letzten ein Versagen des Westens. Dieser Hang zum Kommunismus aus Opposition gegen die frühere westliche Ausbeutung wurde

gestärkt durch die großen Erfolge, die das Nachbarland Rußland unter dem kommunistischen Regime sichtbar erreicht hat. Man erkennt und begreift in China, daß Rußland den Nachholbedarf von Generationen in wenigen vierzig Jahren durch das von Lenin geforderte Opfer einer einzigen Generation geschaffen hat. Man erkennt auch, daß dieser steile Aufstieg auf dem Wege einer Demokratie bei dem russischen Bildungsniveau zu Beginn der kommunistischen Herrschaft nicht möglich gewesen wäre.

Im Westen glaubte man eine gleiche Entwicklung in China zu einem modernen Staat durch eine in der Praxis völlig unwirksame und kurzsichtige Embargopolitik, durch Versagen jeglicher Hilfe, durch Unterstützung von Außenseitern aufhalten und verhindern zu können. Man mischt sich laufend in die innerchinesischen Verhältnisse ein, indem man eine separatistische Regierung in einem kleinsten Teilchen dieses Riesenreiches anerkannte und der de facto-Regierung des 640-Millionen-Volkes die Anerkennung versagte.

Alle ernsthaften Versuche der chinesischen Regierung, diesen Zustand im Guten zu beenden, sind an dem Unverstand und an der Verbohrtheit, insbesondere der US-Außenpolitik, gescheitert. Die chinesische Einheit wäre längst, und zwar ohne Krieg, zum Nutzen der Menschheit und des Friedens geschaffen, wenn nicht die USA in das Unternehmen Formosa unentwegt bisher weit über 20 Milliarden Dollar investiert hätten. Wenn die Amerikaner statt dieser völligen Fehlinvestition den gleichen Betrag ohne politische Nebenabsichten, z. B. für die Regulierung des Hoang-ho zur Verfügung gestellt hätten, wären sie zu Wohltätern des chinesischen Volkes geworden. Sie hätten die Lebensmittelerzeugung dieses Flußgebietes, in dem jetzt schon trotz der alljährlichen gewaltigen Überschwemmungen 40% des chinesischen Gesamtbedarfes an Nahrungsmitteln produziert werden, mehr als verdoppeln helfen. Aus einer derartigen Investition wäre auf lange Sicht gesehen für das chinesische Volk, aber auch und nicht zuletzt für die USA, reicher Gewinn geflossen. Den letzten Versuch einer friedlichen Regelung machten die Machthaber in Peking um die Jahreswende 1956/57. Damals reiste der indische Staatsmann Pandit Nehru nach einer Konferenz mit dem chinesischen Ministerpräsidenten, der damals noch gleichzeitig Außenminister war, nach Washington mit ganz konkreten Vorschlägen, u. a. auch zur Liquidation des Formosa-Unternehmens. Diese Vorschläge nahmen absolut Rücksicht auf den begreiflichen Wunsch der US-Politiker, ihr Gesicht zu wahren. Sie vermieden darüber hinaus sehr großzügig jede Demütigung Tschiang Kaischeks. Sie wurden seitens der US-Regierung aber brüsk abgelehnt in der irrigen Erwartung eines bevorstehenden Zerfalls des sogenannten Ostblocks. Polen und Ungarn, deren Emanzipationsbestrebungen durch Peking ursprünglich absolute Unterstützung fanden, hatten in Washington zu diesem Trugschluß geführt. Die amerikanische Ablehnung der chinesischen Vorschläge bewirkte praktisch einen völligen Wechsel in der bisherigen außenpolitischen Haltung in Peking. Aus der anfänglichen Befürwortung der Bewegungen in Polen und Ungarn wurde härteste Ablehnung. Peking stellte sich die Aufgabe, die Risse im Ostblock wieder zu kitten, und gewann damit das Recht, durch Beteiligung an Garantieverträgen bei der Ordnung der osteuropäischen Verhältnisse ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen. Der Kurswechsel wurde auch in Personen sichtbar. Tschou En lai, der bisher geduldig, geschickt und auf Ausgleich bedacht das Außenministerium mitverwaltet hatte, übergab das Amt des Außenministers an einen seiner Stellvertreter im Ministerpräsidium, den ebenso klugen, aber viel weniger kompromißbereiten und härteren Marschall Tchen-Yi.

Seit diesem Personenwechsel, der keinerlei falsche Hoffnung auf irgendwelche Rivalitäten innerhalb der chinesischen Führungsschichten aufkommen lassen

sollte, wendet man sich in China der Atomwaffe zu und beginnt mit den Vorbereitungen, eigene Erdsatelliten in den Weltraum zu schicken. Was nicht im Guten unter stärkster Schonung des innen- und außenpolitischen Prestiges der Amerikaner zu erreichen war, der Eintritt der Volksrepublik China in die UNO, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA, die Anerkennung der Pekinger Regierung als einzigem Sprecher für China, wird nunmehr mit härteren Mitteln versucht und — erzwungen. Die Schuld liegt nicht bei Peking. Selbst die Schuld für den akuten Streitfall um die Inseln Quemoy und Matsu liegt nicht in Peking, nicht einmal in Taipeh bei Tschiang Kai schek, sondern im Pentagon; denn Tschiang Kai schek hat sich zur Zeit des Koreakonfliktes mit Nachdruck gegen die amerikanische Forderung gewehrt, Quemoy, Matsu und die Tachen-Inseln militärisch zu besetzen und sie festungsartig auszubauen. Nach dem Waffenstillstand in Korea hat man in den militärischen Kreisen in Washington zwar umgeschaltet und Tschiang Kai schek sehr dringend und nachdrücklich die Räumung der Inseln empfohlen. Zu diesem und zu jedem späteren Zeitpunkt jedoch war die Räumung für den früheren chinesischen Generalissimus ohne entscheidenden Prestigeverlust und ohne die Gefahr einer Revolution auf Formosa selbst nicht mehr durchführbar. Welche Wege oder Irrwege die Politik gehen wird, um diesen neuesten Streitfall endgültig und friedlich aus der Welt zu schaffen, vermag heute, am 20. September, niemand vorauszusagen. Man kann nur hoffen, daß sich sofort die UNO einschaltet, die Volksrepublik China als Mitglied und als einzigen Sprecher für chinesische Belange aufnimmt und jede kriegerische Auseinandersetzung verhindert. China will keinen Krieg und kann keinen Krieg gebrauchen. Die Regierung eines erwachenden Volkes, das mehr Menschen umfaßt als die USA und die UdSSR zusammen, kann sich auf die Dauer aber die Stellung eines Objektes im politischen Raum nicht bieten lassen.

Die USA müssen jetzt, ob sie wollen oder nicht, mit China rechnen. Kein internationales Abkommen mit der UdSSR über Atomwaffen, über Weltraumpolitik oder über was immer, hat einen Wert, wenn es nicht China einbezieht, d. h., wenn nicht China bei seinem Zustandekommen mitgewirkt hat. Die USA werden ihre bisherige Haltung — nach den Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit kaum mehr ohne Prestigeverlust — überprüfen müssen oder ...? Der Kanonendonner um Quemoy ist die ganz klare Konsequenz aus der US-Politik. Ob die Regierung in Peking den Befehl zur Eroberung der Inseln jetzt gibt oder in Monaten, die USA würden sich verhängnisvoll verrechnen, wenn sie glauben, daß ein amerikanisches Eingreifen nur eine lokale Bedeutung hätte.

In der UdSSR weiß man, daß es in den USA Kreise gibt, die für das Jahr 1960 auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der UdSSR hinarbeiten oder sie doch zumindest, wenn schon nicht für wünschenswert, so doch für unvermeidlich halten. Die UdSSR wird also nicht zusehen, wenn die USA zur Verbesserung ihrer Ausgangsposition und ihrer Aussichten im Endspurt versuchen sollten, den stärksten sowjetischen Bundesgenossen vorher auszuschalten.

Dieser Konflikt im Fernen Osten bringt für die Welt neue riesige Gefahren. Was die Bundesrepublik angeht, so ist es sehr bedauerlich, daß die Bundesregierung, aus welchen Gründen immer, nicht im Jahre 1956 wenigstens die wirtschaftlichen Beziehungen zu China offiziell durch Entsendung einer amtlichen ständigen Wirtschaftsdelegation nach Peking normalisiert hat. Was damals versäumt wurde, ist heute nicht mehr gut zu machen, wenigstens nicht mehr durch eine Wirtschaftsdelegation. Heute wäre vielleicht noch etwas für die Erhaltung des Friedens zu erreichen, wenn die Bundesregierung ganz eindeutig und sofort die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China anstreben würde. Mit einer derartigen Tat könnte die Bundesregierung ihren — wie US-Politiker behaupten — großen Ein-

fluß auf die Politik in Washington ausnahmsweise einmal zur Erhaltung des Friedens ausüben. Weiteste Kreise in den USA, die morgen vielleicht die regierenden sein werden, würden ihr für eine Initiative in dieser Richtung Dank und Anerkennung wissen, selbst dann, wenn sie offiziell ein derartiges Vorgehen kritisieren müssen. Ein bundesrepublikanischer Schritt in dieser Richtung würde es den USA jedenfalls leichter machen, aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie sich selbst hineinmanövriert haben.

Die Zuspitzung der Lage im Fernen Osten beweist deutlich, daß man im Westen immer noch nicht begriffen hat, daß die Zeiten sich nach zwei Weltkriegen völlig geändert haben, daß die Völker Asiens und Afrikas ihre politische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unnachgiebig verlangen und erreichen werden. Man hat vergessen, daß in der Zeit von 1775 bis 1820 eine ähnliche Entwicklung in Amerika sich abgespielt hat, als Portugal, Spanien, Frankreich und England ihre Vormundschaft über die von ihnen eroberten amerikanischen Gebiete aufgeben mußten. Man glaubt das Rad der Geschichte rückwärts drehen zu können. Man will nicht wahr haben, daß zu den beiden zur Zeit die Welt beherrschenden Weltmächten USA und UdSSR morgen, d. h. in wenigen Jahren, eine dritte und vierte treten werden: zunächst mit Sicherheit die Volksrepublik China als eine Weltmacht allerersten Ranges.

Dr. Achim von Borries

Wollt ihr den totalen Krieg?

Wie gehabt...

Als der General de Gaulle Mitte Juli den extrem nationalistischen Algier-Putschisten Jacques Soustelle zum ‚Informationsminister' ernannte, begann die zweite Etappe der Etablierung des autoritären Gaullismus. Dem erfahrenen Massen-Einpeitscher Soustelle fiel die Aufgabe zu, das auf Ende September angesetzte Referendum über die neue, die de Gaulle-Verfassung propagandistisch vorzubereiten. Soustelle wußte, wo er anzusetzen hatte. Die Gleichschaltung der wichtigsten Institute der Massenbeeinflussung begann. In wenigen Wochen sind — unter dem bekannten Alibi-Motto „Ausmerzung von Kommunisten" — der (ohnehin staatliche) französische Rundfunk, das Fernsehen und die Wochenschau zu gefügigen Instrumenten der Regierungspropaganda geworden. Die Herrschaft des neuen Regimes wurde abgedichtet gegen alle konkrete publizistische Kritik, die einer gewissen Breitenwirkung hätte sicher sein können, gegen die Erörterung aller Alternativen zu de Gaulle. Weil heute die Regierung selbst Rundfunk, Fernsehen und Wochenschau kontrolliert, wird die Kritik gewisser namhafter Zeitungen zu einer in Wirklichkeit nur noch konventikelhaften Schatten-Opposition, deren Stimme die Massen nicht mehr erreicht. Die neue Technik der ‚evolutionären' Machtergreifung und Machtdurchsetzung, der indirekten Aufhebung der Meinungs- und Entscheidungs-Freiheit feiert heute in Frankreich Triumphe. Der Sieger des Referendums Ende September, das de Gaulles Herrschaft die plebisizitär-‚demokratische' Weihe geben soll, wird de Gaulle heißen — der Wegbereiter heißt Soustelle.

Seit langem schon ist es das erklärte Ziel auch der Bundesregierung, die Institutionen der Massenbeeinflussung zuerst indirekt, dann direkt unter ihre Kontrolle zu stellen, um auf diese Weise die Kritik an ihrer politischen Konzeption zum Schweigen zu bringen. Die politische Macht der Regierungspartei soll endlich auch deren geistige Herrschaft durchsetzen, weil diese allein die angestrebte Permanenz der politischen Vormacht gewährleisten könnte. Längst sind nicht mehr diese autoritären Absichten Bonns als solche bemerkenswert, gehören sie doch zum Stil der Regierung Adenauer selbst — bemerkenswert sind der Nachdruck und die Selbstverständlichkeit, mit der sie allen Einwänden der öffentlichen Meinung zum Trotz vertreten werden. Ja, daß man Regierung und CDU autoritäre Tendenzen nachsagt, mag diese nur ermuntern, den unbequemen Kritikern endlich den Mund zu stopfen. Diese Bestrebungen nahmen vor mehreren Jahren zum erstenmal Gestalt an mit dem Projekt eines Bundespropagandaministeriums, für das der inzwischen verstorbene Staatssekretär Lenz verantwortlich zeichnete (nicht ohne persönliche Ambitionen). Doch gingen die interessierten Kreise damals allzu unvorsichtig-direkt vor. Sie provozierten frühzeitig Aufmerksamkeit, Bedenken und Kritik und ließen dann auf energischen Widerspruch hin den Plan zunächst wieder fallen. Belehrt durch dies Debakel, ersann man andere, weniger auffällige Wege, die freie Meinungsbildung in der Bundesrepublik langsam abzudrosseln. Vor allem die wachsende entschiedene Opposition, auf die die Aufrüstungspläne der Bundesregierung stießen, veranlaßten diese, ihre Bemühungen um Isolierung und Ausschaltung der Herde der Kritik mit verstärkter Energie voranzutreiben.

Diese Planung ist nunmehr in ein neues Stadium getreten. Der Anlaß ist die Sorge Bonns um die weitere Popularität seiner Militärpolitik und um die Aufrechterhaltung des „Wirtschaftswunder"-Mythos. Der Griff der Regierung nach Rundfunk und Fernsehen, für sich genommen immer noch zu auffällig, um unter allen Umständen erfolgversprechend zu sein, wird nun verknüpft mit dem Projekt einer psychologischen Kriegsführung, als dessen Initiator der Verteidigungsminister auftritt. Die geplante Gleichschaltung wird mit einer staatspolitischen, vor allem aber wehrpolitischen ‚Notlage' begründet, die es der Regierung geradezu zur ‚Pflicht' mache, die Bevölkerung vor ‚verstärkter kommunistischer Infiltration' zu ‚schützen'. Eine ‚umfassende Zersetzungsaktion' von SED, KPD und ‚Kreml' dient zur Rechtfertigung der eigenen parteipolitisch-autoritären Pläne. Dabei steht die Konstruktion einer politischen Notlage und einer ‚ideologischen Anfälligkeit' weiter Schichten freilich in einem seltsamen Widerspruch zu dem sonst in Bonn so emphatisch vorgetragenen antikommunistischen Selbstbewußtsein. In Wahrheit ist aber auch gar nicht jene kommunistische Agitation der Ausgangspunkt dieser neuen Propaganda-Offensive der Bundesregierung, sondern es ist die anhaltende Kritik weiter demokratischer Kreise an der militärpolitischen Konzeption Bonns. Dieser inneren Opposition gilt der Kampf. Die Regierung muß fürchten, daß die Argumente der Opposition, ihre Warnungen vor der Atombewaffnung mit der Zeit immer stärkere Beachtung in weiten Kreisen des Volkes finden. So ist denn die bevorstehende Kampagne zur ideologischen ‚Ausrichtung' der Bevölkerung ein Zeichen zwar auch der äußeren Stärke, vor allem aber der inneren Schwäche der Position der Regierung. Politisch noch immer mächtig genug, den lange geplanten Griff nach Rundfunk und Fernsehen jetzt wagen zu können, weiß sich das System Adenauer auf Grund der weltpolitischen und der wirtschaftlichen Entwicklung doch auf weitere Sicht so gefährdet, daß es jetzt die vielleicht letzte Gelegenheit wahrnehmen muß, sich seiner Kritiker noch einmal durch eine staatlich gelenkte Massen-Beeinflussung zu erwehren. In einem ‚vorbereitenden' Aufsatz „Schwerpunkt Bundeswehr" von K. Odebrecht im Rhei-

nischen Merkur vom 5. September heißt es offenherzig: „... Es wird, wenn dieser Offensive (der östlichen Agenten) wirksam begegnet werden soll, in Zukunft eine energische und straff gelenkte Abwehr erfolgen müssen, die nicht Sache einer Dienststelle allein, sondern der ganzen demokratischen Öffentlichkeit, der Presse und des Rundfunks sein muß ..." Im Sinne der Bonner Absichten heißt das: da Rundfunk und Presse bisher nicht „energisch" genug gewesen sind — muß nun eben die Regierung selbst für eine „Straffung" sorgen. Alle publizistischen Kräfte aber, die sich nicht ohne weiteres auf diese Linie bringen lassen, werden der „Abweichung" und Unzuverlässigkeit bezichtigt. Das Ziel ist ein Bürgerkriegs-Klima, das der totalen geistigen Uniformierung und Militarisierung des Nato-Stützpunktes Westdeutschland zur Rechtfertigung dienen soll.

Die neue Welle

Die gouvernementalen Eingriffe in das publizistische Leben häufen sich auffallend. Der zu peinlicher Berühmtheit gelangte und mit typisch deutschem Übermut der Ämter nachdrücklich verfochtene Entwurf der ‚Lex Soraya' war ein Hinweis auf die pressepolitischen Absichten gewisser Regierungskreise. Der Versuch des Auswärtigen Amtes, die Vorführung des gesellschaftskritischen Filmes „Das Mädchen Rosemarie" auf den Filmfestspielen in Venedig Ende August zu verhindern, machte deutlich, daß die Regierung nichts mehr unversucht läßt, eine kritische Darstellung der Verhältnisse in Westdeutschland und eine freie Diskussion über sie abzuwürgen. Man scheut nicht zurück vor offenem und indirektem Druck auf in- und ausländische Filmorganisationen. Offensichtlich hat Bonn allen Grund, die Entmythisierung des zum CDU-Propaganda-Fetisch gewordenen „Wirtschaftswunders" zu fürchten.

Hinsichtlich ihrer grundsätzlichen staatspolitischen Tragweite gehen die neuen Rundfunk- und Fernsehpläne der Bundesregierung über diese Aktionen noch weit hinaus, zielen sie doch auf nicht weniger als eine Neuorganisation des Fernsehwesens und eine partei-politische Durchsetzung des Rundfunks ab. Bereits Ende Februar hatten die Regierungsparteien im Bundestag einen Antrag mit der Forderung eingebracht, „das Sendemonopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu brechen" (FAZ 28. 2. 58), und zwar durch die Einführung eines zweiten Fernseh-Programms, das auf „privater" Basis betrieben werden soll. Dieser Antrag entsprang dem Zweckbündnis der großwirtschaftlichen Interessenten eines vor allem der Wirtschaftswerbung dienenden Fernsehens und der an einem — nicht unmittelbar als solches erkennbaren — Propaganda-Institut interessierten Regierung. Das „zweite Programm", von den Werbeträgern unterhalten, also von vornherein abhängig von bestimmten Wirtschaftsgruppen, ist für Bonn der Umweg zum staatlich kontrollierten Fernsehen, sind doch die politischen und wirtschaftlichen Interessen jener Wirtschaftsgruppen und die der CDU-Regierung nur allzu oft dieselben. Die Bundesregierung selbst hat bereits angekündigt, sie wünsche im Rahmen des „zweiten Programms" feste Sendezeiten. So sollen die Kommerzialisierung und die einseitige Politisierung des Fernsehens Hand in Hand gehen. Das Beispiel der USA zeigt eindrücklich, welch verheerenden Niveauschwund und welche Entwürdigung des Geistes diese Kommerzialisierung mit sich bringen würde. Darüber hinaus aber würde in Deutschland die wirtschaftliche, geistige und parteipolitische Unabhängigkeit dieser immer einflußreicher werdenden Institution der Massenunterhaltung aufgehoben. Denn das, was die Regierung „Sendemonopol" der heutigen Rundfunkanstalten nennt, ist nichts anderes als das organisatorisch gesicherte Prinzip der Freiheit dieser Anstalten von parteipolitischen Einflüssen. So bieten die heutigen Rundfunk- und Fernsehsender ein Spektrum von Berichten und Meinungen und tragen zu einer

freien politischen Urteilsbildung in der Bundesrepublik bei. Die Bonner Pläne begegneten denn auch sofort beträchtlicher Kritik, zumal bei den unmittelbar Betroffenen, die dabei der Unterstützung weiter, um die Freiheit des publizistischen Lebens besorgter Kreise sicher sein konnten. Diese kritische Reaktion der öffentlichen Meinung hat indes die Bundesregierung keineswegs veranlaßt, ihr Vorhaben aufzugeben, sondern bestimmte sie, ihm zunächst einmal propagandistisch-psychologisch den Weg zu ebnen. Eine planmäßige Hetze gegen die Länder-Rundfunk-Anstalten begann. Katholische Kreise sollen mit dem altbekannten Hetzgeschrei „Die Religion ist in Gefahr" mobilisiert werden. So behauptete etwa das im Auftrag der katholischen Bischöfe in Fulda erscheinende (Auflage 600 000) Blatt der „Hauptstelle für Männerseelsorge" ‚Mann in der Zeit' am 6. August, das deutsche Fernsehen mache sich „nihilistischer Zersetzung" und der „Verletzung religiöser Gefühle" schuldig, es werde „politisch mißbraucht". Mit solch plumpen Diffamierungen wollen die Dunkel-Männer das Prinzip der geistigen und parteipolitischen Unabhängigkeit des Fernsehens sturmreif machen. Dabei liegen gerade von päpstlicher Seite zahlreiche Warnungen vor einer Kommerzialisierung der Massenunterhaltung vor.

Gleichzeitig setzt die Bundespost die Rundfunkanstalten unter Druck. Sie beabsichtigt, den technischen Apparat für das zweite Programm zu erstellen und ihn dann den privaten Interessenten zu vermieten. Bundespostminister S t ü c k l e n warnte kürzlich die bisherigen Fernseh-Institute vor Investitionen für ein solches zweites Programm auf ihrer Basis, also der der wirtschaftlich und parteipolitisch unabhängigen Rundfunksender. Das neue Programm soll von diesen völlig abgetrennt und zu einer eigenen Institution auf Bundesebene werden. Die Bundes-Propaganda-Welle ist in Sicht ... Der Kampf gegen den Länder-Rundfunk ist staatspolitisch ein Teil der systematisch betriebenen Kampagne zur Gleichschaltung der Bundesländer. Erinnert sei an die fadenscheinigen ‚Beschwerden' der CDU gegen einzelne Sender vor der letzten Bundestagswahl: sie hätten der Regierungspartei nicht genügend Sendezeit eingeräumt. Die Eroberung der Rundfunk-Intendanten-Posten durch ihre Parteileute ist seit Jahr und Tag eines der Hauptziele der CDU. Mit der vor kurzem erfolgten Wahl des CDU-Mannes B a u s c h zum Intendanten des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart hat sie einen ersten Teilerfolg errungen. Er wird sie nur ermuntern. Unabhängige Meinungen und freimütige Diskussionen in den Funkhäusern sind ihr ein Dorn im Auge, ein Hindernis auf dem Wege zur politischen und ideologischen Alleinherrschaft.

Das freie, vom Staat unabhängige Spiel der publizistischen Kräfte gehört zum Wesen der Demokratie. Nirgendwo bedarf sie seiner mehr als gerade in Deutschland. Denn es allein gewährleistet die öffentliche Kontrolle der Regierungspolitik. Geringschätzung, Mißachtung und Einschüchterung der öffentlichen Meinung sind in Deutschland eine offensichtlich unausrottbare gouvernementale Tradition. Heute nähert sie sich ihrer „Erfüllung": Die Bundesregierung ist bestrebt, durch folgenschwere organisatorische Maßnahmen eine von ihr selbst manipulierte „öffentliche Meinung" vorzubereiten, die dann wiederum das „demokratische" Feigenblatt ihrer autoritären Praxis sein soll. Begründet aber wird diese drohende Zentralisierung der Meinungsbildung immer häufiger mit angeblichen wehr-ideologischen Notwendigkeiten. Die geplanten Bundespropagandainstitute haben die Aufgabe, dem westdeutschen Bundesbürger unaufhörlich einzuhämmern, „daß Lebenswille und Wehrwille zusammengehören" (Rheinischer Merkur). Die Vorbereitung des zweiten Fernsehprogramms unter den von Bonn postulierten Voraussetzungen erweist sich als ein Teil der gewaltigen Propagandakampagne zu Gunsten der Verewigung des „Kalten Krieges" und der allein mit

ihm noch scheinbar zu rechtfertigenden Atomrüstungs-Politik Washingtons und Bonns.

Schwerpunkt Bundeswehr

Bei der fortschreitenden Verwandlung der Bundesrepublik in einen autoritären Nato-Militärstaat mit einheitlich ausgerichteter ‚öffentlicher Meinung' fällt der Bundeswehr eine besondere Aufgabe zu. Die kürzlich bekanntgewordenen Pläne des Verteidigungsministers für eine zentralisierte „psychologische Verteidigung" machen Herrn Strauß faktisch zum Bundespropagandaminister. In einem am 11. August in der Politisch-Sozialen Korrespondenz der CDU veröffentlichten ‚richtungweisenden' Interview forderte Strauß „ein aktionsfähiges Zentrum, von dem aus durchschlagende Maßnahmen gegen die verschiedenen Aktionen der Kommunisten" gesteuert werden sollten. Die offiziöse Zeitschrift ‚Die Bundeswehr' bestätigt in ihrer Septembernummer, daß der Minister an einen ‚ständigen Arbeitsausschuß' aus Vertretern des Bundeskanzler- und des Bundespresse-Amtes, des Auswärtigen Amtes, der Ministerien für Inneres und für Gesamtdeutsche Fragen und selbstverständlich des Verteidigungsministeriums denkt — unter der Aegide des Letzteren. Außerdem soll im Bundestag eine Arbeitsgruppe „Psychologische Verteidigung" gebildet werden. Das Ziel ist, die gesamte politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik noch stärker als bisher unter den Druck der gelenkten Wehr-Propaganda zu setzen. Nachdem der Fall Lenz seiner Zeit gezeigt hatte, daß ein als solches deklariertes Propagandaministerium doch allzu auffällig wäre, wird die wehr-ideologische Gleichschaltung der Bundesrepublik nun über die Bundeswehr selbst geleitet und mit deren „Abwehr"-Aufgaben, mit „totaler Verteidigung" begründet . . . Herr Strauß ist zum deutschen Soustelle avanciert.

Damit aber beginnt eine neue Phase der westdeutschen Remilitarisierung. Nach Abschluß der Kader-Ausbildung und unmittelbar vor Beginn der Atom-Bewaffnung übernimmt die Bundeswehr die Funktionen einer Kerntruppe des Kalten Krieges. Sie soll zum ‚antikommunistischen' Kader des autoritären CDU-Staates, zur Bürgerkriegsarmee werden. Die ideologische Begründung dieser ihr jetzt zugedachten staatspolitischen Schlüsselstellung findet sich bereits in einem sozusagen programmatischen Aufsatz von H. Ibach im ‚Rheinischen Merkur' vom 18. April, der den bezeichnenden Titel und Untertitel trägt: „Wieder ‚Schule der Nation'? Erziehungssorgen der Bundeswehr." Hier wird ganz offen ausgesprochen, daß zunächst die Bundeswehr selbst in verstärktem Maße antikommunistisch gedrillt werden müsse, damit ihr dann der ideologische Drill der Nation übertragen werden könne. Ibach spricht von einem ideologischen Vakuum und einer noch immer oder schon wieder von Zweifeln ‚angekränkelten' mangelhaften ‚Wehrbereitschaft' in weiten Kreisen. Er beklagt insbesondere die Abkühlung und Relativierung jenes rein emotionalen Antibolschewismus der ersten Nachkriegsjahre, auf dessen politisch-psychologische Organisierung, Ausbeutung und Verewigung die CDU ihre Herrschaft gründet: „. . . Es rächen sich jetzt die Sünden der ‚Umerziehung', des alliierten Verbots, in den Jahren nach 1945 Geschichtsunterricht zu erteilen, der kommunistisch-antifaschistischen Greuelpropaganda, eines unverantwortlichen Tagesjargons und der Strapazierung der Gewissen durch gewisse christliche Utopisten. All das wirkt in jenen kurzschlüssigen, vereinzelt sicher auch von außen gesteuerten Landserstubengesprächen, die davon wissen wollen, „Wehrpflicht sei ja sinnlos, solange Deutschland geteilt sei", „Adenauer und Heuss seien ja auch keine Soldaten gewesen", „Die Russen wollten gar keinen Krieg" und „Der Bolschewismus sei nur halb so schlimm". Überhaupt läßt sich bei den Heranwachsenden ein rapides Abflauen jenes Ruß-

land- und Bolschewismus-Erlebnisses beobachten, das die erwachsenen Nachkriegsdeutschen bis jetzt gegen alle Pressions- und Suggestionsversuche immun gemacht hat." Halten wir zunächst fest, daß Ibach eindeutig zugibt, daß es spontane Bedenken der Soldaten selbst und ihre ‚nur vereinzelt' von ‚außen' beeinflußten kritischen Überlegungen sind, die den aggressiven Antibolschewisten in der Bundeswehrführung große Sorgen bereiten. Nicht eine verstärkte „Agententätigkeit", sondern diese wachsende Kritik, in den eigenen Reihen sogar, veranlaßt sie, dem hysterisch-militanten Antibolschewismus (der mit einer kritischen geistigen und politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nichts zu tun hat) durch neue Greuel- und Hetz-Propaganda wieder Auftrieb zu geben. Ibach beantwortet denn auch die rhetorische Frage des Titels selbst mit einem nur scheinbar verklausulierten eindeutigen Ja. Es müsse sich „die Erkenntnis durchsetzen, daß die Bundeswehr zwar prinzipiell keine ‚Schule der Nation' ist und sein darf, daß ihr aber zeitweise und subsidiär auch solche Aufgaben zufallen können. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß sich die Bundeswehr im kalten und psychologischen Krieg bereits im Einsatz befindet und somit der Bewußtseinsbildung der Soldaten ein Gleichrang mit der Waffenausbildung zukommt. Denn auch im Propagandafeuer, das über die bundesrepublikanischen Staatsbürger mit und ohne Uniform pausenlos hinwegfegt, können unsichtbare Entscheidungsschlachten verloren gehen, wenn es an der rechten Bindung zum eigenen Dienstherren und an einem zutreffenden Feindbild fehlt. Hier aber handelt es sich weithin um erzieherische Aufgaben."

Das ist offenherzig genug. Es dokumentiert die Notlage — nicht etwa der Bundesrepublik, wohl aber der Regierungspartei. Der Kalte Krieg dient als Vorwand für eine neue gewaltige Propaganda-Offensive, für eine psychologische Aufrüstung der Bundeswehr, die dann den abflauenden Kalten Krieg selbst zu einem totalen machen soll. Denn nur als vermeintlich ‚totaler' ist der Kalte Krieg selbst zu ‚retten', und ihn braucht die Bundesregierung als Grundlage ihrer Herrschaft. Nur noch eine neue, künstlich geschaffene antibolschewistische Hysterie kann die Aufrechterhaltung des Regimes Adenauer und die Verwirklichung seiner Atomrüstungs-Pläne gewährleisten. Die „rechte Bindung zum eigenen Dienstherren" ist bedroht — das heißt, die blinde Hörigkeit weiter Schichten gegenüber Adenauer und Strauß beginnt kritischem Nachdenken und ruhiger Besinnung zu weichen. Die freimütige Diskussion über die Notwendigkeit konstruktiver politischer anstatt lebensgefährlicher militärpolitischer Lösungen der heutigen Weltkonflikte greift um sich. So soll denn eine neue Hetzkampagne das „Feindbild" erneuern und die politische Vernunft diskreditieren. Schon der leiseste Zweifel bedeutet eine selbständige Regung — die Massen müssen wieder ‚auf Vordermann' gebracht werden.

H. Ibach ist kein Unbekannter und kein Außenseiter. Er war jahrelang führender Mitarbeiter der der berüchtigten ‚Abendländischen Akademie' nahestehenden autoritär-klerikalen Zeitschrift ‚Neues Abendland'. Vor kurzem aber wurde er als Referent in die Bundeswehrschule ‚Innere Führung' berufen, gegen den Willen des inzwischen auf ein Truppenkommando in Göttingen abgeschobenen Reformer-Obersten v. B a u d i s s i n, auf ausdrücklichen Wunsch von Minister Strauß. Diese Berufung zeigt exemplarisch, welche Kräfte sich in der Bundeswehrführung durchgesetzt haben. Und sie läßt auch erkennen, daß gerade der Verteidigungsminister seine entscheidenden Maßnahmen sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu treffen versteht. Ibachs Ernennung und ihre Tragweite dürfte nur den Wenigsten bekannt sein. Dasselbe gilt von der einflußreichen Rolle, die neuerdings hinter den Kulissen der offiziellen Wehrpropaganda auch wieder der politisch übel beleumundete Dr. Eberhard T a u b e r t spielt, einst führender ‚anti-

bolschewistischer Vertrauensmann' von Goebbels, nach dem Kriege dann in Bonn zeitweise 2. Vorsitzender des fragwürdigen ‚Volksbundes für Frieden und Freiheit' . . . So werden gerade auf besonders einflußreiche, aber auch schwer kontrollierbare Posten Leute berufen, deren Bürgerkriegsmentalität und antidemokratische Gesinnung notorisch sind.

Wie ungehemmt und bedenkenlos das Verteidigungsministerium und andere Regierungsstellen heute wieder „Wehrpropaganda" als Partei-Propaganda treiben, hat vor einigen Wochen die SPD bei einer Überprüfung der Publikationen aufdecken können, die seit Jahr und Tag regelmäßig aus dem ominösen Geheimfonds „Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen" (9 Millionen Mark) vom Bundespresseamt unterhalten oder unterstützt werden. Eine gut gelegte Artikelfolge der ‚Frankfurter Rundschau' (30./31. 8. und 1. 9.) hat darüberhinaus die Überwachungs-, Spitzel- und Einschüchterungsmethoden des sog. ‚Militärischen Abschirmdienstes' (MAD) der Bundeswehr enthüllt. Mit allem Raffinement werden die SPD und alle anderen Kritiker der Atombewaffnung als „Wehrfeinde" und „Defaitisten" diffamiert. Die Bundeswehr wird ideologisch ‚abgerichtet'. Sie dient heute dem totalen wehr-ideologischen Drill, mit dem die Aufrechterhaltung der Strauß'schen Nato-Politik ‚gesichert' werden soll. Nicht mehr der Staatsbürger in Uniform — die Uniformierung der Staatsbürger ist das Ziel.

Gemeinsame Sache . . .

Es fehlt Herrn Strauß weder an Konsequenz noch an Geschicklichkeit. Das annehmen hieße ihn gefährlich unterschätzen. Strauß ist gerade als Wehr-Propaganda-Minister der ‚Mann der Zukunft': Der Mann nämlich, dessen ‚dynamisch-psychologischer' Methoden das System Adenauer zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft in der Periode der langsamen weltpolitischen Entspannung bedarf. Für den distanziert-autoritären Bundeskanzler war die propagandistisch-psychologische Bearbeitung der Massen nur eine improvisierte Gelegenheitsarbeit in Wahlkämpfen. Bei Herrn Strauß, zum Kraftprotz wie zum Demagogen geboren, wird sie zum politischen System.

Der neue Propaganda-Chef ist wendig genug, für seine ‚psychologische Aufrüstung' genannte partei-politische Rettungsaktion ein demokratisches Alibi zu erschleichen. In seinem Interview richtete er vor allem an die SPD die Aufforderung, „alle demokratischen Kräfte" müßten dabei „zusammenwirken". Das heißt, er hat einmal mehr den militärpolitischen Antibolschewismus zum verbindlichen staatspolitischen Dogma der Bundesrepublik erklärt und versucht nun, alle politischen Gruppen auf diese Formel festzulegen, anderenfalls eben ihr ‚demokratischer' Charakter in Zweifel gezogen wird . . . Die SPD tat Herrn Strauß denn auch prompt den Gefallen, zwar mit einigen Bedenken, aber doch ‚grundsätzlich' bejahend zu antworten. Die Sozialdemokraten anerkannten nicht nur die Notwendigkeit solcher ‚Abwehrmaßnahmen', sondern kündigten eilfertig auch ‚eigene Vorschläge' an. So hat die Opposition sich bereits die entscheidende suggestive Notstands-These aufzwingen lassen, die der Regierung zur Rechtfertigung ihrer Propaganda-Offensive und ihrer Eingriffe in die Meinungs- und Publizitätsfreiheit dienen. Gerade durch ihre ‚grundsätzliche' Zustimmung hat sie sich einmal mehr ihrer Selbständigkeit begeben. Sie ist dabei, zum Handlanger bei ihrer eigenen staatspolitischen Degradierung durch die Regierung zu werden. Denn sie kritisiert zwar — wenngleich zögernd und ohne Konsequenz — deren Nato-Atomrüstungs-Konzeption, leistet aber indirekt jetzt der neuen zentral gelenkten Propaganda für diese Konzeption Schützenhilfe. Es steht längst außer Zweifel, daß die „Abwehraktionen" des Ministers Strauß nur der Oktroyierung einer

de facto totalitären Wehr-Ideologie in der Bundesrepublik dienen sollen. Und diese wiederum schließt den ideologischen Terror gegen jede grundsätzliche Opposition gegenüber die CDU ein.

Der SPD hat es vor allem die als Köder für ‚intellektuell Anspruchsvolle' (auch darauf versteht sich Herr Strauß, wie aufs Hemdsärmelige) gedachte These des Strauß-Interviews angetan, mit verstärkter ‚gemeinsamer Anstrengung' müsse jetzt die ‚geistige Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus' geführt werden. Seit wann ist dergleichen eine Aufgabe des Bundesverteidigungsministers? Nichts verführerischer, nichts fadenscheiniger als diese seine vermeintliche Ambition. Die ideologische Aufrüstung von morgen, deren Motor Strauß heißt, dient dem geistigen Drill der Nation. Die totale Militarisierung, das heißt Entmündigung des Geistes ist das erklärte Ziel. Am Ende soll der ideologische Bürgerkrieg in Permanenz als Teil des totalen Kalten Krieges stehen. Eine gewaltige Propagandaoffensive soll gerade über alle Keime und Ansätze einer wirklichen ‚geistigen Auseinandersetzung' mit dem Kommunismus hinwegfegen. Eine solche bedarf der Koexistenz, des Friedenswillens und der Bereitschaft zur Selbstkritik. Sie würde selbst wieder die Sicherung des Friedens und eine konstruktive Weltpolitik fördern. Die westdeutschen Militärpolitiker aber sind dabei, noch einmal alle politischen und geistigen West-Ost-Probleme in rein militär-politische, rüstungs-technische und wehr-ideologische umzufälschen. Die geistigen Kräfte auch in der SPD, die sie als Herde der Vernunft und Kritik fürchten müssen, sollen ihnen dabei botmäßig werden. Auf das von Bonn beherrschte Terrain des doktrinären Antibolschewismus gelockt, werden sie, wie die SPD als Ganzes, diesem sehr bald ihren politisch-militärpolitischen Tribut zu zollen haben. Ihn einzufordern, wird Herr Strauß sich nicht scheuen.

Es ist bezeichnend für die ideologische Labilität der CDU, daß die von Strauß gewählte ‚anspruchsvolle' Tarnformel von der ‚geistigen Auseinandersetzung' inzwischen schon von einem seiner radikalsten Gefolgsleute als noch zu „mißverständlich" beiseitegeschoben worden ist. Der Salazar-Propagandist Winfried M a r t i n i nannte sie im ‚Rheinischen Merkur' vom 5. September die ‚schwächste Stelle' jenes Interviews. Offenbar fürchten gewisse Kreise bereits, man könnte Herrn Strauß beim Worte nehmen . . . So versichert denn Martini, dieser habe sich nur unklar ausgedrückt: denn von einer ‚geistigen Auseinandersetzung' mit dem Kommunismus auch nur zu sprechen (und sei es so absichtsvoll-propagandistisch, wie Strauß es getan hatte) sei schon lebensgefährlich. Mit der Grundsatzthese: „. . . Der Krieg, den uns der Bolschewismus seit 1917 erklärt hat, ist total . . . Die Totalität dieses Krieges aber besagt, daß er nur zu einem Bruchteil militärischer Natur ist . . ." fordert Martini seinerseits den t o t a l e n k a l t e n K r i e g und mit ihm die absolute geistige Gleichschaltung in der Bundesrepublik als Sicherung der ‚wehrpolitischen'.

So sehen die Atomrüstungs-Fanatiker in Bonn, die sich immer autoritärer gebärden, heute ihre letzte große Chance in einer Flucht nach vorn: In einer neuen künstlichen Dramatisierung des ‚Kalten Krieges' durch einen gewaltigen Propagandaapparat. Skepsis und Vernunft, Entspannungs- und Verständigungsbereitschaft der Völker gefährden mehr und mehr die Rüstungspolitik. Mit dem Wunsch nach friedlicher politisch-sozialer Aufbauarbeit verbindet sich die Einsicht in das Wahnwitzige und Selbstmörderische des weltpolitischen Spiels mit den furchtbarsten Vernichtungswaffen. Der neue geplante ‚totale' kalte Krieg kann nur eine weltpolitische Hysterie heraufbeschwören, an deren Ende die Vernichtung aller durch alle stehen würde. Die ‚psychologische Aufrüstung' aber, wie Bonn sie plant, ist eine Kriegserklärung an Vernunft und Freiheit.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Das Kartenhaus des Herrn Dulles

In Asien vollzieht sich gegenwärtig der letzte Akt eines Dramas, das nach dem ersten Weltkrieg begann: die Loslösung der Farbigen von der abendländischen Kolonialherrschaft. In diesem Drama gibt es noch einen „Moment der letzten Spannung". Die USA, welche den kolonialen Imperialismus alten Stiles stets verabscheuten, haben nach dem zweiten Weltkrieg begonnen, sich Positionen in der farbigen Welt aufzubauen. Die Amerikaner sind durch diese posthume Wiederbelebung des kolonialen Imperialismus zur bestgehaßten Nation unter den farbigen Völkern geworden. Sie werden sich aus ihren Positionen unter ernsten Prestigeverlusten zurückziehen müssen, wenn sie nicht den kollektiven Selbstmord eines dritten Weltkrieges riskieren wollen.

Dieser Neokolonialismus der USA dient nicht der Wohlfahrt der Farbigen oder ihrer Beherrscher, sondern der Einkreisung der Sowjetunion. Von der Türkei bis Korea ziehen sich die amerikanischen Absprung- und Abschußbasen, gesichert durch willfährige Regierungen und Armeen, die mit amerikanischem Geld und Waffen aufgebaut wurden. So ist es in Süd-Korea, in Formosa, in Süd-Vietnam, Pakistan und der Türkei. In Washington rechnet man mit der Dankbarkeit der farbigen Völker für Amerikas Hilfe gegen die „kommunistische Weltgefahr", und es war für die Dulles-Gruppe sehr enttäuschend, daß diese Völker sich gegen den unerbetenen Schutz bald nachdrücklich auflehnten. Was sie vor roter Ansteckung bewahren sollte, die Abhängigkeit von Washington, hat sie eher den Sowjets zugetrieben, die seit dem Bestehen der Sowjetunion die farbigen Unabhängigkeitsbestrebungen sehr wirksam unterstützt haben. In Moskau hat man von vornherein auf die intellektuellen bürgerlichen Schichten der Kolonialvölker gesetzt, und diese waren es, die den Kolonialmächten eine Stellung nach der anderen entrissen haben. Die farbigen Sieger sind keineswegs Kommunisten geworden, sondern Nationalisten geblieben, aber sie haben Moskaus Hilfe nicht vergessen und nutzen Methoden und Erfahrungen des Ostens, um ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Was für Japan die Epoche des Kaisers Meji war, für die Sowjetunion die Fünfjahrespläne, das sollen die staats-sozialistischen Einrichtungen erreichen, mit denen man in Indien, in Indonesien, in China die nationale Emanzipation vorantreibt. Die unterentwickelten Länder, und das ist die Hälfte der Menschheit, stehen heute im Zeichen eines kämpferischen Nationalismus, der sich sozialistischer Mittel bedient, um sich von der politischen und ökonomischen Vorherrschaft der westlichen Welt zu lösen. Der Doktrinarismus hat einem Acheson und Dulles die Einsicht in diese Entwicklung verwehrt und die USA in eine Lage gebracht, in der die Alternative eines Tages Rückzug oder Krieg bedeuten mußte. Die jungen Länder, die als „dritte Kraft" zwischen den Fronten stehen, würden in einem Kriege die natürlichen Verbündeten der Sowjetunion sein.

Lange Zeit war England die stärkste Kolonialmacht der asiatisch-afrikanischen Welt. Aber zwischen den beiden Weltkriegen, im Kampf mit dem indischen und arabischen Nationalismus, im Zeichen der Labour-Regierungen und ernster wirtschaftlicher Krisen, entschloß man sich in London zu einem schrittweisen Rückzug in Ägypten, in Indien, im fernen Osten, einem Rückzug, der sich nach 1945 beschleunigt fortsetzte. Indem man unhaltbar gewordene Stellungen jeweils fünf Minuten vor zwölf räumte, versuchte man, sich die Feinde von gestern als Freunde und Wirtschaftspartner zu erhalten. Man war verständig genug, sich auch mit gefährlichen Gegenspielern wie Nasser und Mao-tse-tung zu arrangie-

ren. Was man an äußerer Macht verlor, gewann man an Vertrauen zurück: alte koloniale Weisheit und Erfahrungen machten sich bezahlt.

Schwerer fiel es den Niederländern, sich mit der neuen Lage in Asien abzufinden. Sie konnten es nicht fassen, daß die Indonesier, die der holländischen Kolonialherrschaft so viel verdankten, nach der Vertreibung der Japaner nicht die Wiederherstellung der holländischen Herrschaft wünschten, sondern frei sein wollten selbst um den Preis schwerer wirtschaftlicher Rückschläge. Das Scheitern des Versuches, Indonesien mit bewaffneter Hand zurückzuerobern, war eine bittere, aber nützliche Lehre für Hollands Regierung und Volk.

Vollends verständnislos stand Frankreich der neuen farbigen Welt gegenüber. Obwohl gerade die französische Kolonialstellung durch die Besetzung und Zweiteilung des Mutterlandes im zweiten Weltkrieg besonders schwer erschüttert worden war, suchten Frankreichs Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung und des Militärs nach 1945 die alten Machtstellungen wieder fest in die Hand zu bekommen. Seine Söldner-Armeen hofften, dem Vietnamesischen Führer H o s h i m i n die Herrschaft wieder zu entreißen, aber der Traum zerrann in den Urwaldkämpfen von Dien-bien-phu. Auch das afrikanische Kolonialreich Frankreichs geriet in Verfall. Marokko und Tunis gingen verloren, der Versuch, Algier zu halten, kostete Frankreich einen fünfjährigen Kolonialkrieg, sein moralisches und politisches Prestige und sogar sein demokratisches Regime. Schon drohen im tropischen Afrika neue koloniale Verwicklungen. Bonns westlicher Nachbar und Nato-Partner erschöpft sich in dem aussichtslosen Versuch, einer unaufhaltsamen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Und die USA? Nachdem ein Theodor R o o s e v e l t dem neuen überseeischen Großreich seine Abrundung gegeben hatte, verkündete man in Washington der Welt die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, der Humanität und der Demokratie. Von W i l s o n s 21 Forderungen bis zu Franklin D. R o o s e v e l t s Proklamationen wurde diese Ideologie in der weiten Welt verbreitet. Ihr Echo war bei den kleinen europäischen Nationen nach dem ersten Weltkrieg ebenso stark wie in den Reihen der farbigen Völker. Aber neben die antikolonialistischen Parolen, welche den Emanzipationsprozeß der Farbigen mächtig beschleunigt haben, trat mehr und mehr die antitotalitäre Propaganda, zuerst gegen Deutschland und Italien und nach deren Niederwerfung gegen die Sowjetunion, die man erst in dem Augenblick als „Weltgefahr" erkannte, wo sie sich der Welt-Schiedsrichter-Rolle der USA in den Weg stellte. So wurde die amerikanische Außenpolitik widerspruchsvoll, ja schizophren, und diese Unsicherheit lastet seit zwölf Jahren als schwere Hypothek auf dem Frieden der Welt, nur vergleichbar mit der Ausdehnung der sowjetischen Ideologien. Die klassische antikoloniale Macht wurde zum klassischen Interventionisten gerade in den farbigen Ländern, die antibolschewistische Parole wandte sich immer deutlicher gegen die Selbständigkeitsbestrebungen der jungen Völker. In allen Kontinenten spürt man diesen inneren Zwiespalt der amerikanischen Haltung, in den USA selbst tönen die Stimmen der Kritik immer lauter, aber verbissen hält der derzeitige Außenminister mit seinen Parteigängern an seinem ebenso gefährlichen wie aussichtslosen Kurs fest.

War es nicht schizophren, daß die Amerikaner den Holländern zu Gunsten der Indonesier in den Weg traten, aber den Franzosen jede Hilfe in Indochina in Aussicht stellten einschließlich der Atombombe? War es nicht schizophren, daß man im nahen Osten dem englisch-französischen Suez-Abenteuer den Weg versperrte und gleichzeitig den arabischen Nationalismus bekämpfte unter dem Vorwand, daß er sowjetisch gesteuert sei? Daß man die Loslösung von Marokko und Tunis zuließ, aber gleichzeitig den Franzosen bei ihrem algerischen Abenteuer

Geld und Waffen und politische Schützenhilfe gewährte? Washingtons schwankende Haltung zeigt sich auch in den zahlreichen halben Lösungen, welche Dulles in Asien durchsetzte und damit ebenso viele neue Gefahrenherde schuf. Korea blieb geteilt, anstatt in einer echten Volksabstimmung die Niederlage von Syngman Rhee vor aller Welt demonstrieren zu müssen. Vietnam blieb geteilt, anstatt in einer echten Volksabstimmung die unerschütterte Popularität von Hoshimin vor aller Welt demonstrieren zu müssen. China bleibt geteilt, nachdem man sich nicht rechtzeitig entschlossen hatte, den Kampf um die Führung als innere Angelegenheit Chinas anzuerkennen.

Seitdem sich in Washington die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß man die atomare Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion verloren hat, nimmt diese amerikanische Unsicherheit Formen an, die das Prestige Washingtons in der Welt schwer untergraben. Nach dem Umsturz in Bagdad griff Washington zwar mit Soldaten und Schiffen im Libanon ein, aber gleichzeitig beeilte es sich, das Bagdader Regime der Königsmörder diplomatisch anzuerkennen, das die amerikanische Marionetten-Regierung beseitigt hatte. Was lag näher, als daß Mao-tse-tung die Stunde für gekommen hielt, um die Anerkennung des neuen chinesischen Regimes durch Amerika zu erzwingen, ein Regime, das nicht sechs Millionen, sondern sechshundert Millionen Menschen, also ein Viertel der Menschheit repräsentiert und das seit sieben Jahren von Amerika offiziell ignoriert wird. Geduldig hat die chinesische Staatsführung auf die Stunde gewartet, in der es seinen politischen und moralischen Forderungen Nachdruck verleihen konnte, und es ist heute sicher, daß Mao und Chruschtschow bei dessen Blitzbesuch in Peking die Strategie gegenüber den USA genau abgesprochen haben. Die Fiktion einer „Nationalchinesischen Regierung" zerplatzte gegenüber dem Gewicht dieser fernöstlichen Machtdemonstration. Wahrscheinlich hat Chruschtschow die Gelegenheit gern ergriffen, um das Pekinger Regime bei der Durchsetzung seines dringensten nationalen Anliegens nachdrücklich zu unterstützen. In China hat man es dem Kreml noch nicht vergessen, daß dieser lange Jahre das Regime Tschiang-kai-shek mit Geld und Waffen unterstützt und Mao und seine kommunistische Garde ihrem Schicksal überlassen hat, bis diesem nach hartem Kampf schließlich die Herrschaft zufiel. Die Chinesen haben ein langes Gedächtnis. Sie haben heute noch nicht die Intervention der westlichen Völker, aber auch nicht des kommunistischen Nachbarn vergessen, und nur ein großer Freundschaftsdienst kann diese peinlichen Erinnerungen im Bewußtsein eines Volkes auslöschen, das auch heute mehr nationalistisch als kommunistisch gesonnen ist.

Das Verhalten des Herrn Dulles gegenüber China ist kennzeichnend für die Verhaltensweise des amerikanischen Neokolonialismus. Es geht diesem nicht mehr um Regierung und Verwaltung der „Eingeborenen". Die „Bürde des weißen Mannes" besteht nach amerikanischer Vorstellung darin, einem unterentwickelten Land die „richtige" Staatsform und die „richtige" Regierung zu schenken, ohne kleinliche Rücksicht auf demokratische Willensentscheidungen, die Regierung mit Geld, Waren und Waffen auszurüsten und der antikommunistischen Linientreue die Korsettstangen amerikanischer Stützpunkte einzusetzen. Da diese farbigen Völker nach der Washingtoner Ideologie keine Nationen im westlichen Sinne sind, so verschlägt es nichts, daß man willkürlich Stücke herausschneidet, wie sie der Zufall, der kalte Krieg oder strategische Rücksichten erfordern, und diese Stücke dann als Teile der „freien Welt" unter amerikanischen Schutz stellt.

Dankbarkeit und Linientreue sind das mindeste, was die Amerikaner von einem solchen künstlichen Staatsgebilde erwarten, und ihre Propaganda tut ein übriges, den Bewohnern einzureden, welcher Wohlfahrt, Sicherheit und Freiheit sie sich erfreuen.

Das Modell ist von primitiver Einfachheit, aber seine Durchführung kann auch einer Weltmacht mißlingen. Schien es noch in Korea und Vietnam zu glücken, konnte es bei der Türkei und Griechenland mühsam gerettet werden, so scheiterte es vollständig in Arabien, und in China bahnt sich vollends eine Katastrophe an. Washington hatte einseitig auf Tschiang-kai-shek gesetzt und mußte es erleben, daß ihn sein roter Rivale aus dem Felde und dem Lande schlug und ein starkes, stetiges Regime aufrichtete, ohne Washington und ohne Moskau zu fragen. Washington aber gab dem geschlagenen Diktator eine Zufluchtsstätte auf chinesischem Inselboden, unter dem Schutz amerikanischer Kriegsschiffe und Luftgeschwader, und hält bis heute an der Fiktion fest, daß die Inselfestung das wahre und legitime China sei. Man bedenke: das größte und volkreichste Land der Erde, das älteste Kulturvolk der Geschichte, das noch von keiner äußeren Macht jemals besiegt wurde, wird von den Weisen in Washington als nicht vorhanden dekretiert, und während das kaum begründete Ghana und das kaum errichtete Regime in Bagdad Sitz und Stimme in der UN haben, wird China durch einen geschlagenen Generalissimus im Exil vertreten. Muß man sich mehr darüber wundern, daß die westliche Welt bis heute diesem gefährlichen Spiel gelassen zusah oder daß die Herren in Peking die Geduld und die guten Nerven hatten, um erst heute die Hand zur Faust zu ballen?

Dulles hat erklärt, daß sich seine Regierung weigern werde, unter der Drohung mit Gewalt Verhandlungen mit Peking aufzunehmen. Er scheint vergessen zu haben, daß er jahrelang jeglichen Verhandlungen mit Peking ausgewichen ist. Ihm imponiert offensichtlich nur die geballte Faust. Jetzt ist Amerikas Botschafter B e a m plötzlich sehr begierig, sich mit seinem chinesischen Kollegen in Warschau auszusprechen, den er auf Washingtoner Weisung hin zwei Jahre an der Nase herumgeführt hat. Jetzt macht der amerikanische Staatssekretär auf einmal geheimnisvolle Andeutungen über Konzessionen, zu denen man unter Umständen bereit sei — unter eben jenen Umständen, welche erst die Pekinger Gewaltanwendung geschaffen hat. Heute sitzt Mao am längeren Hebelarm, denn die amerikanische Nation, die sich in Korea im Kampf mit den chinesischen Divisionen bereits einmal blutige Köpfe geholt hat, ist schwerlich geneigt, „für Quemoy zu sterben", so bitter auch der koreanische Stachel heute noch schmerzt. Noch weniger dürften die Nato-Mächte bereit sein, den Amerikanern die Kastanien aus dem Feuer zu holen in einem Teil der Welt, in dem sie längst vor dem chinesischen Nationalismus den Rückzug angetreten haben. Die USA stehen in diesem Kampf allein, militärisch, politisch und vor allem moralisch, viel stärker vereinsamt als in der libanesischen Krise, wo England und Frankreich noch unbeglichene Rechnungen den arabischen Länder präsentierten. Hinter China aber steht nicht nur die Sowjetunion mit ihrem atomaren Weltgewicht, sondern alle farbigen Völker blicken mit Spannung nach der Straße von Formosa. China ist spätestens seit den Tagen der Konferenz von Bandung der anerkannte Vorkämpfer der jungen Völker, mit dessen Schicksal sich zugleich das Wohl und Wehe vieler junger Länder entscheiden muß.

Für die USA gibt es im Fernen Osten ebenso wie in Nahost nur einen Ausweg: den politisch-militärischen Rückzug. Sicherlich wird man ihm diesen Rückzug durch einen wohlklingenden Kompromiß zu versüßen bereit sein, wie es auch in der Libanon-Krise geschah. Aber den neuen Prestige-Verlust werden keine schönen Worte aus der Welt schaffen können. Mit Sorge blickt man heute in Washington nach anderen neuralgischen Punkten in der Welt, wo die USA gleichfalls künstliche Positionen gegen alle politische Vernunft verteidigen. Einer dieser Punkte ist Mitteleuropa. Auch hier hat Washington versäumt, aus dem kalten Krieg entstandene widernatürliche Konstruktionen rechtzeitig zu revidieren, etwa

durch Zustimmung zu einem Neutralisierungsplan. Hier gibt es mindestens ein Volk, in dem man nicht vergessen hat, daß es die Generale Marshall und Lucius Clay waren, welche den entscheidenden Anstoß zu einem deutschen Separatstaat gaben und dadurch den zweiten Separatstaat zwangsläufig mitgeschaffen haben. Heute ist aktenkundig, daß die Amerikaner, unterstützt von willfährigen deutschen Politikern, die Möglichkeit planmäßig zerstört haben, in einem neutralen Mitteleuropa ein wiedervereinigtes Deutschland aufzurichten, für das aus Moskau und der DDR zahlreiche Vorschläge gemacht worden sind. Alle diese Vorschläge sind nicht zuletzt unter dem Druck Washingtons unbeachtet geblieben. Dürfen wir uns wundern, daß die außenpolitische Führung der USA, die ein 600 Millionen-Volk als nichtexistent erklärte, das Regime in Bonn veranlassen konnte, die östlichen Sallitenstaaten Moskaus einschließlich der DDR politisch-diplomatisch zu ignorieren und dadurch die Bundesrepublik um so einseitiger an ihre westliche Schutzmacht zu binden? Wird auch in diesem Raum bald das Ende des Neo-Kolonialismus gekommen sein?

Mehr als vierzig Garantiepakte hat das State Department in zehn Jahren freigebig unter seine Freunde und Satelliten verteilt. Das ist mehr, als selbst eine Weltmacht bewältigen kann. Amerikas Stützpunktsystem in aller Welt zeigt deutliche Brüche und Risse, wir erleben eine Götterdämmerung des absoluten Vertrauens in die amerikanische Schutzherrschaft. Wo immer in der Welt ein Konflikt entsteht, wird mindestens einer dieser Pakte berührt, kann Amerika sich einmischen, kann aber auch irgendeine Marionetten-Regierung auf den amerikanischen Beistandsknopf drücken. Wird dieser einmal ausgeschaltet, so gerät Washingtons Prestige und Vertrauenswürdigkeit in Gefahr, und so wird es immer wieder verführt, eine Intervention „hart am Rande des Krieges" zu wagen.

Dulles hat sein Land in einen wahren Teufelskreis verstrickt, als dessen Gefangenen wir es heute sehen. Es gibt nur noch einen Weg zur Wiederherstellung der Freiheit der außenpolitischen Entscheidungen Amerikas: den Abbau seiner Verpflichtungen, die Konzentrierung auf seinen unmittelbaren und echten Macht- und Interessenbereich und die moralische Unterstützung jener „dritten Kräfte", welche als Pufferzonen zwischen den Giganten eine wohltuende und entspannende Wirkung auf die gesamte Weltkonstellation ausüben können.

Otto Eisenmann, MdB

Politische Einsicht und Umkehr

Die Angst als Ursache der Machtpolitik

Wie ist es dreizehn Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges möglich, daß wir wieder oder noch um einen teuer erkauften Frieden bangen? Zwei Machtblöcke, die wir den Osten und den Westen nennen, stehen sich mißtrauisch in einer spannungsgeladenen Atmosphäre gegenüber. Der eine wirft dem anderen aggressive Absichten vor. Beide suchen sich durch die Stärkung ihrer Macht ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Die sprunghafte Entwicklung der Technik,

die der Krieg iniziert hat und ihren ersten, furchtbaren Höhepunkt beim Abwurf der Atombomben über Japan kurz vor Kriegsende erreichte, hielt weiter unvermindert, ja verstärkt an, und artete in ein atomares Wettrüsten aus. Selbst das derzeitige „geophysikalische Jahr" der Wissenschaften wird zu einem „Helfer in Waffentechnik" degradiert. Ein Vorsprung auf der einen löst verstärkte, ja hysterische Angst auf der anderen Seite aus. Dem Start der Sputniks folgen die Explorer und die erfolgreiche Fahrt des Atom-U-Bootes Nautilus. „Das Gleichgewicht des Schreckens" ist der seidene Faden, an dem der Friede der Welt hängt. Wann wird endlich die Erkenntnis dämmern, daß dieser circulus vitiosus durch die Beseitigung seiner Ursache, nämlich der Angst, unterbrochen werden muß, wenn nicht das Inferno eines Atomkrieges das Ende sein soll? Dieses Rennen um die Macht kann nur ein totes, im wahrsten Sinne des Wortes, sein. Die Technik als Leistung des menschlichen Geistes ist auf dem Weg, denjenigen, der sie schuf, zu vernichten, wenn nicht die geistig-sittlichen Kräfte den Anschluß und letztlich die Herrschaft zurückgewinnen. Die Welt muß wieder nach dem Maß der Menschen und nicht nach dem Maß der Technik gestaltet werden. Es ergibt sich daraus die kategorische Forderung nach Ablösung des militärstrategischen Machtdenkens durch die Vernunft.

Es ist mir klar, daß die nationalen Probleme nur im Rahmen der weltpolitischen Gesamtsituation zu sehen und zu lösen sind. Dies darf aber nicht heißen, daß die Kleinen solange zur Untätigkeit und zum Abwarten gezwungen sind, bis sich die Großen geeinigt haben. Im Gegenteil, alle Beteiligten müssen politische Aktivität entfalten, um über Einzelerfolge zum Gesamterfolg beizutragen.

Der Status quo und die deutsche Außenpolitik

Die vordringlichste Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist die Wiedervereinigung. Die Nichtanerkennung der DDR schließt für die Bundesregierung die Möglichkeit aus, auf parlamentarischer Ebene Gespräche zu führen. Der einfachste Weg zu einer Verständigung ist damit versperrt. Die innerdeutsche Grenze wurde zur europäischen Grenzlinie zwischen Ost und West und die beiden Teile Deutschlands zu vordersten militärstrategischen Stützpunkten. Da die Bundesregierung die Machtpolitik bejaht, war eine Entwicklung in dieser Richtung nicht aufzuhalten. Politik ist Menschenwerk und darum nicht fehlerfrei. Mangelt es ihr jedoch an Einsicht und an Mut zur Umkehr, dann wird das Ende ein unverantwortliches Fiasko sein. Der rückläufige Weg zur deutschen Wiedervereinigung kann nur über die Ausklammerung der beiden deutschen Partner aus ihren derzeitigen Militärbündnissen (Nato bzw. Warschauer Pakt) und die Beschränkung auf konventionelle Bewaffnung eingeleitet werden. Im Bulletin vom 23. 8. 1958 glaubt Herr Prof. Dr. Grewe, deutscher Botschafter in den USA, die Gefährlichkeit der Vorschläge, die für die Schaffung eines in dieser Richtung tendierenden „Disengagement" entworfen wurden, herausstellen zu müssen. Es handelt sich dabei um den Rapacki-Plan und den weitergehenden Vorschlag eines beiderseitigen Rückzuges der in Mittel- und Osteuropa stationierten Streitkräfte der Großmächte. Die Überlegungen des Herrn Botschafters werden weitgehend von militärstrategischem Denken getragen. Ich glaube, daß es unter dieser engen Perspektive niemals einen Plan geben wird, bei dem sich nicht so viele Negativitäten entdecken lassen, daß er von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Ohne die Bejahung eines gewissen Risikos wird es in der Politik überhaupt keinen Fortschritt geben; aber jedes Risiko einer Befriedung ist geringer als das des Pendelns am Abgrund. Es ist selbstverständlich, daß wir Deutschen bei jedem Plan der zur Diskussion gestellt wird, die Wiedervereinigung als ersten Punkt auf der

Tagesordnung sehen wollen. Ohne eine Lösung dieser Frage kann und wird es niemals eine dauernde Lösung der europäischen Probleme geben. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, nachhaltig und stetig auf diese unumgängliche Notwendigkeit hinzuweisen, aber auch die positiven Ansätze in den Plänen einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen. Ihre These, daß es auf dem Boden des Status quo keine bessere Lösung der Sicherheitsfrage gibt als diejenige, die gegenwärtig durch die Nato, die Westeuropäische Union und die allgemeinen Grundsätze der UNO herausgestellt ist, kommt m. E. einer Verhärtung des Status quo gleich und wird niemals zu einer Entspannung beitragen, geschweige denn zur Aktivierung konstruktiver politischer Kräfte. In der Summierung der positiven Vorschläge von allen Seiten liegt der Schlüssel zum Erfolg. Glaubt denn die Bundesregierung, auf Anhieb einen fertigen Plan vorgelegt zu bekommen, der die ungeteilte Zustimmung aller findet? Jeder Realpolitiker wird erkennen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur über und durch ein Disengagement im Sinne des Auseinanderrückens der Mächte zur Vermeidung chronischer Reibungsflächen erfolgen kann. Die Schaffung eines zwischeneuropäischen Sicherheitssystems wäre ein erster Schritt auf diesem Wege. Dieses System müßte zunächst Gesamtdeutschland, Polen und die Tschechoslowakei umfassen. Seine Garantierung durch die USA und die UdSSR würde die Gefahr einer Intervention durch Dritte weitgehend ausschließen und das wohlbegründete Sicherheitsbedürfnis unserer Nachbarn sowie unser eigenes befriedigen. Durch die Hinterlegung dieses Vertragswerkes bei der UNO mit der Auflage, die Durchführung und Einhaltung der Bestimmungen zu überwachen, wäre das mögliche Höchstmaß an Sicherheit erreicht und außerdem ein Weg aufgezeigt, der für andere regionale Probleme, die auf eine Lösung warten, richtungweisend sein könnte.

Politische Eskapaden

Bei der bisher gezeigten Einstellung der Bundesregierung verwundert es nicht, daß sie sich in diesen Tagen plötzlich und ohne ersichtlichen Grund nachträglich hinter die Interventionen der USA und Englands in Nahost stellte und dies durch eine Note an die Sowjetunion bekräftigte. Aber damit nicht genug! Zur Zeit nimmt die Welt aufatmend zur Kenntnis, daß der Osten und der Westen ihre Atombomben-Testversuche einstellen wollen. Wissenschaftler beider Gruppen erarbeiteten geeignete Vorschläge über Kontrollmöglichkeiten, die einen ersten Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines internationalen Inspektionssystems sein könnten. Die tödliche Bedrohung der Menschheit durch die weitere Zunahme der radioaktiven Verseuchung soll von uns genommen werden. Ein Sieg der Vernunft bahnt sich an. In diesem Augenblick erklären amtliche Stellen, daß die Vereinbarung über einen Versuchsverzicht unter den Großmächten von der Bonner Diplomatie mit Sorge aufgenommen würde, da hierdurch der Zusammenhang von Abrüstungsverhandlungen mit politischen Fragen zur Auflösung käme. Ich halte eine solche Erklärung für unverantwortlich. Auf alle nüchtern denkenden Menschen muß sie wie ein Schock wirken. Wenn die Bundesregierung bisher wenig Eigeninitiative gezeigt hat und an die Unüberwindbarkeit des West-Ost-Gegensatzes glaubte, so müßte sie jetzt erkennen, daß ihre Wunschvorstellungen zusammengebrochen sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die USA und England zuerst an ihre nationalen Interessen denken, was durch die Nahost-Intervention und die damit einhergehende Entblößung der Bundesrepublik von ihren Nato-Schutztruppen eine Bestätigung fand. Wann begreift man endlich in Bonn, daß man auf die falsche Karte, nämlich auf überholte Machtdemonstration und Wundergläubigkeit gesetzt hat?

Der innerpolitische Machtkampf

Auch zum innerpolitischen Verhalten der Bundesregierung läßt sich unter denselben Aspekten einiges sagen. Die Propaganda der CDU bei den letzten Bundestagswahlen lief unter den Schlagworten: „Keine Experimente, Sicherheit und Wohlstand" usw. Mit diesen Parolen wurde der saturierte Wähler angesprochen. Die teils bewußte, teils unbewußte Angst der Menschen vor der tödlichen Gefahr eines Atomkrieges und die Furcht, das durch den Krieg verlorene und mühsam wieder erworbene Eigentum durch wirtschaftliche Rückschläge verlieren zu können, wurde bedenkenlos im politischen Machtkampf ausgenützt. Es ist dies eine Werbung, die sich der Verhöhnung sittlicher Wertbegriffe schuldig macht. Im Kampf um die Macht wird das Gewissen der Menschen durch das bewußte Verschweigen unseres nationalen Notstandes, dessen Überwindung von jedem einzelnen laufend und auch in der Zukunft persönliche Opfer fordern wird, eingeschläfert. Der Wunsch der Menschen, sich an den schönen Dingen einer friedlichen Welt zu erfreuen, ist verständlich. Aber noch haben wir keinen echten Frieden und tanzen auf dem Vulkan. Noch zieht sich durch unsere Heimat eine Unrechtsgrenze, die durch die Unvernunft der Siegermächte geschaffen wurde. Dieser unser nationaler Notstand kann nicht durch das Argumentieren mit einem sogenannten Wirtschaftswunder verschleiert werden. Wir Deutschen sollten genug politische Erfahrung gesammelt haben, um solche Propagandamethoden zu durchschauen. Wenn das nicht geschieht, wird es für alle ein böses Erwachen geben.

Die ganze Menschheit weiß oder fühlt, daß sie sich auf einem Kreuzweg ihrer Geschichte befindet, der keine Vergleiche in der Vergangenheit hat. Die Zukunft ist in die Hand weniger Menschen gelegt. Möge die Mahnung von Hiroshima: „Die Untat soll sich nie wiederholen", ihr Denken und Handeln bestimmen. Es ist nicht zu spät, wenn Geist und Vernunft die Oberhand gewinnen.

Prof. Dr. Renate Riemeck

400 Jahre Universität Jena

Un Hanne geiht, doch as hei sick
rechts in de Strat will rümmer wen'n,
röppt em de Herr Pastor zurück,
legt an den Mund de beiden Hän'n
und röppt em tau: „Ein Wurd noch, Sähn.
Ich würde d o c h nach Jena gehn!"

(Fritz Reuter, „Hanne Nüte")

Als die Universität Jena im Jahre 1908 das Fest ihres 350jährigen Bestehens feierte, hielt der berühmte Sanskritforscher und damalige Prorektor Bertold Delbrück eine Ansprache, in der er mit verhaltenem Stolz erklärte: „Unter den vielen Vorzügen, welche man mit Recht, wie wir hoffen, der Universität Jena nachrühmt, ist einer, den uns keine Verschiedenheit der Meinungen rauben kann, die Tatsache nämlich, daß Schiller unser Kollege und Goethe unser Minister gewesen ist."

An Verschiedenheit der Meinungen über die Vorzüge der Friedrich-Schiller-Universität hat es auch nicht gefehlt, als sie sich jetzt anschickte, ihre 400-Jahr-Feier zu begehen. Die Tatsache, daß Schiller der Kollege und Goethe der Minister der Jenenser Professoren gewesen ist, dürfte zwar noch immer unbestreitbar sein, aber sie wog offenbar nicht schwer genug, um die deutsche Wissenschaft über alle trennenden Schranken der Ideologie hinweg in der Ehrung einer traditionsreichen Universität zu vereinen. Politische Gesichtspunkte triumphierten über die Gemeinsamkeiten der großen geschichtlichen Vergangenheit des geistigen Deutschland, das untrennbar mit dem Namen Jena verbunden ist. Die alte „Salana", die Hohe Schule an der Saale, mußte ihr Jubiläum ohne offizielle Delegationen bundesrepublikanischer Universitäten feiern. Die westdeutsche Rektorenkonferenz hatte die Einladung abgelehnt und die Empfehlung gegeben, dem Fest in Jena fernzubleiben.

Die alma mater Jenensis hat in ihrer vierhundertjährigen Geschichte viel erlebt und viel überstanden. Sie überstand auch das Fehlen der westdeutschen Hochschulen; denn Vertreter von Universitäten aus allen fünf Erdteilen waren gekommen, um ihre Glückwünsche zu überbringen. West und Ost traf in Jena zusammen. Politische Gegensätze spielten keine Rolle. Man praktizierte die Idee einer Gelehrtenrepublik und reichte sich die Hand — ohne Rücksicht darauf, ob der andere aus einem Nato-Land stammte oder zum Warschauer Pakt gezählt werden mußte. Der unversöhnliche Gegensatz, der von den Deutschen demonstrativ betont worden war, mag den zahlreichen westeuropäischen Delegationen merkwürdig und schemenhaft erschienen sein; denn zu gleicher Zeit, da in Jena gefeiert wurde, trafen Wissenschaftler aus beiden Teilen Deutschlands auf einer Tagung in Genf zusammen, und Universitätsprofessoren aus der Bundesrepublik und der DDR schickten sich gerade an, zu einem Kongreß nach Venedig zu reisen.

Der Universität Jena freilich ist unversöhnlicher Gegensatz auf deutschem Boden nicht fremd. Er gehört geradezu zu ihrem Dasein. Denn die „Salana" ist ja selbst das Kind heftiger politischer und geistiger Auseinandersetzungen. Sie verdankt ihre Entstehung der Spaltung Deutschlands in zwei feindliche Lager, die sich einst erbittert bekämpft haben und schließlich doch zur Koexistenz gezwungen wurden. Die „Hohe Schule zu Jena" wurde gegründet, um der Reformation ein geistiges Zentrum zu sichern, nachdem infolge des kaiserlich-katholischen Sieges über den Schmalkaldischen Bund der protestantischen Fürsten die Universität Wittenberg aufgelöst worden war. Der besiegte Kurfürst, Johann Friedrich der Großmütige, mußte nicht nur auf die Kurwürde verzichten, sondern auch auf seine Landesuniversität, den berüchtigten Hort der lutherischen „Ketzerei". Aber was half es! Jahrzehntelang hatte sich Karl V. gegen die Wittenberger „Irrlehre" gestemmt, sie verdammt und bekämpft. Und doch konnte er sie nicht ausrotten. Auch sein später Triumph über den Führer des Bundes der protestantischen Länder und Städte konnte nichts mehr daran ändern, daß die konfessionelle Spaltung vollendete Tatsache wurde. Die alten Verhältnisse wiederherzustellen war eben unmöglich. „Papisten" und „Protestanten", wie heftig sie sich auch befehden mochten, mußten nebeneinander leben lernen. Es führte kein Weg daran vorbei. Karl V. beschloß sein Leben im Kloster. Sein Nachfolger besiegelte die Daseinsberechtigung verschiedener Bekenntnisse im „Augsburger Religionsfrieden" (1555), und drei Jahre später wurde die neue Hochburg der Lutheraner, die „Hohe Schule zu Jena", zur Universität erhoben. Unter der Führung der „streitbaren Theologen" vom Schlage eines Flacius übernahm sie fortan die Rolle, die vorher Wittenberg gespielt hatte.

Man sieht, das Rad der Geschichte läßt sich nun einmal nicht zurückdrehen. Die Umstände, die zur Gründung der Universität Jena geführt haben, sind ein

Beispiel dafür. Und wer Zeuge ihrer 400-Jahr-Feier war, dem wurde es nur allzu deutlich, daß auch heute gilt, was sich 1555 erwies. Die Welt wird abermals einen modus vivendi finden müssen, der die Existenz verschiedener Denkrichtungen und verschiedener Systeme anerkennt — oder sie wird untergehen. Gegenseitige Verketzerung, Haß und Verfolgung sind damals nicht geringer gewesen als heute. Aber die Welt ist nicht daran zerbrochen, und die Zeit hat dafür gesorgt, daß die Kontrahenten sich schließlich annäherten.

Die 400-Jahr-Feier in Jena hat jedenfalls gezeigt, daß ein großer Teil der Wissenschaftler aus West und Ost, ungeachtet ihrer politischen Bindungen, den Weg zur Koexistenz suchen. In der Aula der Universität fand man sich ein, um im Schmuck akademischer Talare die Glückwünsche zu überbringen. „Die Stellungnahme der westdeutschen Rektorenkonferenz hat uns nicht beeinflussen können", erklärte später der Vertreter der Universität Cambridge vor der Presse, und es scheint dies auch für zahlreiche andere Hochschulen Westeuropas gegolten zu haben. Denn nicht nur Cambridge und Oxford waren in Jena vertreten. Schottland entsandte eine Delegation aus Glasgow. Der Präsident der schwedischen Akademie der Wissenschaften sprach für die Universitäten seines Landes. Die Sorbonne in Paris und sämtliche französischen Universitäten entboten ihre Grüße. Kopenhagen, Aarhus und Helsinki waren vertreten. Belgien meldete sich zu Wort. Ja, sogar die Vereinigten Staaten und Australien hatten Delegierte ihrer Universitäten nach Jena geschickt. Daß auch die Universität Kairo es sich nicht nehmen ließ, in der DDR beachtet zu werden, mochte den bundesrepublikanischen Beobachter weniger verwundern. Selbstverständlich hatten die asiatischen und osteuropäischen Volksdemokratien zahlreiche Abordnungen entsandt. Glanzvolle Höhepunkte des Eröffnungsaktes der Feierlichkeiten aber waren die Ansprache des Rektors der Universität Nanking und die mit brillanter Eloquenz vorgetragene lateinische Rede eines polnischen Professors.

Der Festzug der Gäste und Jenenser Fakultäten durch die dichtumsäumten Straßen der Stadt bot ein farbenprächtiges Bild akademischer Tradition. Man schien überhaupt großen Wert auf Formen zu legen. Wollte man nur aufzählen, was sich an einzelnen Akten in Jena vollzog, so gäbe es kaum einen Unterschied zu der 300-Jahr-Feier 1858. Denn damals, so berichtet uns die Universitätshistorie, fand ein Festessen, ein Fackelzug, ein Konzert, ein feierlicher Zug der Professoren durch die Stadt, ein Staatsakt und ein Festgottesdienst in der Stadtkirche St. Michael statt. Das alles gab es diesmal, hundert Jahre später, auch. Und doch war der Wandel der Verhältnisse unverkennbar, und der Bruch zwischen West- und Ostdeutschland wurde nur allzu schmerzhaft bewußt. Die 400-Jahr-Feier stand ganz im Zeichen der „sozialistischen Umgestaltung" der Universität. Davon war viel die Rede. Aber dieser Prozeß ist ja nun schon etliche Jahre im Gang, und die starre Haltung Bonns in der Wiedervereinigungsfrage hat ihn nur beschleunigt und wird ihn auch in Zukunft vorantreiben. Daß dadurch die Kluft zwischen beiden Teilen Deutschlands immer breiter, jede Möglichkeit der Angleichung nur beständig schwieriger wird, versteht sich von selbst. In Jena zeigte es sich, welche einzigartige Chance 1952 durch die Bundesregierung verpaßt worden ist, als sie — befangen in der Illusion einer Politik der Stärke — die Wiedervereinigungsnote der Sowjetunion ablehnte. In den darauffolgenden sechs Jahren hat sich die Entstehung zweier Staaten auf deutschem Boden vollzogen, und das Festhalten an juristischen Fiktionen kann diese Tatsache nicht wegleugnen. Wir werden uns eines Tages zur Konförderation mit der anderen Hälfte Deutschlands bereitfinden müssen, mag dies klar auszusprechen vielen westdeutschen Politikern zur Stunde auch noch nicht opportun erscheinen. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Sie wäre nur schrittweise zu realisieren.

Die „sozialistische Umgestaltung" der Universitäten zielt jedenfalls auf die Schaffung einer „neuen Intelligenz", die den gesellschaftlichen Vorstellungen des Marxismus-Leninismus entsprechen wird. Mit dieser „neuen Intelligenz" wird der Westen Deutschlands künftig ebenso zu rechnen haben wie mit den ökonomischen Veränderungen, die in den nächsten Jahren vor sich gehen werden und jetzt schon in bestimmten Kreisen der westdeutschen Wirtschaft Besorgnis erregen. Man denke nur an das Projekt des Ausbaus der Ostseehäfen, den Bau des Elbe-Ostsee-Kanals, die Anlage einer Ölleitung von der Sowjetunion zur DDR u. a. m.

Daß sich das westliche Ausland merklich auf die Realitäten einstellt, konnte man an den vielen offiziellen Delegationen ermessen, die in Jena erschienen waren. Man war ganz offensichtlich um Kontakte bemüht und zeigte für den plötzlichen Weggang des langjährigen Rektors, der noch die Einladungen zur Universitätsfeier (versehen mit einem klaren Bekenntnis zum sozialistischen Staat) gezeichnet und verschickt, dann aber kurz vor dem Fest die DDR verlassen hat, kein sonderliches Verständnis.

Auch die Anstrengung des Gesamtdeutschen Ministeriums in Bonn, aus der Teilnahme am Jenaer Jubiläum ein Politikum zu machen, waren nicht sehr erfolgreich. Denn daß trotz aller Anti-Jena-Propaganda Oxford, Cambridge, die Sorbonne und andere altehrwürdige Universitäten Westeuropas dennoch auf der 400-Jahr-Feier vertreten waren, mußte nun um so mehr auffallen. Jena ist ein Stück Deutschland — auch heute noch. Hier lehrten Fichte und Hegel. Hier lebten und wirkten Schelling, die Schlegels, Tieck und Novalis. Hier entstanden in enger Zusammenarbeit mit der Universität die Carl-Zeiß-Werke, denen das wissenschaftliche Genie Ernst Abbes Weltgeltung verschaffte. Hier in Jena wurde 1815 die Urburschenschaft gegründet, die zur Vorhut des studentischen Kampfes um die Herstellung der deutschen Einheit wurde.

Man mag über die politische Ideologie und die Praxis der Staatsgewalt jenseits von Elbe und Werra denken, wie man will. Aber man muß sich doch wohl fragen, ob eine gesamtdeutsche Verständigung nur noch auf dem Sportplatz möglich und erlaubt ist. Was verbindet die Menschen im gespaltenen Deutschland denn eigentlich noch, wenn es nicht einmal erwünscht ist, die gemeinsame Vergangenheit gemeinsam zu würdigen? Es war deshalb erfreulich, daß durch die persönliche Anwesenheit von Wissenschaftlern aus Göttingen, München, Erlangen, Tübingen, Würzburg und andern Hochschulorten der Bundesrepublik die unüberbrückbar erscheinenden politischen Gegensätze in den Hintergrund traten.

Heinz Kloppenburg DD.

Propst Asmussens Kampf gegen die Evangelische Kirche

Abwege polemischen Denkens

Die römisch-katholische Wochenschrift „Rheinischer Merkur" wird in steigendem Maße die Plattform, von der der evangelische Propst Asmussen seinen Kampf gegen die Evangelische Kirche führt. Denn darum handelt es sich bei den fortgesetzten Angriffen, die Asmussen in den letzten Monaten gegen bestimmte Glieder dieser Evangelischen Kirche lanciert. Asmussen pflegt insbesondere alle Begegnungen zwischen Christen des Westens und Christen des Ostens dann zu verdächtigen, wenn an ihnen seine früheren Freunde aus der Bekennenden Kirche beteiligt sind.

Anlaß zu seinem letzten Angriff ist ein Besuch von Kirchenmännern aus Rußland und Ungarn. Unter der Überschrift „Ein aufschlußreicher Besuch" meint Asmussen im „Rheinischen Merkur" Nr. 34 vom 22. 8. 1958 der westfälischen Kirchenleitung und Präses Wilm bestimmte Fragen vorlegen zu müssen. Westfälische katholische Zeitungen haben gern Gelegenheit genommen, diese unter evangelischer Bezeichnung gegen die westfälische Kirchenleitung vorgetragenen Angriffe abzudrucken.

Asmussens Sachfragen sollen ihre Antwort haben. Aber zuvor muß doch festgestellt werden, wie fatal es ist, daß Asmussen durch seine Darstellung selber zeigt, daß er Urteile abgibt, ohne die zugrunde liegenden Sachverhalte zu kennen. Schlimmer noch: daß er Tatbestände unterschlägt, die dem Leser nicht vorenthalten werden dürfen, wenn ihm wirklich sachliche Urteilsbildung ermöglicht werden soll. Es ist doch kennzeichnend, daß schon vor längerer Zeit der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in einem aufsehenerregenden Aufsatz nachwies, wie Asmussen Tatsachen verdreht, objektiv haltlose Behauptungen aufstellt und das Problem der kirchlichen Ost-West-Beziehungen in einer Verzerrung behandelt, die immer wieder die Frage erweckt, wie denn ein Theologe vom Rang Asmussens seinen guten Namen in solcher Weise aufs Spiel setzen kann. Neuerdings hat Prof. Iwand im Septemberheft der „Jungen Kirche" wieder einmal die Asmussenschen Verkürzungen anprangern müssen. Dabei sind wir als die früheren Freunde Asmussens immer noch geneigt zu glauben, daß in Hans Asmussen eine tiefe Liebe zur wahren Gestalt der Kirche Christi lebt. Aber seine Polemik schlägt diesem Glauben ins Gesicht. Man hat immer wieder den Eindruck, daß Asmussen die Maßstäbe für die Beurteilung kirchlichen Handelns in seinen politischen Ressentiments findet.

Europäische Ost-West-Begegnungen

Aber nun zu der Sache, um die es geht, selber. Zu den Ost-West-Begegnungen, die Asmussen kritisiert, gehört auch der Versuch einer Begründung einer regelmäßigen und geordneten Zusammenarbeit zwischen allen nicht römischen Kirchen in Europa, und zwar in Ost- und Westeuropa. Warum unterschlägt eigentlich Asmussen seinen Lesern, daß die Notwendigkeit einer solchen gesamteuropäischen Kirchenkonferenz, die ursprünglich in Deutschland in der Tat von Präses Wilm, von dem verstorbenen Präses Held und von dem Schreiber dieser Zeilen gemeinsam mit Theologen wie Iwand und anderen, aber auch gemeinsam mit namhaften Vertretern anderer westeuropäischer Kirchen betont wurde, inzwischen auch von einem Mann wie Bischof Lilje bejaht wird und daß es seit der Warschauer

Tagung vom Juni 1958 deutlich war, daß auch die europäischen Mitglieder des ökumenischen Zentralkomitees ihre Zustimmung zu einer für Januar 1959 geplanten europäischen Konferenz geben würden? (Bischof Lilje hat übrigens inzwischen im „Sonntagsblatt" vom 24. 8. 1958 die Ost-West-Begegnungen und die europäische Konferenz, die er selber mit vorbereitet, noch einmal ausdrücklich öffentlich bejaht. Man versteht allerdings nicht ganz, warum D. Lilje sich dabei von den Pionieren dieser Arbeit, in die er nun eingestiegen ist, in einer ausgesprochen unfreundlichen Weise distanziert, ja sogar eine Behauptung aufstellt, die einfach unrichtig ist.) Daß inzwischen die lange geplante Begegnung zwischen Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen, unter ihnen der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Dr. Fry, und des Moskauer Patriarchats in Utrecht stattgefunden hat und positiv verlaufen ist, zeigt erneut, wie grotesk der Versuch D. Asmussens ist, Männer wie Präses Wilm wegen ihrer Begegnung mit der Orthodoxie grundsätzlich anzugreifen.

Der Unterschied zwischen Moskau und Rom

Denn es geht Asmussen in der Tat um etwas Grundsätzliches. Seine eigentliche Frage lautet (und so steht es auch am Schluß seines Aufsatzes): Warum Moskau und nicht Rom? Er hat in einem früheren Stadium einmal angeregt, die evangelischen Kirchenführer, die einen Kontakt mit der Orthodoxen Kirche bejahen, möchten sich doch vorher mit den römischen Kardinälen ins Benehmen setzen. Warum Moskau und nicht Rom? Diese Frage gilt der ganzen Ökumene, nicht nur D. Wilm und der westfälischen Kirchenleitung. Die Antwort ist im Grunde ganz einfach, und Hans Asmussen kennt sie selber ganz genau, und sein Wortspiel mit dem Begriff katholisch kann das nicht kaschieren: Weil die Russisch-Orthodoxe Kirche sich zwar als „katholische" Kirche weiß, aber im Gegensatz zur Römischen Kirche niemals von den Christen die Unterordnung aller Kirchen unter die Jurisdiktionsgewalt eines Papstes gefordert hat. Hans Asmussen weiß, denn hier liegen seine eigenen Vorbehalte, daß an dieser Stelle immer wieder die Möglichkeit eines ökumenischen Gespräches mit Rom scheitert. Also darum nicht Rom: Weil Rom Unterwerfung unter einen Pontifex Maximus fordert. Der Orthodoxen Kirche geht es um die ökumenischen Bekenntnisse und um ihre alleinige Geltung, aber im Rahmen dieser Bekenntnisse gibt es die Möglichkeit einer Vielzahl von Kirchen mit eigener Ordnung und eigenem Haupt. Der Römischen Kirche geht es auch um die ökumenischen Bekenntnisse, aber sie verbindet deren Anerkennung mit der Anerkennung der Oberhoheit Roms, und zwar als der geistlich entscheidenden Instanz. Ökumene heißt für Rom: Zuordnung zum Papst. Ökumene heißt für die Orthodoxie, den Anglikanismus und den Protestantismus: Begegnung unter der Verheißung der in Christus gestifteten Einheit seiner Kirche.

Das Verhalten der Anglikaner zu Rom und Moskau

Wir haben den Anglikanismus erwähnt. Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten bei Asmussen, daß er seinen Lesern die Tatsache unterschlägt, daß für den Anglikanismus die Beziehungen zum Moskauer Patriarchat wie zur ganzen Orthodoxie zwar zeitweilig unterbrochen, aber nie grundsätzlich als aufgegeben oder unmöglich angesehen wurden. Warum verschweigt Asmussen diese jahrhundertealten Beziehungen? Weiß er wirklich nichts von dem berühmten Briefwechsel zwischen Khomyakow und Palmer im 19. Jahrhundert? Weiß er nichts davon, daß es beim Erzbischof von Canterbury ein „Komitee für die Kirchen des Ostens" gibt? Allerdings liegt ein prinzipieller Unterschied auch bei den Anglikanern zwischen ihren Beziehungen zu Rom und zur Orthodoxie. Papst Leo XIII. hat

1896 den anglikanischen Weihen die Gültigkeit abgesprochen. Aber der ökumenische Patriarch hat im August 1922 dem Erzbischof von Canterbury mitgeteilt, daß die orthodoxen Theologen die Gültigkeit der anglikanischen Weihen anerkennen und daß im Falle einer kirchlichen Union die Wiederholung der Ordination der anglikanischen Geistlichen nicht nötig sein würde. Ich zitiere aus diesem Brief noch folgenden Punkt: Der Patriarch schreibt, „daß als Ausdruck dieser allgemeinen Einstellung der Orthodoxen Kirchen die Hochheiligen Patriarchen verschiedener Zeiten und auch andere Hierarchen des Ostens, wenn sie an die Erzbischöfe der anglikanischen Kirche schrieben, diese als „ehrwürdiger Bruder in Christo" anzureden pflegten, wodurch sie ihnen die brüderliche Begrüßung gewährten". In diesem Zusammenhang gewinnt es erhebliche Bedeutung für das grundsätzliche Verhältnis der Kirchen zueinander, daß der Moskauer Patriarch diese Anrede als „Brüder" bei dem letzten Besuch auch den Vertretern der Evangelischen Kirche gegenüber gebraucht hat. Daß die Vertreter der Ostkirche durch ihre Begegnung mit Männern wie Wilm, Vogel, Schlink, Iwand, Wischmann von der religiösen und theologischen Bedeutung der Evangelischen Kirche stark beeindruckt sind und daß dadurch die Evangelische Kirche in ganz anderer Weise als bisher in das Blickfeld auch der Orthodoxen Kirchen gerückt ist, wird Asmussen nicht sehen wollen. Wenn wir ihm folgen würden, müßten wir das ökumenische Gespräch mit der Orthodoxie allein Rom und den Anglikanern überlassen. Will die evangelische Christenheit in Deutschland sich wirklich von Asmussen zur Bedeutungslosigkeit degradieren lassen?

Einig mit vielen katholischen Christen

Die Erwähnung der Haltung der Anglikaner ist deshalb wichtig, weil eben erst dadurch das ganze Gespräch mit der Orthodoxie in seinen großen ökumenischen Zusammenhängen sichtbar wird. Warum fordert Asmussen die Anglikaner nicht auch auf, zuerst den Weg nach Rom zu suchen, ehe sie mit Moskau verhandeln? Um das noch einmal deutlich zu sagen: unsere Absage an den römischen Kirchenbegriff bedeutet nicht, daß sich viele von uns Protestanten nicht mit vielen Gliedern der Römisch-katholischen Kirche verbunden wissen. Aber auch diese Verbundenheit wird durch Asmussens Polemik in ein falsches Licht gerückt. Denn wir wissen, wie viele treue Glieder der Römisch-katholischen Kirche unter der Haltung der Hierarchie leiden, die mit Asmussen zusammen unter deutlichem antiprotestantischem Vorzeichen die Behandlung der Ost-West-Fragen der Außenpolitik Adenauers unterordnet und von da aus die Begegnungen mit den Christen des Ostens verdächtigt und ihre Träger diffamiert.

Von hier aus nun zu Einzelbehauptungen, die Asmussen aufstellt.

Behauptungen ohne Sachkenntnis

1. Asmussen schreibt, daß der Besuch der lutherischen Erzbischöfe von Estland und Lettland, des Propstes von Moskau und des Professors Varga aus Ungarn, der Anfang August stattfand, die Erwiderung auf den Osterbesuch deutscher Kirchenmänner und Theologen in Moskau gewesen sei. Das stimmt nicht. Der Gegenbesuch der Orthodoxen Kirche steht noch aus. Im August handelte es sich primär um eine Begegnung zwischen Christen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa und Christen aus dem Osten, die auf Einladung von Präses Wilm im Freundschaftsheim in Bückeburg bei Pastor Mensching vom 1.—6. August stattgefunden hat. Im Anschluß daran sind die Christen aus dem Osten in Bielefeld gewesen, zwei von ihnen sind nach Düsseldorf weitergefahren, und darüber hinaus hat Erzbischof Kiivit aus Estland das

Kirchliche Außenamt in Frankfurt am Main und Vertreter des Hilfswerks in Stuttgart besucht.

Werden heiße Eisen vermieden?

2. Asmussen spricht davon, man könne mit Christen aus dem Osten nicht zusammenkommen, ohne von den Kirchenverfolgungen sprechen zu müssen, und wirft denjenigen, die diese Besuche empfangen haben, ein Verschweigen dieser Fragen vor. Das ist eine Unwahrheit. Es ist über diese Dinge gesprochen worden. Wer leugnet denn, daß die Russische Kirche durch schwere Verfolgungen gegangen ist? Aber die orthodoxen Christen sprechen in diesem Zusammenhang von etwas, was doch auch Asmussen sehr hören sollte. Sie sprechen davon, daß es ja sein könnte, daß Gott seine Kirche selbst durch die weltliche Gewalt in das Gericht nimmt und daß Er seine Kirche gerade durch dieses Gericht wieder lebendig macht. Ob die Russische Kirche unter dem Zarismus nicht weithin eine Kirche war, die dem Gericht verfallen mußte? Wer wagt es, diese Frage zu entscheiden? Aber muß sie denn nicht gestellt werden? Die russischen Christen stellen sie mit Ernst. Sie nehmen die Buße an, die nach Luthers 1. These die tägliche Aufgabe aller Christen ist. Andererseits ist es Tatsache, daß erst nach der russischen Revolution in der Kirche das jahrhundertelang von den Zaren unterdrückte Patriarchat wieder hergestellt wurde. Tatsache ist, daß diese Russische Kirche, von der wir jahrzehntelang nur hörten, sie sei gekreuzigt, erschlagen und tot, heute in einer Lebendigkeit existiert, die man nur als ein Wunder Gottes bezeichnen kann. Dieses Wunder Gottes einer wieder lebendig gewordenen Kirche zu preisen, würde Hans Asmussen besser anstehen, als die allzudeutlich von politischen Ressentiments getragene Frage nach dem Verbleib der legendären „Untergrundkirche". Asmussen kann ganz ruhig sein: Wir haben diese Frage gestellt, und ich glaube den Christen in Rußland, wenn sie uns sagen, „sie ist nicht da, denn wir Christen dürfen ja in aller Öffentlichkeit unseren Glauben bekennen". Ein einziger Besuch in Sagorsk würde Asmussen in die Gemeinschaft derer stellen, die dort beten und Gott loben, und würde ihn anderen Sinnes machen!

Christliche Erziehung unmöglich?

3. Asmussen stellt die Frage nach der Freiheit der religiösen Erziehung. Es gibt in der Tat keinen Religionsunterricht in den staatlichen Schulen. Es gibt keinen öffentlichen Religionsunterricht für die, die unter 18 Jahre alt sind. Es gibt keine kirchlichen Jugendgruppen. Alles was die Kirche tut, tut sie in Veranstaltungen für die Gesamtgemeinde. Aber es gibt Kinder, die mit ihren Eltern in die Kirche kommen. Es gibt Eltern, die die religiöse Erziehung ihrer Kinder mit größerem Ernst betreiben, als viele Eltern im Westen es tun. Es gibt das Wiederaufleben einer selbstverständlichen christlichen Sitte. Es gibt Soldaten in Uniform in der Kirche, und wer mit 18 Jahren von der Lutherischen Kirche in Estland konfirmiert werden will, muß eine Prüfung durchmachen, und die Zahl der Konfirmanden ist dort gleich groß wie früher. Ob solche Konfirmation nicht u. U. mehr bedeutet als das, was bei uns weithin daraus geworden ist?

. . . und die DDR?

4. Asmussen meint, die Begegnungen mit den orthodoxen Christen seien deshalb nicht möglich, weil die kirchlichen Verhältnisse in der DDR so schwierig sind. Das ist seine Meinung. Aber ist es nicht einfach perfide von ihm, zu schreiben, man habe „in Bielefeld den Kampf in der Zone abgeschrieben"! Das ausgerechnet von einem Mann wie Präses Wilm zu sagen, der für das Beieinanderbleiben der Deutschen aus beiden Teilstaaten und für die Einheit der evangelischen Christenheit

in Deutschland mehr getan hat als alle CDU-Freunde Hans Asmussens zusammen, ist eine durch nichts zu rechtfertigende Niederträchtigkeit. Wenn die Christen und die Regierenden in der DDR in ein besseres Verhältnis zueinander kommen sollen, und wir meinen, daß das möglich und erwünscht ist, dann kann das nur geschehen vom Ernstnehmen des Evangeliums und des Dienstes der Gemeinde her. Und dann kann die Gemeinschaft mit den Christen im Osten unseren Brüdern in der DDR nicht schaden, sondern nur helfen. Oder meint Hans Asmussen, daß seine Propaganda gegen die Christen des Ostens die Lage der Christen in der DDR erleichtert? In welch grotesker Weise verkennt er die Dinge.

Die Statistik und das Gebet

5. Die Anzahl der Kirchengebäude in Rußland. Asmussen hat recht: Man erfährt keine genauen Zahlen, wenn man nach Rußland fährt. Die Kirchen registrieren auch ihre Kommunikanten nicht. Nach der Verfassung der UdSSR werden Kirchengebäude oder sonstige Räume für den Gottesdienst dann freigegeben, wenn eine bestimmte Anzahl von Gläubigen es verlangt. Vielleicht sagen Skeptiker im Westen: Wird das auch verwirklicht? Wir haben in Rußland Kirchen gesehen, die neu instandgesetzt wurden. Warum soll ich meinen russischen Mitchristen nicht glauben, wenn sie mir sagen, die Räume, die wir haben, reichen aus? Aber wichtiger noch ist dies: Ich habe früher immer wieder von Hans Asmussen selber gehört, daß man über eine Kirche urteilen solle nicht nach ihren Statistiken, sondern nach den Betern, die sie hat. Ob Hans Asmussens Heimatkirche Schleswig-Holstein nach der Zahl der Kirchenbesucher und im Bezug auf das Gebet den Vergleich mit den Kirchen in Rußland wohl aushalten würde? Ich kann hinsichtlich des Status der Kirchen in Rußland jedem kritisch und bedenklich stehenden Menschen raten, das zu lesen, was ein Mann wie Prof. Edmund Schlick, der nicht im kirchenpolitischen Lager von Präses Wilm steht, über die russische Kirche schreibt. (In „Kerygma und Dogma" und in der „Ökumenischen Rundschau".)

. . . aber Ungarn?

6. Schließlich kommt Asmussen noch auf Ungarn. Er kritisiert, daß der reformierte Professor Varga davon gesprochen habe, daß die Kirche in Ungarn die Zeit vor der Revolution nicht immer recht genutzt habe. Das nehme ich Varga ab. Wer von uns kann heute schon durchschauen durch das, was sich kirchlich in Ungarn in den letzten 15 Jahren und insbesondere in den letzten 2 Jahren abgespielt hat? Ich bin Bischof Ordass auf der Tagung in Liselund begegnet, wo er für die von Asmussen abgelehnte Einigung der Kirchen eintrat und wo er ein positives gutes Wort über den ebenfalls von Asmussen abgelehnten Professor Hromadka sagte. Ich war beeindruckt von der Persönlichkeit dieses Bischofs. Ob aber die Heroisierungen von Bischof Ordass durch die politische Presse des Westens ein wirklicher Dienst an ihm und an der Kirche waren? Ob es gut war, daß Ordass in den Oktobertagen ausgerechnet zu Kardinal Mindszenty Kontakt aufnahm? Die Ökumene ist jetzt im August in Nyborg sehr viel zurückhaltender in ihrem Urteil über die kirchlichen Dinge in Ungarn gewesen. Dokumente werden noch von verschiedenen Seiten veröffentlicht. Wer von uns hätte nicht ernste Nöte und Fragen im Gedanken an Ungarn. Aber sollten wir nicht zurückhaltend sein in unserem Urteil über die kirchlichen Vorgänge, bis wir klarer sehen, und bis dahin in der Fürbitte bleiben für die Christen in Ungarn, für Ordass und Pap, aber auch für Berezki und Vetö? Wenn wir das täten, würden wir nicht so schnell der Gefahr erliegen, die Dinge der Kirche von unseren politischen Voreingenommenheiten her zu sehen.

Kalte-Kriegs-Ideologie statt Erkenntnis der Wirklichkeit

Aber das ist nun eben bei Hans Asmussen in seinem ganzen Artikel geschehen. Er möchte zu kirchlicher Verantwortung aufrufen und ist doch einfach ein Opfer einer politischen Besessenheit. Das hat es auch früher bei ihm schon gegeben. Ich erinnere mich einer Zeit im Kirchenkampf des Dritten Reiches, in der Asmussen die Spekulation sehr einleuchtend schien, daß Hitler den Herzog von Cumberland zum deutschen Kaiser machen wolle. Monatelang stand damals alles, was Asmussen kirchenpolitisch dachte, unter dem Aspekt: Cumberland. Diese seine Versuchung hat sich offenbar jetzt ins Unendliche gesteigert, und nun steht neben dem Bemühen Asmussens um eine Begegnung zwischen römisch-katholischen und evangelischen Christen dieses Unheimliche, daß er aus der politischen Leidenschaft heraus urteilt und für die Wirklichkeit der Kirche in Ost und West, für die Wirklichkeit des Bekenntnisses zu Christus in Ost und West blind und taub wird. Nochmals sagen wir: Welch eine Tragik liegt darin. Aber man muß auch sagen: Wieviel Verführung und Verhetzung geschieht durch diese Brunnenvergiftung. Wem hilft das und wem dient das eigentlich?

Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer

Zur Atomwaffendiskussion in der Evangelischen Kirche

Offizielle Stellungnahmen

Die Auseinandersetzungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Frage der atomaren Bewaffnung deutscher Armeen müssen auf manche Zeitgenossen einen verwirrenden Eindruck machen. Führende Gremien dieser Kirche haben zu verschiedenen Gelegenheiten eindeutige Warnungen gegen die Atomwaffen ausgesprochen. Vor dem daraus abgeleiteten konkreten Ratschlag aber, nun keine deutsche Armee mit Atomwaffen auszurüsten, scheuen große Gruppen zurück. Das Hauptargument dieser resignierten Befürworter einer Atombewaffnung — denn so wird man sie am besten charakterisieren müssen — lautet: es handelt sich bei dieser konkreten Frage um eine Frage des politischen Ermessens. Für diese aber ist die Kirche nicht zuständig. Ihnen stehen die „Kirchlichen Bruderschaften" gegenüber, die in einer Eingabe an die letzte gesamtdeutsche Synode bekanntlich ohne jeden Vorbehalt die Atomausrüstung deutscher Armeen verworfen haben. Sind sie damit zu schwärmerischen Pazifisten geworden, die vor den realen Machtkämpfen der Gegenwart die Augen verschlossen halten?

Es wird angebracht sein, zunächst einige Punkte in Erinnerung zu bringen, in denen bei den meisten von uns noch Übereinstimmung herrscht. Hierher gehört zum Beispiel der Appell, den der Weltkirchenrat im August 1957 veröffentlicht hat. Der dort ausgesprochenen grundsätzlichen Verwerfung der ABC-Waffen folgten einige konkrete Ratschläge: 1. Einstellung der Kernwaffenversuche durch internationale Vereinbarungen, 2. Produktionsstop für Kernwaffen unter internationaler Kontrolle, 3. stufenweise Abrüstung der Streitkräfte in Atom- und

Hans Henny Jahnn

Haben wir das neue Weltbild im Geiste bewältigt?

Die Wissenschaft und das Böse

„Es gilt jetzt, die Magneto-Hydrodynamik zu begreifen", sagte vor wenigen Tagen in Genf Edward Teller, der Vater der amerikanischen Wasserstoffbombe. Dabei werde es Überraschungen geben. Man sei nicht klug genug, um diese Überraschungen schon heute vorauszusehen. Wir sind in der Tat sehr wenig klug. Wir haben zwar mancherlei herausgefunden, zum Beispiel, daß in einem Leiter, der durch ein magnetisches Kraftfeld geführt wird, elektrischer Strom entsteht, den man nutzbar machen kann, der Licht zu spenden, Maschinen zu treiben und sonstige Kunststücke bis zum Umbau der Atomkerne zu bewirken vermag. Aber was dies magnetische Kraftfeld in Wahrheit bedeutet, was die uns so bekannte, überall terrorisierte Elektrizität ihrem Wesen nach vorstellt — das ist uns ganz und gar unbekannt. Unbekannt wie die Gravitation.

Die Frage entsteht, wer nun das kollektivistische „Wir" ist, das mancherlei herausgefunden hat. Die größere Allgemeinheit ist es nicht. Denn fast alles, was man heute weiß, stand, als wir noch auf die Schule gingen, in keinem Buch. Diese Tatsache ist erschreckend; sie ist fast wie die Verkündigung der Apokalypse. Wir können mit großer Bestimmtheit sagen, daß unsere Staatsleute und Militärs fast nichts von dem Herausgefundenen verstehen. Wir dürfen aber auch ohne Scheu aussprechen, daß unsere Philosophen und Priester kaum etwas vom Herausgefundenen verstehen, ja, daß unsere Mathematiker nur wenig von der Mathematik verstehen: denn alle sind sie Spezialisten. Wenn das jetzt gültige Weltbild den Überblick, die Schau auch vereinfacht, weil man einige wenige grundlegende Prinzipien entdeckt hat, und der Plan einer gemeinsamen Ordnung deutlicher sichtbar wurde, so zerlöst sich doch das eigentliche Wissen in einzelne kleine Teile. Das allgemeine Wissen kann nicht sonderlich verbreitert werden. Das Herausgefundene haben die Naturwissenschaftler und die mathematischen Philosophen herausgefunden.

„Neunzig Prozent aller Naturwissenschaftler leben noch", sagte jüngst ein Gelehrter (Purcell) des Princeton-Instituts. Diese Zahl der Lebenden einer bestimmten Gruppe ist also neunmal so groß, wie die der Toten zusammengenommen. Man könnte von dieser Gruppe nicht sagen, was ein hinduistisches Wort von den Menschen und Tieren schlechthin sagt: „Die Lebenden sind Wenige, der Toten sind Viele." Auch das sollte uns nicht nur mit Verwunderung, sondern mit Grauen erfüllen. Robert Oppenheimer antwortete auf die genannte Tatsache: „So geht es nicht weiter. Der Grund dafür ist sehr einfach: Die Zahl der jetzt in der Wissenschaft beschäftigten Menschen ist ein meßbarer Bruchteil der Bevölkerung, und es sind nicht genug Menschen übrig, damit es noch ein Jahrhundert so weitergehen könnte — dann wäre jedermann beschäftigt, keiner wäre übrig, und es müßte aufhören."

„Dann wäre jedermann beschäftigt —", heißt das nicht, daß auch das gesamte Böse, das durch den Menschen produziert wird, mitbeschäftigt wäre? Müssen wir nicht annehmen, daß schon jetzt durch den „meßbaren Bruchteil der Bevölkerung" das Böse mitbeschäftigt ist? Wir können beweisen, daß es so ist. Es sind Wissenschaftler, die z. B. der Allgemeinheit geraten haben, ihre Städte unterirdisch anzulegen oder in riesigen künstlichen Luftblasen auf dem Grunde des Meeres zu leben, damit ein kleiner Bruchteil der jetzt Lebenden dem Atomtod entgehe. Sie haben nicht verlangt, die Staatsleute sollten sich bessern, die Militärs sollten das

Prinzip der Gewaltanwendung abbauen, die Religionsgemeinschaften möchten echte Gewissensprüfung lehren. Gewiß, andere Wissenschaftler sind als Warner aufgetreten. Anfangs waren es einzelne, später waren es Tausende, und heute sind es vielleicht hunderttausend oder zweihunderttausend, die sich jener Entwicklung, die die Staatsleute und Militärs vorwärtstreiben, widersetzen.

Lassen Sie mich vom Bösen, vom Verbrecherischen und vom Gewissen noch ein paar Worte sagen, indem ich an den Monat August des Jahres 1945 erinnere. Zum Abwurf der ersten Atom-Bombe auf Hiroshima sprach ein Priester Gebete an den Höchsten, Er möge das Unternehmen gelingen lassen, — — während Nils Bohr den Präsidenten der USA bedrängte, der Versuchung, den Befehl zum Abwurf zu geben, nicht zu erliegen. Der sogenannte Franck-Report, der zur gleichen Zeit verfaßt wurde, von sieben Physikern unterzeichnet, an den Kriegsminister gerichtet, enthält einen bemerkenswerten Absatz: „Es ist keinesfalls sicher, ob die amerikanische Öffentlichkeit, würde man ihr die Wirkung von Atombomben erklären, damit einverstanden wäre, daß unser Land als erstes eine solch verwerfliche Methode der restlosen Zerstörung jeder Zivilisation einführt." Doch der General Lauris T. Norstad war der Ansicht, daß eine unblutige Blockadeaktion gegen Japan seiner Flieger „nicht würdig" sei. — Es ist für alle Menschen guten Willens angebracht, sich jenen Namen einzuprägen, um rechtzeitig zu erkennen, welche Richtung die Entscheidungen haben werden, wenn die Zeit der Entscheidungen da sein wird. Es brachen also die Piloten M. Miller und A. Spitzer vom Flugzeug „The great artist" aus ein Stück von der Sonne ab — wie sich ein japanischer Shinto-Priester ausdrückte.

Das ist der „Frieden" von heute

Die Bomben des Jahres 1945 entsprechen in ihrer Spreng- und Strahlenwirkung den Atomgranaten, die man uns heute als „konventionelle" Waffen vorstellen möchte. Ihre Explosionswirkung entspricht der von 15 000—20 000 t Trinitrotoluol. Ungeheuer groß, verglichen mit echten konventionellen, durch chemische Prozesse hervorgerufenen Detonationen. Und doch sehr bescheiden, verglichen mit der Kraft neuerer Wasserstoffbomben, die ein Äquivalent von 25—40 Millionen t Trotyl und darüber besitzen.

Jene kleinen Uran- und Plutonium-Bomben waren, wenn man der Definition Oppenheimers folgen will, „sauber". Er gesteht, daß er von der Sache selber, die heute die Techniker beschäftigt, nicht viel wisse, daß es sich aber offenbar darum handle, spaltbares Material aus den Bomben zu eleminieren. Und der erste Schritt gehe dahin, den Mantel großer Bomben zu beseitigen, damit die wirksamen fusionierenden Stoffe keine Nachbarschaft aus beeinflußbarem oder verwandelbarem Material haben. Man wird mit dieser Voraussetzung verstehen können, warum Oppenheimer die zwei über Japan abgeworfenen Bomben im Gegensatz zur ersten Versuchsbombe „sauber" nennt. Sie wurden nämlich hoch in der Luft gezündet, während die Versuchsbombe tief explodierte, so daß der Feuerball die Erde berührte und ein für jene Zeit großes Maß radioaktiver Verseuchung verbreitete. Atom-Granaten werden aber immer einen Mantel haben müssen, also niemals „sauber" sein können. Saubere Bomben, die im Meer zur Zündung gebracht werden, sind damit zu schmutzigen geworden. Dasselbe gilt für alle Feuerbälle, die die Erdoberfläche erfassen. Wird z. B. ein Zinkdach berührt, so wird außerordentlicher „Schmutz" entstehen, denn die Strahlenwirkung des Zinks ist sehr hart, ähnlich der des Kobalts — freilich mit einer geringeren Halbzeit. Man braucht sich nicht auszumalen, was alles im Falle eines Krieges die Bomben sich

an Selbständigkeit erlauben werden, um zu Ausgeburten des Morasts zu werden. Aber warum auch sollte ein Gegner, der den anderen vernichten will, so sehr auf Sauberkeit halten? — Die Dreistufen-Bomben oder Maulwurfs-Bomben, die weite Landstrecken verwüsten können, sind jedenfalls Instrumente der totalen Ausrottung. Und niemand überzeugt mich davon, daß nicht genug Kobaltbomben in Ost und West bereitliegen, um im Falle des Unterliegens der einen Seite von dieser angewendet zu werden, damit die Sieger bis auf den letzten Atmenden mit in die Finsternis wandern.

Man liest von Zeit zu Zeit in den Zeitungen Erklärungen etwa der Art: die militärische Überlegenheit der USA über die UdSSR sei gar nicht zu bezweifeln. So heute. Morgen hingegen: Die „raketenbegabten" Russen seien mit ihren Langstreckenwaffen dem Westen weit voraus, und in den nächsten Jahren werde diese Überlegenheit noch gewaltig anwachsen. Inzwischen hat man wiederum atomgetriebene Unterseeboote, die unter dem Nordpol operieren können und vom Eismeer aus den bis dahin sicheren Teil Asiens bedrohen. Hinwiederum fürchtet man nichts so sehr wie die zahlreichen russischen Unterseeboote, die, ein paar tausend Kilometer vor der Küste Amerikas auftauchend, diesen Kontinent mit Ferngeschossen bedrohen können. — So geht es hin und her. Jeden Tag eine neue Nachricht, eine neue Befürchtung, eine neue Beruhigung. Neuerdings wird sogar der Mond bemüht, um als Echoball heute für westliche, morgen für östliche Radarwunder ausgenutzt zu werden. Wahrheit, Lüge und Phantasterei jagen einander, heben sich auf und stiften Verwirrung. Die Propagandamaschinen des Kalten Krieges laufen sich warm. Nur eine Tatsache bleibt bestehen, härter als der härteste Diamant: Jeder der präsumtiven Gegner ist so außerordentlich gerüstet, daß er alles Leben von der Erdoberfläche wegwischen kann. Es entsteht die unstaatsmännische Frage: Weshalb will man so sehr gerüstet sein, daß man das Experiment der totalen Vernichtung zehnmal durchführen könnte? Einmal genügt.

Das Prinzip der Gewaltanwendung zwischen ähnlich gerüsteten Machtgruppen hat sich selber ad absurdum geführt. Nur zu einem Überfall sind die Tausende von Düsenbombern und Raketen verwendbar. In einem Kriege, der erklärt werden soll oder sich stufenweise entwickelt, ist die moderne Apparatur eine Übertreibung. Wie sieht nun die Wirklichkeit dieser Übertreibung aus? In den Tageszeitungen unserer Hälfte sind wiederholt Weltkarten abgebildet, auf denen dicke schwarze Pfeile eingezeichnet sind, die von der Bundesrepublik, der Türkei und Pakistan ausgehen (zuweilen auch von Okinawa und Formosa) und nach Rußland hineinstoßen; es ist das der Weg der Mittelstreckenraketen, die 2000—3000 km weit reichen. Die graphische Darstellung soll bedeuten: bis dahin können wir Rußland resp. China total zerstören. Diesen Zeichnungen widmete der Oberbefehlshaber der russischen Luftstreitkräfte Werschinin ein Interview. Er versuchte erst einmal die Aufregung über die interkontinentale Rakete abzuschwächen, unterstrich dann aber die Wichtigkeit des russischen Vorrats an Mittelstreckenraketen mit A- und H-Gefechtsköpfen, die mehr als ausreichten, um alle von den USA gegen Rußland vorgeschobenen oder im Dienst der USA stehenden Stützpunkte im Ernstfall völlig zu vernichten, was die Ausrottung der Bevölkerung und die Zertrümmerung der Industrie der Stützpunktländer einschlösse. Von seiten der USA wird hierzu bekanntgegeben, daß ein hoher Prozentsatz der strategischen Luftwaffe sich Tag und Nacht, mit Atomsprengköpfen versehen, in der Luft befinde, um im Falle einer Vernichtung der genannten Stützpunkte dennoch, also ohne das Vorhandensein der Ausgangsbasen, einen Vergeltungsschlag durchführen zu können. Man vermutet auch noch, daß Rußland den Krieg der sogenannten toten Hand führen könnte.

Das also ist die Beschaffenheit des Friedens, in dem wir augenblicklich noch leben.

Alchemie und Phantasmagorie in unserer Zeit

Es ist unbezweifelbar, daß politische Revolutionen und politische Revolutionäre Ideale haben, die sie verpflichten. Manager aber, so oder so, die nur einen geschäftlichen Machtvorteil anstreben, besitzen weder ethische noch politische Bindungen im engeren Sinne. Es ist denkbar, daß sie, ohne Ideale, mit dem nacktesten Nichts an humanem Geist noch eine Revolution entfachen, in der keiner keinem verpflichtet ist, die den Urzustand des Fressens und Gefressenwerdens in ein höchst technisiertes Zeitalter transponiert. Schließlich, die technische Umwälzung ist da; sie hat den ganzen Erdball ergriffen, und sie ist bisher führerlos, nicht geordnet, verschachtelt nur mit einem bürokratischen System, in dem der einzelne Mensch nichts gilt und der Begriff der Masse schon eine hochmütige Vokabel ist. Auch in den sogenannten unterentwickelten Ländern, in den Kolonien, in den Hungerdistrikten der Erde, in Afrika, Asien, Südamerika bewundert man die europäisch-amerikanische Zivilisation, diese mehr und mehr von Managern getragene — und haßt sie zugleich. Man begrüßt sie indessen wie ein Geschenk der Vorsehung, wenn sie sich im eigenen Lande soweit verdichtet, daß sie das Mittel der Befreiung von der Vorherrschaft des Abendlandes wird. Jedem chinesischen Bauern, der lesen gelernt hat, ist begreifbar gemacht worden, daß Industrialisierung und Beherrschung der Technik Macht bringt, daß die Maschinen und ihre Vervollkommnung Asien schützen.

Atomtheorie, Quantentheorie, Relativitätstheorie, Erkenntnisse derart, daß es vor der Sphäre des Nichts, der Nichtausdehnung, der Nichtzeit, nicht nur eine kleinste Ausdehnung, sondern auch ein kleinstes Zeitmaß geben müsse; die Astrophysik, die künstliche Erzeugung von Bakteriophagen, die einen Schluß auf die Entstehung des „Lebendigen" zulassen, und die weitverzweigten Annexe all dieses Wissens und Philosophierens haben das neue Zeitalter geschaffen. Viele Tausende hochbegabter und besessen schaffender Menschen haben diesen neuen Teppich gewirkt. Er ist der Besitz zahlloser hochspezialisierter Gemeinschaften, die einige Anstrengungen machen, um seine Schönheit weithin zu zeigen. „Aber das Wissen von heute ist keine Bereicherung der allgemeinen Kultur; es ist nicht ein Teil des allgemeinen menschlichen Verständnisses." (Oppenheimer). Und weil es das nicht ist, es nicht sein kann, ist die Allgemeinheit dem „Bösen", das die Technik, die sich auf dem Spezial-Wissen gründet, gebracht hat, wie dem Schicksal selber ausgeliefert.

Aber auch den Phantasten, den Irren, die vom neuen Wissen etwas erfahren haben, denen die Tore der Torheit weiter offen stehen als sonst, ist der Unwissende preisgegeben. Von den Verbrechern sprach ich schon. Nun zu den Phantasten. Es kann sich selbstverständlich nur um eine kleine Auswahl aus den Berichten handeln. Da ist z. B. des Optimismusses in Dingen des Krieges kein Ende. Auf einer Konferenz der Elektroingenieure beschrieb der Amerikaner Curtiss R. Schafer von der Norden-Katay-Corporation Versuchsreihen mit Ratten, denen man mittels elektrischer Impulse die Psyche veränderte und in ihnen Haß, Furcht, Hunger und ähnliche Empfindungen erzeugte. „Für die Wissenschaft sind diese Versuche sehr aufschlußreich", sagte Schafer, „aber sie eröffnen auch die Perspektive in eine vielleicht nicht zu ferne Zeit, wo die Bio-Kontrolle des Menschen möglich wird. Die Sieger in einem zukünftigen Kriege werden möglicherweise Millionen zu Sklaven machen, indem sie Säuglingen einen Radioempfänger ins Gehirn einpflanzen, der den Impulsen eines Senders gegenüber empfänglich

ist. Ein solches Geschöpf", so fuhr Schafer fort, „würde die billigste Maschine sein, die man schaffen und verwenden könnte. Selbst ein primitiver Roboter würde wahrscheinlich das Zehnfache kosten wie das Großmachen eines soldien Kindes bis zum 16. Lebensjahr."

Verwandt mit dieser Spekulation, immerhin mit anderem Vorzeichen, ist eine Äußerung Dr. L a p p s, Mitglied der Atomenergiekommission der USA. Er erklärte: „Wenn nach einem zukünftigen Atomkrieg zu viele der empfindlicheren Männer zeugungsunfähig seien, müßte man eben vorher an einem sicheren Ort Samen in Ampullen aufbewahren, um so das Weiterbestehen der Menschheit durch künstliche Befruchtung überlebender Frauen zu sichern." Er fügt dann selber hinzu, offenbar nicht ganz gewiß, wie sein Vorschlag aufgenommen werden möchte: „Dieses mag manchen recht sonderbar vorkommen."

Man kann ohne Mühe feststellen, daß die Phantasten des Untergangs und die des hemmungslosen technischen Fortschritts sich in ihrer geistigen Haltung recht ähnlich sind. So äußerte Heyvard E. C a n n e y jr. von der Bell Aircraft Corporation auf dem Kongreß der Raumforscher in Kopenhagen: „Wir müssen voraussehen, daß es einmal nötig sein wird, durch den Weltenraum mit einer Geschwindigkeit zu reisen, die 1000-, ja 10 000mal größer sein wird als die Geschwindigkeit des Lichtes." (300 000 000 bis 3 000 000 000 km-sec.) Die Begründung für diese alles umwälzende Annahme, einfach und unlogisch, irrational, metaphysisch, glaubensgleich: „Warum sollte es außerhalb unserer Wahrnehmungen keine Möglichkeiten geben, die wir heute einfach noch nicht verstehen können und die jenseits dessen liegen, was wir heute auf dem Hintergrund unserer Voraussetzungen als das absolut Endgültige feststellen und feststellen müssen?" Daß sich bei Betrachtungen dieser Art der Begriff der Freiheit, des freien Willens und der Gewissensentscheidung zwischen den Laboratorien verflüchtigt, wird wohl niemand bezweifeln.

. . . und das Vergessen

Wir haben einen Geschichtsabschnitt erlebt, der für viele Landschaften Europas das Gesicht des Dreißigjährigen Krieges oder des Hundertjährigen in Frankreich angenommen hat. Ich will dies erwähnen, weil die meisten Deutschen von heute wenig Neigung haben, so gewissenhaft daran zu denken, wie sie Anlaß hätten. Sinnlose Verwüstungen und Folterungen gehören nicht einzig der Vergangenheit an. Ich möchte nicht die Summe geben, niemand kann das. Aber eine Schilderung, die vor wenigen Tagen D. Dr. Heinrich G r ü b e r, Propst zu Berlin, veröffentlichen ließ, hat mich so sehr bewegt, daß ich das Wesentliche davon wiederholen möchte: „Ein kleiner russischer Gefangener — vielleicht 15 oder 16 Jahre alt — hatte sich aus einer Ledertasche Sohlen für seine Pantinen herausgeschnitten. Er wurde vom Reichsführer der SS zu 50 Schlägen und zum Tode verurteilt. Vor der Vollstreckung der Todesstrafe also, die durch Erhängen vor versammelter Mannschaft vollzogen wurde, sollte er noch 50 Schläge mit dem Gummiknüppel erhalten. Mit der Vollziehung dieser Strafe wurde ein gleichaltriger Freund beauftragt, weil er davon wußte, ohne jenen angezeigt zu haben. Unter Tränen brach er zusammen, da er seinem Freunde dieses in der Sterbestunde und angesichts des aufgerichteten Galgens nicht antun konnte. Ein SS-Mann faßte grob seine Hand mit dem Schlaginstrument und sagte: ‚Das macht man so' und schlug mit ihm zu. Als der Junge dann völlig zusammenbrach, schlug der SS-Mann allein weiter. Als dann der geschlagene Junge zum Galgen gebracht wurde und ein Murren durch die Lagerbelegschaft ging, lösten sich die Maschinengewehre, und alles schwieg."

Doch das Gewesene ist, jedenfalls statistisch, von der Zahl her betrachtet, ein Kleines, verglichen mit den Greueln der Zukunft. Und an all diesen Greueln soll, vorgeschrieben durch Gesetze, sich jedermann als Vollziehender beteiligen. Er soll das Unvorstellbare mit hervorrufen, um selber Opfer zu werden. Als ob es selbstverständlich wäre, daß der Mensch zum Mörder an seinesgleichen wird. Das kollektive Denken, d. h. das Nichtdenken, die Nichtvernunft, ist dabei, das Geheimnis der Sprache, ihre ethischen Setzungen, die Verständigung, das Fundament für einen möglichen Fortschritt in der Richtung des Humanen — also den wahrscheinlich größten Gemeinschaftsbesitz der Menschheit — zu verschleudern. Das kollektive Denken, die erzwungene ausgerichtete Stellungnahme zu den Problemen fordert und begründet die Militärdienstpflicht mit allen ihren vernichtenden Folgen.

Was nun sind diese Folgen, abgesehen von den Drangsalen, Leistungen und Qualen des einzelnen? Wie sieht das statistische Bild aus? Möglich oder sogar wahrscheinlich ist die völlige Ausrottung der Menschheit. Davon spricht der Russell-Appell: „Die Männer der Wissenschaft werden . . . nicht-wissenschaftlich gebildete Menschen überall in der Welt davon überzeugen können, daß ein Atomkrieg eine Erde hinterlassen wird, die weder der Kommunismus noch seine Widersacher sich wünschen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß ein solcher Krieg einen Planeten hinterläßt, auf dem alles Leben — abgesehen von einigen Moosen und Pilzen — erloschen sein wird." Es scheint sich nun zu erweisen, daß solche Kolossalgemälde des Untergangs ohne nennenswerten Eindruck auf die Menschheit bleiben. Man faßt Hitze, Atomstaub und Explosionsdruck nicht, übersieht die atomare Sintflut nicht, erkennt nicht die Kräfte, die das Ragnarök heraufbeschwören könnten. Man glaubt — trotz gegenteiliger Erfahrungen — an die „Gutartigkeit" des Menschen, an den menschlichen Witz oder an die Vorsehung, die auf nebelhafte Weise in den Totalvorgang hineingewoben scheint. Außerdem bemüht sich die Propaganda, das Schreckbild zu verkleinern. Die berufsmäßigen Strategen versuchen geradezu, den kleinen, harmlosen, den örtlich begrenzten Atombuschfeuerkrieg auf die Beine zu stellen, damit die Institution Krieg nicht aufhöre und die gewinnbringenden Apparate der Wehrhaftigkeit im Laufe der Jahrzehnte nicht überflüssig werden.

Die Beschreibung der Totalkatastrophe bleibt, ich wiederhole es, wirkungslos. Der Mann auf der Straße, darauf aufmerksam gemacht, hat zumeist eine verblüffende Antwort bereit: Dann ist es eben vorbei; man könne sowieso an der Entwicklung nichts ändern.

Kann man wirklich nicht? — Ein Ausspruch des Atomphysikers von Weizsäcker freilich muß sehr pessimistisch stimmen. Er sagt: „Die Meinung des rationalen (ideologischen) Pazifismus: Die Menschen müßten die Schrecken des Krieges nur vernünftig einsehen, dann würden sie mit Krieg und Kriegsrüstung aufhören, scheint fast sicher Unrecht zu haben. Es liegt nicht nur an ‚verblendeten Politikern'; in den irrationalen Tiefen des menschlichen Wesens schwelen Konfliktstoffe, deren Verdichtungen die Kriege sind. Kriege brechen aus, weil die Menschen sie in tieferem Grunde wollen, auch wenn sie sich einbilden, sie wollten sie nicht." — Bestände dieser Satz zu Recht, dann müßten wir alle Hoffnung fahren lassen; dann wäre das Wort „Frieden" Betrug, dann dürfte die menschliche Sprache diese Vokabel nicht enthalten. Und die „Freiheit" müßte zugleich mit in den Müllkübel.

Das Wort Krieg besteht. Es nimmt unablässig zu an Bedeutung und Größe. Wir haben in den letzten Jahren die Manöver der carte blanche des Non

noir und des lion bleu gehabt. Das Resultat hat Wykeham-Barnes schon nach dem ersten Schreckensspiel dahin zusammengefaßt: „kurz und entsetzlich, ohne Sieger, und nur mit wenig Überlebenden — —." Die Nato-Zeitschrift „Revue militaire générale" (Heft 2, 1957) aber kennt noch besondere Vernichtungsdelikatessen für Europa und Deutschland. Es wird der „Verteidigungsfall" geschildert: russische Truppen haben mit atomaren Waffen in wenigen Augenblicken chaotische Verhältnisse geschaffen. Das Problem der Nato-Strategie ist die „Aufrechterhaltung der Atomdisziplin", denn die betroffene Bevölkerung, soweit sie noch lebt, ist vermutlich zu allem bereit, nur nicht zur Weiterführung des Krieges. Das würde bedeuten, daß das verwüstete mitteleuropäische Gebiet für die Nato „ausfällt". Deshalb ist es geboten, das atomzerrüttete Mitteleuropa als „Aufstandszone" zu erklären. Daraus ergibt sich die „militärische" Notwendigkeit, den ehemaligen Nato-Partner mittels Atombomben „auszuschalten". Diese Betrachtungen, die zugleich die des Generals Norstad sein müssen, kannte die Bundesregierung und vermutbar auch eine Anzahl der Abgeordneten, als sie die atomare Bewaffnung im Bundestag erzwangen. Alles menschliche und christliche Denken wurde durch ein militärisches ersetzt. Bomben und Raketen sollen herbei, ohne daß man sich „um die Folgen kümmert". Es muß immer wieder festgestellt werden, daß es Militärs und Staatsleute gibt, die vor nichts zurückschrecken, die zu allem fähig sind. Raketen, die man nicht abfeuern will, die man einzig als „Drohung" im Hinterhalt hat, bringen politische Niederlagen ein. Indessen, man macht keinen Hehl daraus: man will sie abfeuern; sie sind gar nicht zur „Sicherheit" da, sondern zur „Vergeltung" oder um einen Präventivüberfall einzuleiten.

Solange man vernünftige Entscheidungen noch für möglich hält und die Phantasten des Untergangs auf Grund irgendeiner Fehlleistung ihre dunkle Absicht nicht vollenden, muß hervorgehoben, verkündet, geflüstert und geschrieen werden, daß auf dem militärischen Sektor nur noch zwei Entscheidungen möglich sind: Totale Vernichtung oder totale Abrüstung. Ein Mittelding mit „militärischen Geheimnissen", Spionagestrafgesetzen, halben heimlichen oder verkappten Armeen, umstellbaren Laboratorien und friedlichen Fabriken für kriegerische Zwecke ist zukünftig nicht denkbar, ohne die Gefahr zum Immergegenwärtigen zu machen.

Vor dem Gesetz

Atavistische Denkprozesse sind seit jeher und heute besonders das eigentlich Böse. Mögen die Träger der Gedanken auch biedere Durchschnittsmenschen sein.

So stehen wir denn vor dem neuen Weltbild, wie der Mann vom Lande in der Novelle Franz Kafkas „Vor dem Gesetz" steht. Der Mann bittet um Einlaß, aber der Türhüter sagt, daß er ihm jetzt den Eintritt nicht gewähren könne. Der Mann überlegt und fragt dann, ob er also später werde eintreten dürfen. „Es ist möglich", sagt der Türhüter, „jetzt aber nicht." Da das Tor zum Gesetz offen steht wie immer und der Türhüter beiseite tritt, bückt sich der Mann, um durch das Tor in das Innere zu sehen. Als der Türhüter das merkt, lacht er und sagt: „Wenn es dich so lockt, versuche es doch, trotz meines Verbotes hineinzugehen. Merke aber: Ich bin mächtig. Und ich bin nur der unterste Türhüter. Von Saal zu Saal stehen aber Türhüter, einer mächtiger als der andere. Schon der Anblick des dritten kann nicht einmal ich mehr ertragen." Solche Schwierigkeiten hat der Mann vom Lande nicht erwartet; das Gesetz soll doch jedem und immer zugänglich sein, denkt er, aber als er jetzt den Türhüter in seinem Pelzmantel genauer ansieht, seine große Spitznase, den langen, dünnen, schwarzen tartarischen Bart, entschließt er sich, doch lieber zu warten, bis er die Erlaubnis zum Eintritt bekommt. —

Nun, der Mann vom Lande, der sich mit allem, was er besitzt, ausgerüstet hat, wartet sein Leben lang vor der Tür. Er wird alt. Er wird kindisch, schwerhörig. Er erblindet. Er stirbt. Als er gestorben ist, wird die Tür geschlossen, denn sie stand nur für den Mann vom Lande offen.

Keine Parabel vermag die Stellung der Allgemeinheit zum neuen Weltbild treffender zu beschreiben als diese Novelle Franz Kafkas. Deutlicher — mit einer anderen Blickrichtung — kann die Ohnmacht des einzelnen in unserer Demokratie nicht beschrieben werden. Der Mann vom Lande könnte wohl durch die Tür eintreten. Man verspricht es ihm sogar halberwege, denn die Tür steht ja offen. Aber er kann es wiederum nicht, weil es den Türhüter gibt.

Die Dichtung ist zu großartig, als daß ich es wagen dürfte, den Vergleich genauer nachzuzeichnen.

Von den Staatsleuten ist schon hin und wieder die Rede gewesen. Der Nobelpreisträger Harald C. U r e y, der Entdecker des Wasserstoff-Isotops Deuterium, schrieb schon vor mehr als 10 Jahren seine Warnschrift: „Ich fürchte mich." Darin liest man:

„. . . kürzlich waren wir als Ratgeber in Washington, wo man uns über die Entwicklungsmöglichkeiten der Atombombe ausfragte. Bei dieser Gelegenheit lernten wir natürlich etwas von den Gegebenheiten kennen, die in der Politik enthalten sind. Das, was wir lernten, hat unsere Furcht vergrößert . . . Wir waren erschrocken darüber, was etwa Politiker und Diplomaten erfinden könnten, um die Atombombe anzuwenden. Nun denken Sie vielleicht, dieser Gelehrte will nicht von Wissenschaft, sondern von Politik sprechen. Ist er dazu befugt? Was versteht er von Politik? Dies weiß ich: ich höre die Leute von der Möglichkeit reden, Atombomben im Kriege anzuwenden. Als Mann der Wissenschaft sage ich Ihnen: E s d a r f n i e m a l s e i n n e u e r K r i e g k o m m e n ! . . . Unser Aufenthalt in Washington hat mir gezeigt, daß trotz allem, was darüber geschrieben wurde, es einen gefahrbringenden Prozentsatz an Politikern gibt, die, deutlich erkennbar, das Problem nicht begreifen. Man fragt uns unablässig: Kommt denn keine Verteidigung gegen Atombomben? — Ich habe niemals gehört — und Sie haben es niemals gehört —, daß ein Gelehrter gesagt hätte, es fände sich irgendeine wissenschaftlich begründbare Verteidigung gegen Atomwaffen . . ." An einer anderen Stelle: „Wir müssen jetzt diejenigen unserer Politiker unterstützen, die klar erkennen, daß eine Revolution gewesen ist. Wir müssen aufmerksam auf die Führer hören, die uns ihre ehrlichste Meinung sagen, was wir aus dieser Revolution machen können. Und wir müssen den Kampf gegen jene aufnehmen, die glauben, daß das, was für andere Zeitalter galt, sicherlich auch für das Atomzeitalter taugt. Nach und nach, wenn die Menschheit langsam zu verstehen beginnt, werden unsere Probleme einfacher werden. Aber der allergefährlichste aller Faktoren ist die Zeit."

Auch v. Weizsäcker hat davon gesprochen, daß die Allgemeinheit den Regierenden helfen müsse, die richtigen Entscheidungen zu treffen; allein vermöchten sie es nicht. — Aber wie soll das die Allgemeinheit bewerkstelligen? Welchen Weg gibt es? Soll sie den Türhüter beiseite stoßen und einfach in den Palast des Gesetzes eindringen? Diesen Mut darf man nicht erwarten, denn die Allgemeinheit — die sogenannten Gebildeten sind keine Ausnahme — gründet ihre Ansichten zumeist auf Denkmodelle, deren Richtigkeit nicht überprüft wird. So sagte ein Gegner der Atomaufrüstung im Bundestag, auch er glaube, daß es zukünftig noch Kriege geben werde, die Geschichte habe gelehrt usw. — — Wenn es immer, in aller Zukunft, Kriege geben wird — dann freilich brauchen wir uns um nichts mehr zu bemühen, denn die Atombombe von Hiroshima ist, wie Pasqual J o r d a n erklärte, in der Tat die Armbrust von ehemals.

Der Außenminister der USA, Dulles, hat sich hin und wieder gebrüstet, er führe die Strategie des kalten Krieges am Rande des heißen. Der Bundeskanzler hat sich nicht gescheut, die Gegner seiner Nato-Abschreckungsaufrüstung als dumm oder kommunistisch infiziert zu brandmarken. Inzwischen hat das Wort vom heimlichen Kommunisten an Schlagkraft eingebüßt; an die Stelle ist das ebenso schlimme oder schlimmere der Bösartigkeit getreten. Vom Staatsapparat her gesehen ist bösartig dasselbe wie verbrecherisch. Wir wittern bereits, daß unsere demokratische Ordnung in Diktaturermächtigung umschlagen kann. — Können sehr alte Männer das neue Weltbild bewältigen?

Sind wir blind?

Auch die Wissenschaftler bemühen sich in ihrer Mehrheit, den Regierenden und Politikern zu helfen. Emil Belzner hat kürzlich das Wort von der „neuen Elite" geprägt. Es war in einem Zeitungsartikel, der sich mit dem „dicken Fell" der Politiker befaßte. Er erinnerte an die großen Namen, die als einzelne aufgetreten sind, um zu warnen; an den Russell-Appell der 8, an die Göttinger 18, an die 2000, die 204, die 9235 der 44 Nationen, an die 40, die 44, an die Akademien, an die Frauen, an die Kinderschutzorganisationen. „Wissenschaftler von Weltruf protestieren überall gegen Atomrüstung und Kernwaffenversuche, beherzte Studenten, Professoren und Dozenten erklären sich gegen eine atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik. In England unternehmen Zivilisten Protestmärsche gegen die Wasserstoffbombe und gegen amerikanische Luftwaffeneinheiten (die das Land mit Atombomben überfliegen), die Kirchen erheben ihre Stimmen, der Papst hat die Menschheit vor den Gefahren einer selbstbereiteten Atomhölle immer wieder gewarnt — — nichts, nichts, nichts!! — — — . . . Es ist, als ob man Ochsen in die Hörner pfetzte, eine Photographie ansprächе oder einem präparierten Neandertaler sein Leid klagte."

Ich zitiere noch einmal aus der frühen Schrift Ureys: „Ich schaue aus nach einer Begegnung zwischen den Führern der Großmächte und ihren Wissenschaftlern. Ich weiß, daß die wissenschaftlichen Berater den guten Glauben ihrer politischen Führer widerspiegeln werden. Die Männer der Wissenschaft werden keine Schwierigkeiten haben, einander zu verstehen. Wenn sie zusammenkommen, so glaube ich, daß ihr Rat beinahe einstimmig sein wird . . ."

Auf der Genfer Atomkonferenz, jetzt im September, sagte der Franzose Perrin: „Die Atomenergie ist zum Symbol der beherrschenden Rolle der Wissenschaft im Leben des modernen Menschen geworden. Vor allem aber wegen der furchtbaren zerstörerischen Waffen, die durch die Atomkraft produziert worden sind, hat sie das Leben der Menschen in wenigen Dekaden verändert. Viele Menschen, die an die schreckliche Drohung eines Atomkrieges denken und an den kollektiven Selbstmord, den er einschließt, die an den Wahnsinn der Menschheit denken, der eine derartige Zerstörungskraft in die Hand gegeben ist, wünschen den wissenschaftlichen Fortschritt anzuhalten. Doch es ist nutzlos, zu versuchen, Prometheus wieder in Ketten zu legen. Wenn wir den Marsch der Wissenschaft nach vorn aufhalten wollten, müßten wir im Menschen den Wunsch, zu wissen und zu erkennen, vernichten, und damit einen der edelsten Seiten seiner Natur töten. Mag es nun zum Guten oder zum Schlechten sein, der Mensch hat sein Schicksal auf das engste mit der Wissenschaft verbunden."

Wir alle erkennen, daß die Weiterentwicklung der Wissenschaft nicht aufgehalten werden kann. Wir wissen, daß es Atombomben gibt und daß sie, würden

sie heute allesamt vernichtet werden, morgen wieder hergestellt werden könnten. V. Weizsäcker hat kürzlich ausgesprochen, die Menschheit müsse zukünftig mit der Bombe leben. Aber das kann sie nicht. Wenn das der einzige Ausweg für die Menschheit bleibt, mit der Bombe leben zu müssen, dann wird eine höhere Instanz feststellen, daß die Wissenschaft, zum wenigsten die moderne Wissenschaft, vom Bösen besessen war. Pascual Jordan hat es sehr offen ausgesprochen: „Sinn und Bedeutung der physikalischen Forschung sind — mag sie auch von ihren Schöpfern und Verehrern oft um ihrer selbst willen . . . wertgeschätzt werden — unverrückbar gegeben durch ihre Rolle als technisches und militärisches Machtinstrument." (Die Physik und das Geheimnis des Lebens, Braunschweig 1941).

„Angesichts der anhaltend kritischen Lage, die sich jeden Augenblick gräßlich entladen kann, dürfen die Guten nicht unbeteiligt und untätig wie stille Zuschauer einer herannahenden, alles umstürzenden Katastrophe ihr gewohntes Leben im alten Gleis weiterführen. . . Jeder Mensch guten Willens muß mit einer des großen Augenblicks würdigen Entschlossenheit prüfen, was er persönlich tun kann und soll und wie er zur Rettung der Welt beitragen kann, die sich auf dem Weg in den Abgrund befindet." Das sind Worte des Oberhauptes der katholischen Christenheit. Aber Papst Pius XII. hat den Atomkrieg nicht unausdeutbar verurteilt, und damit ist die Möglichkeit gegeben, daß sich Gegner und Befürworter der Atomrüstung gleichermaßen auf ihn berufen können. Ich will in diesem Punkt nicht ausführlich werden; es steht mir nicht zu. Doch scheint mir, daß die christlichen Kirchen bis zum Übermaß mit unklugen, ja glaubenswidrigen Entscheidungen vorbelastet sind. Der Wahl-Hirtenbrief der Bischöfe in Nordrhein-Westfalen vom 15. Juni 1958 ist noch in schlechter Erinnerung. Schlimmer ist das berüchtigte „Wort" der sieben deutschen Moraltheologen, in deren Sicht der Atomkrieg nur eine quantitative Steigerung der Kriegsgreuel bedeutet. Da die christlichen Kirchen den Krieg an sich nicht geächtet haben, fällt es ihnen schwer, den Atom-Krieg zu verdammen. Hat man es ohne weithin hörbares Murren hingenommen, daß in der letzten Kriegsperiode vierzig bis fünfzig Millionen Menschen umkamen oder Unsägliches leiden mußten, so scheint eine Null an die Ziffer gehängt keine grundsätzliche Änderung zu bedeuten. Aber Quantität ist nicht unbegrenzt ausdehnbar; sie kann zur Qualität der totalen Schöpfungszerstörung werden.

Die Frage ist zu stellen: Kommt es in Dingen der Religion nunmehr auch auf die Vielzahl der unbekannten einzelnen an, die sich aufmachen müssen, den Verwaltern des Glaubens zu helfen, das Richtige zu tun, da sich diese aus dem Gespinst, das die Vergangenheit gesponnen hat, mit eigener Denk- und Glaubenskraft nicht befreien können?

Wir stehen in der Tat vor zwei kaum vorstellbaren Möglichkeiten: daß die Menschheit durch sich selber ausgelöscht wird, weil die Kräfte der Schöpfung nichts anderes mehr gegen den Menschen mobilisieren können als ihn selber. Oder daß wir den Weg der völligen Gewaltlosigkeit gehen. Nicht eine billige Gewaltlosigkeit ist gemeint, vielmehr eine neue, umfassende Sittlichkeit. Und das wäre etwas so andersartig Neues wie das neue Weltbild, das uns die Wissenschaften gebracht haben, das wir nicht bewältigen können, das uns nicht besser macht — und das sich darum für das Wohl der Menschheit bisher noch nicht als brauchbar erweisen konnte.

Wortlaut der Noten der Regierung der DDR vom 4. September 1958 an den Regierungen der vier Großmächte

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es für erforderlich, sich in folgender Frage an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu wenden:

Mehr als 13 Jahre sind seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangen, und noch immer ist kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen. Das deutsche Volk fordert, daß alle beteiligten Seiten endlich mit vollem Ernst an die Lösung dieser Frage herangehen und sich ihrer Verpflichtung gegenüber der Zukunft des deutschen Volkes und dem europäischen Frieden bewußt werden. Die Frage des Friedensvertrages ist der Teil des deutschen Problems, dessen Lösung in die Zuständigkeit aller ehemals kriegführenden Staaten fällt, wobei auf den vier Mächten und auf den beiden deutschen Staaten die Hauptverantwortung liegt. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wäre ein entscheidender Beitrag zu einer den Interessen der Völker entsprechenden friedlichen Entwicklung in Europa. Die Vorbereitung eines solchen Vertrages, die gegenwärtig durchaus möglich ist, wäre ferner ein erster Schritt zur Lösung der mit dem deutschen Problem zusammenhängenden Fragen.

In den vergangenen Jahren hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt Schritte unternommen, um die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland einer Lösung zuzuführen. Diese Schritte fanden leider nicht die Unterstützung der Westmächte, die für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland mitverantwortlich sind.

Im Interesse des baldigen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland schlägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich vor, sofort eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit der Aufgabe zu bilden, Konsultationen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen. Darunter fällt auch die zu treffende Vereinbarung, in welchem Stadium und in welcher Form die beiden deutschen Staaten als Verhandlungspartner zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik glaubt, daß die Bildung einer solchen Kommission den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland wesentlich beschleunigen und dazu beitragen würde, die Lösung dieses dringlichen internationalen und vordringlichen nationaldeutschen Problems zu fördern.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik informiert die Regierungen der vier Mächte davon, daß sie im Zusammenhang mit dem in dieser Note dargelegten Vorschlag an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit dem Ersuchen herangetreten ist, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden, die sich mit der Erörterung der Fragen beschäftigen soll, die mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß diese Kommission sich auch mit solchen Fragen befassen sollte, die ausschließlich Angelegenheit beider deutscher Staaten sind. Hierbei könnte die Erörterung solcher Schritte im Vordergrund stehen, die der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates dienen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erwartet von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, daß sie im nationalen Interesse des deutschen Volkes und im Friedensinteresse aller Völker dem ihr unterbreiteten Vorschlag zustimmt und auf weitere Versuche verzichtet, die Lösung der deutschen Frage aus der Kompetenz der

Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik herauszulösen und anderen Mächten zu übertragen. Die Entschließung des Bundestages, die die Regierung der Deutschen Bundesrepublik beauftragt, die vier Mächte aufzufordern, ein Vier-mächtegremium zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu bilden, ist ein Beharren auf dem Standpunkt, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten Sache fremder Mächte und nicht die Sache des deutschen Volkes ist. Ein solches Verfahren würde das deutsche Volk von der — ihm selbst obliegenden — Lösung seiner wichtigsten nationalen Frage ausschließen und ihm eine fremde Entscheidung über seine Staats- und Gesellschaftsordnung aufzwingen. Jeder Versuch, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu mißachten, ist jedoch zum Scheitern verurteilt.

Der vom Bundestag vorgeschlagene Weg ist unreal und widerspricht sowohl den Interessen des deutschen Volkes als auch dem Friedensinteresse der anderen Völker. Die vom Bundestag verfaßte Entschließung führt nicht zur Schaffung der entscheidenden Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, sondern sie lenkt von ihr ab und erschwert sie; sie dient also in keiner Weise der friedlichen Lösung der deutschen Frage.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik drückt die Erwartung aus, daß die Regierungen der vier Mächte dem Vorschlag, eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit der eingangs dargelegten Aufgabenstellung zu bilden, zustimmen. Sie hofft, daß die Bildung der Kommission beschleunigt erfolgen und sie ihre Arbeit baldigst aufnehmen kann. Das würde dem Wunsche des ganzen deutschen Volkes entsprechen und zweifellos dazu beitragen, weitere Fortschritte zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage zu erzielen.

Berlin, den 4. September 1958

(Die Noten an die Regierungen der drei anderen Mächte haben den gleichen Wortlaut.)

Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 9. September 1958 an die Regierungen der vier Großmächte

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung vom 2. Juli 1958 einstimmig folgende Entschließung gefaßt, der sich der Deutsche Bundesrat in seiner Sitzung vom 18. Juli 1958 angeschlossen hat:

„Um die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu fördern, wird die Bundesregierung beauftragt, sich bei den Vier Mächten, den USA, der UdSSR, dem Vereinigten Königreich und Frankreich, dafür einzusetzen, daß auf einer künftigen internationalen Konferenz (Gipfelkonferenz) oder auch unabhängig davon ein Vier-Mächte-Gremium (mindestens im Range einer Botschafter-Konferenz) mit dem Auftrag gebildet wird, gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten."

Die Bundesregierung teilt den in der Entschließung des Bundestags zum Ausdruck gekommenen Wunsch, daß auf einer künftigen internationalen Konferenz (Gipfelkonferenz) oder auch unabhängig davon ein Gremium der für die Lösung der deutschen Frage verantwortlichen Vier Mächte gebildet werde. Sie hofft, daß in diesem Gremium die mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit zusammenhängenden Vorschläge erörtert und die für spätere endgültige Verhandlungen nötigen Vorarbeiten geleistet werden können.

In Ausführung des ihr vom Bundestag und Bundesrat erteilten Auftrags und im Hinblick auf die vorbereitenden Gespräche für eine internationale Konferenz (Gipfelkonferenz), die in Moskau zwischen den Vertretern der vier für die Wiederherstellung der deutschen Einheit verantwortlichen Mächte geführt wurden, erlaubt sich die Bundesregierung, die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf den in der Entschließung zum Ausdruck gekommenen Wunsch zu lenken.

Bonn, den 9. September 1958

Wortlaut der Note der Sowjetregierung vom 18. September 1958 an die Bundesregierung

Am 5. September d. J. erhielt die Sowjetregierung eine Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, in der sie ihre Besorgnis über die Hinauszögerung der Friedensregelung mit Deutschland zum Ausdruck bringt und vorschlägt, unverzüglich eine Kommission von Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs zu bilden, in deren Rahmen Konsultationen über die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages begonnen würden. Diesen ihren Vorschlag hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs zur Kenntnis gebracht.

Die Regierung der DDR hat die Sowjetregierung informiert, daß sie sich entschlossen hat, sich erneut um die Ausarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunkts zu den Fragen, die mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen, zu bemühen, und sich in dieser Absicht an die Regierung der BRD mit dem Vorschlag gewandt hat, eine entsprechende Kommission aus Vertretern der beiden deutschen Staaten zu bilden. Wie aus der Note der Regierung der DDR hervorgeht, soll sich die genannte Kommission auch mit der Prüfung solcher Fragen befassen, die ausschließlich Sache der beiden deutschen Staaten sind, in erster Linie mit Maßnahmen, die für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedliebender Grundlage erforderlich sind.

Die Sowjetregierung steht mit vollem Verständnis und Mitgefühl der Lage gegenüber, in der sich das deutsche Volk dadurch befindet, daß es bisher, 13 Jahre nach Beendigung des Krieges, keinen Friedensvertrag hat, und hält die neue Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für nützlich und aktuell. Die Sowjetregierung hat den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs ihre Bereitschaft mitgeteilt, an der Arbeit der Kommission aus Vertretern der vier Mächte zur Durchführung von Konsultationen zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages teilzunehmen, und hat ihrerseits die Regierungen dieser drei Mächte aufgerufen, alles Erforderliche für ihre baldigste Einberufung zu tun.

Wenn die Sowjetregierung die Regierung der BRD von den Schritten in Kenntnis setzt, die die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem an sie gerichteten Appell der Regierung der DDR für die Befriedigung der grundlegenden Interessen der deutschen Nation unternommen hat, möchte sie hoffen, daß diese Schritte von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die nicht minder als die Regierung der DDR an der unverzüglichen Regelung der mit der Vorbereitung und dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zusammenhängenden Fragen interessiert sein sollte, gebührend gewürdigt werden.

Es bedarf keines Beweises, daß die Bemühungen der beiden deutschen Staaten, wenn sie auf die Verwirklichung des gleichen Zieles gerichtet werden, nämlich die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages, nicht nur die Lösung dieser das deutsche Volk bewegenden Frage über den toten Punkt hinweg bringen, sondern diese Lösung auch in einem positiven Sinne beeinflussen könnten. Die Erfahrung mit der Vorbereitung und dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages zeigt mit aller Überzeugung, wie viel ein Staat erreichen kann, wenn er zu der Lösung einer für ihn lebenswichtigen Frage einen eigenen Beitrag leistet. Man kann in diesem Zusammenhang nicht umhin, festzustellen, daß die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland der Suche nach realen Wegen zur friedlichen Regelung der deutschen Frage bisher ausgewichen sind. Für diese Feststellung spricht insbesondere die Tatsache, daß die Bundesregierung zu dem von der Sowjetunion im März 1952 vorgeschlagenen Entwurf der Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland eine negative Einstellung eingenommen und damit sich im Grunde zu demjenigen gemacht hat, der die Verantwortung für die Verzögerung der Vorbereitung des Friedensvertrages trägt. Wenn die Bundesregierung damals einen anderen Standpunkt eingenommen und den erwähnten Vorschlag der Sowjetunion unterstützt hätte, wäre es durchaus möglich, daß heute ein Friedensvertrag mit Deutschland bestünde und es alle Früchte eines friedlichen Status genösse, was hinwiederum zweifellos eine ausgesprochen günstige Auswirkung auf die internationale Lage, in erster Linie auf die Lage in Europa, hätte.

Die Sowjetregierung sieht sich genötigt, festzustellen, daß die Politik der Regierung der BRD, und insbesondere ihre Beteiligung am aggressiven Nordatlantik-Block, das Land in eine Lage gebracht hat, die für die Lösung der deutschen Frage leider weniger günstig ist, als es im Jahre 1952 der Fall war. Wenn auch dieses Mal die sich dank der Initiative der Regierung der DDR eröffnenden Möglichkeiten, endlich an die praktische Lösung der deutschen Frage heranzugehen, versäumt werden, so ist kaum daran zu zweifeln, daß dies den nationalen Interessen des deutschen Volkes einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen würde.

Es ist ganz offensichtlich, daß unter den Bedingungen, wie sie sich in Deutschland ergeben haben, die Vorbereitung und der Abschluß eines Friedensvertrages ein verläßlicher Weg sind, um an die Regelung der deutschen Frage im ganzen heranzutreten. Ein Friedensvertrag würde die Lösung der Frage des raschesten Abzugs aller fremden Truppen von dem Territorium Deutschlands fördern und würde es gegen jegliche Einmischung von außen abschirmen. Der militärische Status, desgleichen die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Entwicklung Deutschlands, die im Friedensvertrag festgelegt werden würden, würden dem deutschen Volk klare Perspektiven für die Zukunft eröffnen.

Die Vorbereitungsarbeit für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Beteiligung der Regierungen beider deutscher Staaten würde gleichzeitig die Annäherung zwischen ihnen und die Ausarbeitung koordinierter Standpunkte zu den Fragen der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands fördern.

Die Sowjetregierung möchte, daß die Bundesregierung bei der Prüfung des Vorschlages der Regierung der DDR den Umstand beachtet, daß die Erreichung gegenseitigen Verständnisses zwischen der BRD und der DDR in den mit der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages verbundenen Fragen auch die positive Lösung dieser Fragen durch die Regierungen der vier Mächte weitgehend fördern würde. Die gemeinsamen Interessen des ganzen deutschen Volkes fordern, daß sich die Regierung der BRD über vorhandene Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung der DDR erhebt und zu den Vorschlägen der Regierung der DDR über die Vorbereitung eines Friedensvertrages ohne Voreingenommenheit mit aller unumgänglichen Verantwortung Stellung nimmt.

Die Sowjetregierung kann naturgemäß kein Verständnis finden für die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unternommenen Versuche, den Vorschlägen der DDR einen Plan gegenüberzustellen, nach dem eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs für die Erörterung von Vorschlägen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gebildet werden soll. Um in dieser Frage völlige Klarheit zu bringen, hält es die Sowjetregierung für notwendig, erneut zu unterstreichen, daß die Vereinigung Deutschlands eine innerdeutsche Angelegenheit ist und daß jegliche Vorschläge mit dem Ziel, die Verantwortung für ihre Lösung auf die vier Mächte zu verlagern, keinerlei positives Ergebnis herbeiführen werden.

Die Sowjetregierung hofft, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die in dieser Note dargelegten Erwägungen aufmerksam prüfen und es möglich finden wird, ihrerseits einen Beitrag zur Vorbereitung und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu leisten.

Moskau, den 18. September 1958